



#1848heute

Die Revolution 1848/49 europäisch denken.

Erforschen, Erinnern und Vermitteln eines gemeinsamen
demokratiegeschichtlichen Kapitels.

Susanne Kitschun, Dorothee Linnemann
Elisabeth Thalhofer (Hrsg.)

ISBN 978-3-00-074952-0

#1848heute

Die Revolution 1848/49 europäisch denken.

Erforschen, Erinnern und Vermitteln eines gemeinsamen
demokratiegeschichtlichen Kapitels.

Susanne Kitschun, Dorothee Linnemann
Elisabeth Thalsofer (Hrsg.)

Grußwort 4 - 5

Vorwort 6 - 9

**Die Revolution
europäisch denken**

Christopher Clark

1 **Gedenken der Revolution
Festrede im Abgeord-
netenhaus von Berlin, am
16. März 2023** 11 - 19

Alexandra Bleyer
Thomas Krüger, Basil Kerski

2 **Der Platz der Revolution
1848/49 in der europäischen
historisch-politischen
Bildungsarbeit** 21 - 33

**Europäische
Forschungsperspektiven**

Heléna Tóth

3 **Transnationaler
Aktivismus um 1848:
Akteur:innennetzwerke
zwischen Politisierung und
Wertegemeinschaft** 35 - 41

Rüdiger Hachtmann

4 **Die Unterschichten
als zentrale Akteure der
Revolution von 1848** 43 - 51

Gabriella Hauch

5 **„[...] wenn selbst Frauen
sich des politischen Stoffes
der Zeit bemächtigen [...]“:
Geschlechtsspezifische
Handlungsspielräume in der
Revolution 1848** 53 - 59

Axel Körner

6 **1848 zwischen politischer
Erinnerungskultur und
transnationaler Forschung.
Verflechtungen und
Dystopien einer europäischen
Ideengeschichte** 61 - 71

**Vermittlungspraxis
einer europäischen
Revolution**

Franziska Deutschmann

7 **fem/pulse setzen in
Sachsen. Projekt
der Louise-Otto-Peters-
Gesellschaft e.V.** 73 - 75

Angelina Schaefer, Claudia Spezzano

8 **Das Stadtlabor im
Historischen Museum
Frankfurt. Demokratie
und Teilhabe als
kuratorische Praxis** 77 - 81

Paul Barone

9 **Schultheaterproduktion
„Vision Freiheit“** 83 - 85

Iris Wachsmuth

10 **1848/49 im Stadtraum
sichtbar machen** 87 - 89

Impressum 92

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

am 18. März 2023 jährte sich der Beginn der Märzrevolution zum 175. Mal: ein Tag der Geschichte, der weit zurückliegt und trotzdem gerade heute seine Bedeutung für unsere Gesellschaft nicht verloren hat.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer, liberaler und sozialer Rechtsstaat. Sie strebt ein weltoffenes und pluralistisches Gemeinwesen an, in dem Menschen unterschiedlichster Herkunft und mit vielfältigen Lebensvorstellungen die Regeln des Zusammenlebens ständig neu aushandeln. Dass wir heute nach diesen demokratischen Werten und Regeln leben können, haben wir vielen Generationen engagierter Menschen zu verdanken, die diesen Kampf oftmals unter großen persönlichen Gefahren und Entbehrungen geführt haben.

Die Revolution von 1848/49 war die erste europaweite Bewegung für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Essentielle Voraussetzungen für spätere demokratische Entwicklungen, den Parlamentarismus und die demokratischen Verfassungen wurden geschaffen. Auch wenn zunächst an keinem Ort Europas die revolutionären Ideen 1848/49 verwirklicht werden konnten, so gaben sie einen Anstoß für eine langfristige, wenngleich nicht ununterbrochene, Politisierung und letztendlich auch Demokratisierung. Die Akteurinnen und Akteure der Revolution 1848/49 sind vielfältig. Es waren Menschen aus allen sozialen Schichten mit unterschiedlichen politischen Ideen und Zielvorstellungen. Geeint durch den Mut und die Bereitschaft, für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie einzustehen, dienen sie uns heute als Inspiration für demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement.

Ein lebendiges Bewusstsein für unsere Gegenwart gewinnen wir besonders durch die Auseinandersetzung mit Geschichte. Wer Parlamentarismus und Demokratie in unserem Land verteidigen will, muss sich mit ihrer Geschichte auseinandersetzen und gleichzeitig die Sinne für historische Kontinuitäten und Brüche schärfen. Wir leben in Zeiten, in denen sich Demokratie

neuen Herausforderungen und Angriffen gegenübersteht. Gegenwärtige Entwicklungen, wie soziale Spaltung, sowie das Erstarken nationaler und autoritärer Bestrebungen, zeigen, dass Demokratie, Grund- und Menschenrechte nicht selbstverständlich sind. Umso mehr braucht es ein gestärktes Demokratiebewusstsein, das von einer breiten, vielfältigen Zivilgesellschaft getragen wird. Die Förderung von Orten, die uns die Demokratiegeschichte Deutschlands und Europas näherbringen können, gehört dabei zu unseren zentralen Aufgaben.

Der Friedhof der Märzgefallenen ist dafür geeignet wie kaum ein anderer Ort in Berlin. Seit jeher ein authentischer Ort des politischen Geschehens, lassen sich hier die Spuren zweier Revolutionen finden und ihre wechselvolle Deutungs- und Wirkungsgeschichte diskutieren. Der Friedhof der Märzgefallenen wurde für die Berliner Opfer geschaffen, die bei der Märzrevolution 1848 im Kampf um Freiheitsrechte ihr Leben ließen. Er gehört heute zum zentralen erinnerungskulturellen Erbe Berlins, Deutschlands und Europas. Das Land Berlin setzt sich daher seit einigen Jahren für den Ausbau des Friedhofs der Märzgefallenen zu einem nationalen und europäischen Gedenk- und Erinnerungsort für Demokratiegeschichte ein. Es ist angesichts dieser offenkundigen Bedeutung bemerkenswert, dass der Friedhof der Märzgefallenen, wie auch andere Orte der Demokratiegeschichte, so lange ein Schattendasein führten. Der Zusammenschluss dieser Orte im Jahr 2017 hat eine Entwicklung eingeleitet, die Chancen auf eine langfristige Förderung auch durch den Bund eröffnet. Die Arbeit des Gedenkortes geht dabei auch weit über Berlin hinaus, was an der Europäischen Jahrestagung des vom Friedhof der Märzgefallenen 2021 initiierten Jubiläumsnetzwerks im Berliner Humboldt Forum ersichtlich wurde. Die vorliegende Publikation fasst die vielfältigen Ergebnisse der Tagung mit Referentinnen und Referenten aus ganz Europa zusammen.

Wir brauchen, dies mein Plädoyer, in Berlin dringend demokratiegeschichtliche Orte mit einem qualifizierten Angebot. Mit dem Friedhof der Märzgefallenen sind wir hier auf einem sehr guten Weg. Die Würdigung des 175. Jubiläums der Märzrevolution und die Erinnerung an die Ereignisse von 1848 sollen das historische Verständnis dafür schaffen, dass Demokratie mühevoll errungen werden musste. Ihr Schutz bleibt eine immerwährende Aufgabe.

Ich wünsche Ihnen eine interessante, lehrreiche Lektüre!

Oliver Friederici

Staatssekretär für Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Vorwort

Liebe Leser:innen,

während der Revolution 1848/49 befand sich nahezu ganz Europa im Umbruch. Das 175. Jubiläum der Revolution fällt in eine Zeit, in der der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist und universelle Werte wie Demokratie und Menschenrechte von einigen offensiv infrage gestellt werden.

„Die europäischen Erinnerungen [...] sind nichts Starres und leben nur durch die vielen Akteure, die sie teilen. Sie formieren sich ständig neu und werden das sein, was wir aus ihnen machen.“¹

Gerade deshalb ist es wichtig, heute an die 1848/49 gelegten Grundsteine unserer europäischen Demokratien zu erinnern, aber zugleich bestehende Ambivalenzen im Blick zu behalten. Daran anknüpfend standen bei der europäischen Jahrestagung des Jubiläumsnetzwerks 175 Jahre Revolution 1848/49, die am 16. und 17. März 2023 in Berlin stattfand, die transnationalen Dimensionen der Revolution 1848/49 und die Umsetzung dieser Forschungsergebnisse in die Praxis der historisch-politischen Bildungsarbeit im Mittelpunkt. Dabei wird auch die Demokratiegeschichte als ein Baustein für ein europäisches Bewusstsein fassbar und als Vorbote eines europäischen Erfahrungs- und Referenzraums mit gemeinsamen Herausforderungen und Vorstellungen von Grundrechten und Mitbestimmung gedeutet. Zugleich wird nationalistischen Aneignungsversuchen entgegengewirkt, in dem der solidarische Charakter der Revolution verdeutlicht und völkische Nationsvorstellungen dekonstruiert werden.

Im ersten Teil der Tagung stellten Expert:innen aus Polen, Österreich Großbritannien, Ungarn, Frankreich und Deutschland neueste Forschungsperspektiven auf die Revolution von 1848/49 vor. Der Transfer dieser wissenschaftlichen Befunde in die historisch-politische Bildungsarbeit stand dann im Fokus des zweiten Tagungsteils. Durch einen Call for Projects wurden zuvor innovative Vermittlungsprojekte ausgewählt, die sich bei der Tagung in Form von Workshops vorstellen konnten. Dabei ging es auch um die Einbindung neuer Forschungserkenntnisse für die Bildungsarbeit und

Geschichtsdidaktik an schulischen und außerschulischen Lernorten. Gegenstand dieser Publikation ist eine Auswahl dieser Tagungsbeiträge. Alle Vorträge der Tagung lassen sich über das Themenportal www.revolution-1848.de jederzeit abrufen.

Im Rahmen der Festveranstaltung der Tagung, welche im Abgeordnetenhaus von Berlin stattfand, schlug **Christopher Clark** in seiner Festrede einen Bogen zwischen der Revolution als europäischem Ereignis und als spezifisches Kapitel in der Geschichte Berlins, die in ihrer Bedeutung für die Demokratiegeschichte bis heute nachwirkt.

Die Rolle der Revolution 1848/49 in der historisch-politischen Bildungsarbeit beleuchtet die Eröffnungsdiskussion zwischen **Alexandra Bleyer**, **Basil Kerski**, und **Thomas Krüger**. Moderiert durch **Harald Asel**, gibt diese Diskussion spannende Einblicke in Unterschiede und Parallelen von Wahrnehmung und Vermittlung der Revolution in Polen, Österreich und Deutschland.

Daran anschließend zeichnet **Heléna Tóth** nach, wie sich 1848/49 transnationale Netzwerke von Akteur:innen organisieren und politisieren konnten sowie einen lebhaften Austausch von Ideen über ganz Europa betrieben.

In **Rüdiger Hachtmanns** Beitrag wird besonders eine Gruppe von Akteur:innen beleuchtet: gerade mittellose Menschen engagierten sich intensiv und auf vielfältige Art und Weise in der gemeinhin immer noch allzu oft als „bürgerlich“ erinnerten Revolution 1848/49.

Diverse soziale Gruppen waren als Akteur:innen der Revolution aktiv. Dies wird auch im Beitrag von **Gabriella Hauch** deutlich, in welchem sie die geschlechtsspezifischen Handlungsspielräume und vor allem die Möglichkeiten von Frauen analysiert, sich aktiv in die Revolution einzubringen.

Dem Spannungsfeld zwischen politischer Erinnerungskultur und historischer Forschung widmet sich **Axel Körner** in seinem Beitrag. Dabei macht er anhand transnationaler Beispiele der Revolution 1848/49 deutlich, wie divers schon die Wahrnehmung und Deutung der Revolution durch die historischen Akteur:innen war und bis heute nachwirken.

In ihrem Beitrag präsentiert **Franziska Deutschmann** das feministische Bildungsprojekt fem/pulse der Louise-Otto-Peters Gesellschaft e.V. (Leipzig). Das Projekt setzt sich mit einem vielfältigen Veranstaltungsangebot für ein geschlechtersensibles Geschichtsbewusstsein und für mehr Sichtbarkeit von Akteur:innen der Geschichte ein.

Museen könnten zu Räumen werden, die Menschen dazu anregen über Demokratie nachzudenken und aktiv darüber zu diskutieren. **Claudia Spezzano** und **Angelina Schaefer** zeigen dies anhand des partizipativen Ausstellungsprojekts „Vom Versprechen der Gleichheit“ auf. Dies wurde vom Stadtlabor des Historischen Museums Frankfurt im Rahmen des Revolutionsjubiläums konzipiert.

Auch im Vermittlungsprojekt von **Paul Barone** steht Vermittlung von Demokratieggeschichte durch Partizipation im Fokus. Zum Anlass des 175. Revolutionsjubiläum gelang es der Jungen Theaterakademie Offenburg ein Theaterstück zu produzieren, das von Schüler:innen selbst gestaltet wurde. Dabei wurde eine gewinnbringende Verschmelzung von theater- und demokratiepädagogischen Ansätzen aufgezeigt.

Iris Wachsmuth stellt in ihrem Beitrag die mannigfaltigen Vermittlungskonzepte der Neuen Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte + Sozio-Analysen e.V. vor. Neben interaktiven Stadtspaziergängen in Berlin wird auch das innovative Projektmodul „Revolutionäres Berlin“ als Beispiel digitaler Geschichtsvermittlung vorgestellt.

ANMERKUNGEN

- 1 Étienne Francois, Thomas Serrier (Hrsg.), Europa, Die Gegenwart unserer Geschichte, Band 1, Lebendige Vergangenheit, Einleitung, (Darmstadt 2019).

Die Tagung wurde durch eine Zuwendung der Bundeszentrale für politische Bildung ermöglicht. Die vorliegende Publikation wurde finanziert mit einer Zuwendung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Dafür danken wir an dieser Stelle sehr herzlich.

Wir danken auch dem Leiter des Jubiläumsprojektes des Friedhofs der Märzgefallenen Johann Gerlieb für die Mitarbeit bei der Konzeption und dem Lektorat dieser Broschüre. Außerdem danken wir dem Abgeordnetenhaus von Berlin für das Möglichen der Abendveranstaltung mit Sir Christopher Clark im Abgeordnetenhaus von Berlin sowie der Stiftung Preußische Seehandlung für ihre freundliche Unterstützung und dem Humboldt Forum, in dessen Räumen die Tagung stattfand, für die gute Kooperation. Nicht zuletzt danken wir der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kulturprojekte Berlin für das Demokratiewochenende zum 18./19. März in Berlin, das einen grandiosen Auftakt zum Jubiläumsjahr bildete.

Berlin, Frankfurt am Main, Rastatt im Oktober 2023

Dr. Susanne Kitschun
Dr. Dorothee Linnemann
Dr. Elisabeth Thalsofer

Christopher Clark

Gedenken der Revolution

Festrede im Abgeordnetenhaus von Berlin, 16. März 2023

**Die Festrede fand auf Einladung des Abgeordneten-
hauses von Berlin und mit freundlicher Unterstüt-
zung der Stiftung Preußische Seehandlung statt.**

Sehr geehrte Frau Präsidentin Seibeld,
Sehr geehrter Herr Senator Wesener,
Sehr geehrter Herr Vizepräsident Buchner,
Sehr geehrter Herr Walter Momper,
Sehr geehrte Abgeordnete,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist mir eine große Ehre und Freude, heute vor
Ihnen zu stehen, vor dem Berliner Landtag, und vor den
Abgeordneten einer Stadt, die zu den zentralen Schau-
plätzen der 1848er Revolution zählte.

Heute ist der 16. März. An diesem Tag im Jahre
1848 brodelte es bereits in Berlin. Man hatte sich in
der Stadt schon längst an die Nachrichten von Re-
volutionen und Aufständen gewöhnt. In der Schweiz
war im Winter 1847 nach einem kurzen Bürgerkrieg
ein neuer Bundesstaat mit einer liberalen Verfassung

durchgesetzt worden. Im Januar lernte man, dass in Pa-
lermo Aufständische die Macht an sich gerissen hatten.
Am 28. Februar druckte die Vossische Zeitung in einer
Sonderausgabe eine telegraphische Depesche ab, in
der es hieß, der französische Monarch sei gestürzt und
geflohen. „Diese Wendung der Dinge“, hieß es im Be-
gleittext, „erscheint durch ihre Plötzlichkeit und in dem
jede Erwartung übersteigenden Maß außerordentlicher,
vielleicht auch folgenschwerer als selbst die [Pariser]
Juli-Revolution [des Jahres 1830]“.

Auch in den deutschen Staaten ging es heiß her:
aus Mannheim und Heidelberg wurden Demonstrationen
gemeldet; es hieß, König Ludwig I. von Bayern habe poli-
tische Reformen gewährt; konservative Minister seien in
Sachsen, Baden, Württemberg, Hannover und Hessen
gekündigt worden. Und dann am 15. März die Nachricht
vom Sturze Fürst Metternichs nach zweitägigen revo-
lutionären Unruhen in Wien. Laut den Herausgebern der
Vossischen Zeitung, sei dies das wichtigste von all den
bisherigen Ereignissen: denn, so schrieben sie, „seit 33
Jahren [sei] Fürst Metternich der fast unumschränkte
Gebietler des Festlandes Europas“ gewesen.



Sir Christopher Clark,
Festrede im Abgeordnetenhaus
von Berlin, am 16. März 2023
© Lars Wiedemann

Aufgeregte Berliner strömten auf die Straßen, um mehr über die Vorgänge zu erfahren. Lesezirkel, Kaffeehäuser und sonstige öffentliche Einrichtungen waren zum Bersten gefüllt. „*Wer ein frisches Blatt zuerst in die Hand bekam,*“ schrieb ein Augenzeuge, „musste auf einen Stuhl steigen und den Inhalt laut vorlesen“. Die Menschenmassen flossen wie Blut durch die Arterien der Innenstädte. Die Emotionen, die dann möglich wurden, bildeten ein Gemeingut, aus dem jeder schöpfen konnte. „*Die ganze Welt hätte ich umarmen können,*“ schrieb ein Berliner Student, „und jedem zurufen: *Nun werden wir auch frei!*“ [...]. „*Endlich fiel es mir wie Schuppen von den Augen, um mich sah ich eine neue, mir fremde Welt! Ich hörte das Herzklopfen der Menschen, ich erkannte ihre Gedanken [...].*“ Für politisch denkende Europäerinnen und Europäer waren diese Frühlingstage ein allumfassender Moment gemeinsamer Erfahrung. Sie machten alle zu Zeitgenossen

und prägten sie mit Erinnerungen, die so lange wie das Leben selbst andauern sollten.

Am 13., 14., 15., und 16. März kam es in Berlin zu Krawallen zwischen der Truppe und den Bürgern der Stadt, veranlasst, so hieß es in der Zeitungshalle, „durch das unzeitige und provocirende Einschreiten des Militärs“ und es fielen die ersten bürgerlichen Opfer. In den nächsten Tagen sollten über dreihundert Berliner Zivilisten dem Kugel- und Kartätschen-Feuer der Armee erliegen.

Ein Jahrestag – wenn er auch kein runder ist – soll als Anlass des Gedenkens dienen, des Gedenkens der Revolution und natürlich der Gefallenen, die alles für sie opferten. Aber das Gedenken fing nicht erst dann an, als die Revolution schon geschehen war – es war ein integraler Bestandteil der Revolution selbst. In all den Revolutionszentren des damaligen Europas mussten die Aufständischen sofort nach den großen

Zusammenstoßen zwischen Truppen und Bürgern entscheiden, was mit den Toten zu tun sei. Und das war kein einfaches Problem. Denn von dem Umgang mit den Toten hing es ab, ob es gelingen würde, einen rechtswidrigen Tumult in einen politischen Neuanfang zu verwandeln. In Paris geschah das mittels einer immensen, von der provisorischen Regierung inszenierten Totenfeier. „Sie starben für die Republik“ hieß es in riesigen Lettern auf den Transparenten, mit denen die Totenwagen behangen wurden.

In Berlin, wo die Monarchie zwar leicht erschüttert, aber nicht durch eine provisorische Regierung ersetzt worden war, begann der Prozess des Gedenkens mit einem improvisierten, aber äußerst dramatischen Spektakel. Am frühen Nachmittag des 19. März wurden die Leichen der Aufständischen von den Orten, an denen die Kämpfe am heftigsten gewesen waren, auf Lieferwagen oder Holzstücken, die als Bahren dienten, drapiert. Viele der Leichen waren in einem entsetzlichen Zustand. Ihre Kleidung war so aufgeschlagen, dass die Wunden sichtbar waren. An vielen Orten formierten sich Prozessionen, und die Leichen der Gefallenen wurden langsam in Richtung Schlossplatz geführt – wie genau es zu dieser konzertierten Aktion kam, ließ sich später nicht mehr rekonstruieren.

Der Jurastudent Paul Boerner nahm an einem dieser improvisierten Leichenzüge teil. Noch drei Jahre später, als er sich schriftlich daran erinnerte, war es ihm, als hätte das Ereignis nur wenige Tage zuvor stattgefunden. Die Gruppe, mit der er unterwegs war, hatte fünf Leichen aus der Friedrichstraße geholt. Sie lagen halbnackt auf ihren Holzbrettern, bis zugelaufene Frauen sie mit grünen Zweigen bedeckten. Ein „kleines zerlumptes Bübchen“ lief schluchzend neben ihnen her: Die Leiche vorne, mit grauem Bart und einem Einschussloch in der Stirn, war sein Vater gewesen. Der Junge war in den Stunden seit den Kämpfen bei der Leiche geblieben und weigerte sich immer noch, sich von ihr zu trennen. Mit jedem Schritt wurde der Tross zahlreicher.

Als sie an der Armeekommandantur vorbeikamen, wurden die wenigen Soldaten, die noch Wache hielten, gezwungen, den Toten die letzte Ehre zu erweisen. In der Nähe des Schlossplatzes vereinigten sich die Prozessionen aus den verschiedenen Teilen der Innenstadt, die Leichen wurden vor dem Schloss aufgebahrt. Im Minutentakt trafen neue Prozessionen mit ihrer grausamen Fracht ein: ein Mann, der den Leichnam seines fünfzehnjährigen Sohnes trug, ein Arbeiter, dessen Gesicht von einer Patrone weggesprengt worden war, eine Witwe, die bei den Kämpfen getötet wurde und noch von ihren Kindern umgeben war. Die Trauernden versammelten sich schweigend, bis jemand rief: „Der König muss kommen, er soll die Leichen sehen!“

Was dann kam, gehört zu den großen Versatzstücken der preußischen Geschichte. Erst als die Träger die Leichen aufhoben und in den Palast bringen wollten, erschien der König mit der Königin, die sich scheinbar nur mit Mühe aufrecht halten konnte. Der König trug zufällig seine Militärmütze; „Mütze ab!“, rief ein alter Mann aus der Menge. Der Monarch nahm die Mütze ab und verneigte sich, wobei er die Geste mehrmals wiederholte. Die Luft war voller Spannung, bis einige Männer den Choral „Jesus meine Zuversicht“ anstimmten.

Ich zitiere aus Boerners Erinnerungen: „Es war, als löse sich in diesen sanften Klängen der Schmerz, die Leidenschaft der empörten Masse. [...] Als sie so an die frommen Träume ihrer Jugend gemahnt wurden, als sie weich und innig die Erinnerung an die Ihren erfasst, da wurden die starken Arme schwach, die stummen, zürnenden Leichen ließ man zur Erde nieder. Alle stimmten ein in den Choral. Wo eben vorher die wildeste Erregung ihren Ausdruck gefunden hatte, da tönnten jetzt die Klänge des alten Kirchenliedes“.

Für Paul Boerner war diese improvisierte Darbietung ein Meisterwerk der revolutionären Choreografie. Sie zeugte von „der tiefen und grandiosen Poesie, die in den Herzen der Männer der Arbeit schlummert“. Es ist leicht zu verstehen, was er damit meinte. Unter all den Dramen jener Tage in den Städten Europas ragt diese

Konfrontation zwischen einem wütenden, trauernden Volk und einem reumütigen König heraus. Aber genauso auffallend und wichtig ist der Kontrast mit Paris. Die Franzosen hatten ihren König ins Exil gejagt und die Attribute seiner Majestät vernichtet. Die Berliner hatten ihren König lediglich gedemütigt; die Hymne, die sie sangen, drückte Trauer aus, kündigte aber auch die Möglichkeit der Vergebung an. Und indem sie ihre Toten vor die Tür ihres Königs brachten, zeigten die Berliner, wie sehr sie von den mentalen Gewohnheiten der Monarchie durchdrungen waren, wie wenig sie bereit waren, den Herrscher von ihrem moralischen Horizont zu vertreiben.

Für den König war dies zweifellos ein traumatischer Moment, ein lebendiger Alptraum, der ihn dauerhaft gezeichnet hat. Doch der psychische Schock wurde bald von der rachsüchtigen Entschlossenheit abgelöst, seine Autorität wiederherzustellen und die Dynamik einer Revolution zu brechen, die in seinen Augen eine satanische Rebellion gegen ein von Gott geweihtes Amt war. Schon zwei Tage später, am 21. März, unternahm Friedrich Wilhelm IV. den außergewöhnlichen Schritt, praktisch unbewacht durch die Straßen der Hauptstadt, gehüllt in die deutsche Trikolore zu reiten, und unter lautem Beifall zu erklären, dass er vorhabe, sich „an die Spitze der Bewegung“ zu stellen. Preußen, sagte er, gehe fortan in ein vereinigtes deutsches Vaterland auf. Sechs Tage zuvor, am 15. März, dem Wiener Revolutionstag, waren der österreichische Kaiser Ferdinand und sein Neffe Franz Joseph, der im Dezember den Habsburgerthron besteigen sollte, ebenso durch die dichtgefüllten Straßen der Residenzstadt geritten, von „unbeschreiblichem Jubel“ begleitet. Schon in den ersten Stunden der Revolution wurden die Vorbedingungen für die Konterrevolution geschaffen. Die Revolution und die Konterrevolution wurden im selben Wochenbett geboren – das ist die Ambivalenz von 1848.

Anders als in Paris, war es die Berliner städtische Verwaltung, nicht die Regierung, die die Verantwortung für die Bestattung der Toten übernahm. Ein Komitee

aus konservativen Mitgliedern des Stadtrats und der Stadtverordnetenversammlung beabsichtigte zunächst, das hat Rüdiger Hachtmann eindrucksvoll beschreiben, die zivilen Toten gemeinsam mit den in denselben Kämpfen gefallenen Soldaten zu begraben, um so eine Geste der Versöhnung zu setzen. Diese Idee stieß jedoch auf heftigen Widerspruch, nicht nur von der demokratischen und liberalen Linken, sondern auch von Vertretern des Militärs, die um keinen Preis den Eindruck vermitteln wollten, dass die Armee den Aufstand als legitim akzeptiere. Der Plan wurde fallengelassen, und die Zeremonie vom 22. März bezog sich ausschließlich auf die von den Truppen getöteten Zivilisten. An diesem Morgen wurden 183 Särge auf einen eigens dafür errichteten mehrstöckigen Holzbau vor der Neuen Kirche am Gendarmenplatz aufgestapelt.

Nach der Trauerfeier wurden die Särge auf große Karren verladen, und die Prozession bewegte sich langsam in Richtung des Friedrichshainer Friedhofs. Dahinter bildete sich ein Zug von vielleicht 100.000 Menschen, in dem, wie Ende Februar in Paris, viele Berufsgruppen in geschlossenen Reihen gingen, beobachtet von einem Publikum, das auf 200.000 Menschen geschätzt wurde. Ein pikantes Detail: Zum Trauererfolge gehörte eine Gruppe von Barrikadenkämpfern, die genau die Kleidung trugen, die sie in der Nacht vom 18. zum 19. März getragen hatten. Eine theatralische Note, die das Spektakel aufwertete und authentisch wirken ließ. Für die aktiven und passiven Teilnehmer an den Revolutionen war die Theatralik wichtig. Sie verlieh den Ereignissen eine epische Stimmung. Sie ermöglichte es den Menschen, Momente kollektiver Emotion intensiver zu erleben, Hemmungen abzulegen und ihr privates Selbst mit einer öffentlichen Sache zu verschmelzen.

Aber die Anwesenheit der Barrikadenkämpfer in ihren verschmutzten Kleidern mit ihren rudimentären Waffen deutete auch auf etwas anderes hin: das selbsthistorisierende Temperament der Menschen des mittleren neunzehnten Jahrhunderts. Die Revolution hatte gerade erst begonnen, und schon war es möglich,

sie nachzuspielen. Daran erkennt man, was es für die Akteure bedeutete, die Gegenwart als Fortentwicklung der Geschichte zu begreifen. Und das war ein Wesensunterschied zwischen 1848 und 1789. 1848 begegnete man der Revolution mit einem historisierenden Gegenwartsverständnis, das für die Teilnehmer an der großen französischen Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts nicht möglich gewesen war. Die Zeitgenossen deuteten sie vor dem Hintergrund des großen Vorbilds. Und sie taten dies in einer Welt, in der das Konzept der Geschichte ein enormes semantisches Gewicht erlangt hatte. Für sie, viel mehr als für die Männer und Frauen von 1789, fand Geschichte als allesumfassender Prozess des Wandels in der Jetztzeit statt. Ihre Regungen waren in jeder neuen Wendung der Ereignisse zu erkennen. Das erklärt unter anderem die erstaunliche Schnelligkeit, mit der so viele 48er in der Lage waren, ihre Erlebnisse zu historischen Erzählungen zu steigern.

Die feierliche Veranstaltung des 22. März war eine kunstvolle Inszenierung der Einmütigkeit. Bei der Trauerfeier in der Neuen Kirche hielten Vertreter der Glaubensgemeinschaften der Stadt Berlin kurze Ansprachen vor der Sargwand. Für die Protestanten sprach der liberale Pfarrer Karl Leopold Adolf Sydow, Prediger an der Neuen Kirche; für die Katholiken Joseph Nepomuk Ruland von der Hedwigskirche und für die jüdische Gemeinde Rabbiner Dr. Michael Sachs, ein renommierter Kenner der jüdischen religiösen Dichtung des mittelalterlichen Spaniens. Während Sydow und Ruland die Notwendigkeit der Versöhnung und die erlösende Kraft der deutschen nationalen Einheit betonten, schlug Sachs einen anderen Ton an: Nicht der Tod als solcher vereinige die Toten im Zeichen der Gleichheit, sondern „die Kraft einer Idee“, die „alle Mauern und Trennungen niederreißen kann, die die Menschen von sich selbst und voneinander trennen“. Die Eroberung der politischen Freiheit verschmolz hier mit dem spezifisch jüdischen Traum von einer emanzipierten Menschheit insgesamt.

Schon als die Menge sich um die offenen Gräber in

Friedrichshain versammelte, deuteten sich die feinen Bruchlinien an, die später dazu beitragen sollten, die Revolution auseinander zu reißen. Hofprediger Sydow hielt die Hauptbegräbnisrede. Eine dampfende, ungesunde Wolke hatte sich zwischen den König und sein treues Volk geschoben, sagte er und bezog sich dabei auf die miasmatische Infektionstheorie, die in der Medizin der Jahrhundertmitte noch immer beliebt war. Doch nun sei diese Wolke verschwunden und „das Wort der Harmonie“ gefunden worden: „In unsere Herzen ist der unaussprechliche Segen des Vertrauens zurückgekehrt“. Nachdem Sydow geendet hatte, sprach Bischof Dr. Neander den Segen, und die Feier hätte an diesem Punkt enden können, wenn nicht der Vorsitzende des Demokratischen Clubs, Dr. Georg Jung, eine eigene Rede gehalten hätte, obwohl mehrere Mitglieder des Organisationskomitees dies zu verhindern versucht hatten.

Für Jung, dessen Worte in aufmerksamer Stille von der Menge vernommen wurden, waren die Ereignisse vom 18./19. März kein vorübergehender Sturm, der die Luft reinigt, sondern ein Vermächtnis und eine Herausforderung an die Lebenden. Es seien Worte der Versöhnung, des Friedens gesprochen worden, sagte Jung. Und ja, es sei richtig, zu vergeben und zu vergessen. Der Ruf nach „roher Rache, die Blut für Blut fordert“, müsse weichen. Aber – und hier liegt der Knackpunkt – die Lebenden können nur dann für die Toten büßen, wenn sie sich der Sache annehmen und die Rechte erkämpfen, für die die Toten gestorben seien. Der Friede sei zwar gut, aber er soll kein schändlicher Friede sein, der dem siegreichen Volk die Beute raubte und die Toten um die Sühne für ihr Blut betröge. Jung schloss mit einer Warnung: Wenn die Lebenden sich der Verantwortung entziehen würden, die die Toten ihnen auferlegt hatten, würde sich der Feind in einem Moment der Erschöpfung an sie heranschleichen. Ich zitiere: „Eure Sklaverei oder euer Kampf wird [dann] von neuem beginnen“. Dem Sydow'schen Kreislauf von Trauer, Vergebung und Versöhnung setzte Jung den Imperativ des historischen

Fortschritts durch den fortwährenden Kampf für Recht und Freiheit entgegen.

Schon in den ersten Tagen der Revolution war das Gedenken der Toten also zu einem Politikum geworden. Und auch in den folgenden Monaten spalteten sich Emotionen und politische Solidaritäten um die Frage, wie man der Toten, ja wie man der Revolution überhaupt gedenken, wie man sie verstehen und politisch einordnen sollte. Als die Märzrevolution in die noch sehr junge Vergangenheit zurückfiel, schwanden ihre Ausstrahlung und ihr Einfluss auf die politische Vorstellungskraft. Bereits Anfang Juni stellte die Schriftstellerin Fanny Lewald fest, dass das Wort „Revolution“ in Vergessenheit geraten zu sein schien; stattdessen sprach man von den „Vorkommnissen“ oder den „Märzereignissen“. „Herr Camphausen und seine Kollegen“, schrieb sie – gemeint war der Märzminister Gottfried Ludolf Camphausen – „sollten diese Revolution als ihre Mutter betrachten und eher an das Gebot denken: Ehre deinen Vater und deine Mutter“.

Am 8. Juni zeigte eine Debatte in der Berliner Nationalversammlung, wie beklommen es um diese Frage stand. Der radikale Abgeordnete Julius Berends stellte den Antrag, die Nationalversammlung möge beschließen – ich zitiere: – „in Anerkennung der Revolution zu Protokoll zu erklären, dass die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht hätten“. Seit den Kämpfen auf den Barrikaden, so Berends, sei die Revolution von verschiedenen Seiten immer wieder verhöhnt und herabgewürdigt und der sittliche Aufstand des Volkes zu einer bloßen „Straßenmeuterei“ degradiert worden. „Die Versammlung selbst ist ein Ergebnis dieser Revolution“, sagte Berends, ihre Existenz sei das faktische Bekenntnis zur Revolution. Durch eine diesbezügliche förmliche Erklärung, so Berends, könne die Versammlung ihre eigene Macht, die souveräne Macht, die das Volk ihr durch seine Revolution verliehen habe, unterstreichen und bekräftigen.

Eine knappe Mehrheit der Abgeordneten lehnte diesen Vorschlag jedoch ab, und zwar mit der

Begründung, dass die im März erzielten – und an sich nicht grundsätzlich in Frage zu stellenden – Errungenschaften des Frühlings nicht allein durch die „großen Märzereignisse“, sondern auch und sogar primär durch „Verhandlungen mit dem Monarchen“ erreicht worden seien. Hier rächte sich – so könnte man es sagen – das versöhnliche Pathos des lutherischen Chorals um die Leichen am Schlossplatz. Der Berends-Antrag scheiterte. Die demokratische Zeitung *Die Lokomotive* reagierte mit einer scharfen Kritik, in der sie der Nationalversammlung vorwarf, ihre Herkunft zu verleugnen, „wie ein schlecht erzogener Junge, der seinen Vater nicht ehrt“ – ein unbewusstes männliches Echo auf Fanny Lewalds weibliche Metapher.

Nirgendwo kann man diese Problematik des Gedenkens und des Vergessens besser ablesen als an dem Bild *Die Aufbahrung der Märzgefallenen* von dem großen Meister des deutschen Realismus Adolph Menzel. Es zeigt eine Menschenmenge auf dem Berliner Gendarmenmarkt. Die Figuren wohnen der Sargaufbahrung der gefallenen Zivilisten bei. In einem Brief an einen Freund, geschrieben am 23. März, fünf Tage nach den Kämpfen und ein Tag nach der Totenfeier, beschrieb Menzel die Zeremonie, an der er selbst mit teilgenommen hatte:

„Das war ein traurig feierlicher Tag [...]. Die langsamen Züge aller Gewerke und aller Körperschaften mit ihren Musikchören [...], ihren Fahnen, Insignien und Särgen, von den Genossen getragen, dazu die durchweg ernste und schweigende Haltung der Volksmassen, [machten] einen furchtbar mächtigen Eindruck.“

Mit – ich zitiere – „Herzklopfen und in hoher Begeisterung für die Ideen, in deren Dienst die Opfer gefallen (waren)“, begann Menzel die Arbeit an dem Bild. Doch schon bei flüchtiger Betrachtung wird deutlich, dass er es nie vollendet hat. Die gesamte linke untere Seite ist nur eine Skizze. Im Spätsommer 1848 hatte Menzel das Interesse an dem Gemälde verloren. Es kam in eine Ecke seines Ateliers und wurde nie wieder bearbeitet. Die Erinnerung an dieses große Ereignis

hatte scheinbar in den Monaten zwischen März und Juli ihr Charisma, ihre motivierende Kraft, verloren. Kein anderes Bild fängt das Abebben revolutionärer Emotion besser ein als diese unvollendete Darstellung einer Gedenkfeier.

Ein gemeinsames Gedenken der Revolution war zum Teil deswegen so schwer, weil in Berlin, wie andernorts, das radikale und das gemäßigt-liberale Verständnis der Revolution sich drastisch auseinanderentwickelt hatten. Für die Liberalen war die Revolution ein abgeschlossenes Ereignis, dessen Folgen es nun zu stabilisieren galt. Für die Linke hingegen war sie ein Prozess, der gerade erst begonnen hatte. Für die Liberalen waren politische Reformen die wichtigste Aufgabe der Erben der Revolution. Für die Radikalen – mit anderen Worten für die Demokraten und die sozial bewegte Linke – bedeutete Revolution soziale Transformation, Korrektur des Ungleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital, Eindämmung der sozialen Ungleichheit.

In dieser Asymmetrie erkennen wir heute einen der bedeutendsten Geburtsfehler der Revolution. Die liberale Vision einer verfassungsgebundenen Metapolitik, die sich auf die diskursive Vermittlung von Interessen konzentriert, ist heute so unverzichtbar wie damals. Aber die Liberalen repräsentierten auch eine Konstellation von Interessengruppen. Die Demokraten und Sozialgesinnten prangerten zu Recht die Einseitigkeit und die aus Eigeninteresse geborenen Widersprüche des Liberalismus an; radikale Argumente für Demokratie und soziale Gerechtigkeit waren und sind ein unabdingbares Korrektiv zum liberalen Elitismus. Die Radikalen waren die ersten, die erkannten, wer durch eine Politik, die sich auf Parlamente und Verfassungen und die Entfesselung des Kapitals konzentrierte, auf der Strecke zu bleiben drohte; sie waren die ersten, die erkannten, wie die extreme soziale Ungleichheit das Gefüge einer politischen Ordnung zersetzen würde, der es nicht gelang, die ärmeren Gesellschaftsschichten zu integrieren. Die Tatsache, dass Liberale und Radikale einander nicht zuhörten, dass sie so oft aneinander vorbeiredeten, war

eines der zentralen Hindernisse für eine tiefergreifende politische Umgestaltung: Liberale, die die Demokraten als „Kommunisten“ beschimpften und Radikale die das „Parla- Parla- Parlament“ der Liberalen verspotteten, inszenierten eine der zentralen Tragödien von 1848.

Die durch die 1848er Revolutionen auf die Bühne gerufenen Gruppen und Interessen, die sich für die rechtmäßigen Erben des Aufstandes hielten, drifteten auseinander, gerieten miteinander in Konflikt – das erschwerte die Lösung der gemeinsamen Probleme. In einem Artikel aus den 1840er Jahren über die rheinische Forstwirtschaft als Brennpunkt sozialer Spannungen, schrieb der junge Karl Marx: „Die Vielseitigkeit der Welt ergibt sich aus der Einseitigkeit seiner Teile“. Er meinte damit, Probleme der politischen Ökonomie seien hauptsächlich deswegen so schwer lösbar, weil sich die davon betroffenen Menschen und Gruppen so fest an ihre widersprüchlichen Interessen klammern. Auch heute lässt sich das Streben nach freiheitlichen politischen Formen mit den notwendigen Inhalten der sozialen Gerechtigkeit nicht immer leicht vereinbaren. Die Überbrückung dieser Kluft gehört nach wie vor zu den dringendsten Herausforderungen der Politik.

Die Frage, ob und warum diese Revolutionen „gescheitert“ seien, hat die Geschichtsschreibung seit Generationen beschäftigt. Aber was bedeutet es, nach dem Erfolg oder dem Scheitern einer Revolution zu fragen? War die Französische Revolution ein „Erfolg“? Die Revolution von 1789 hatte einen tiefgreifenden Wandel zur Folge, doch die konstitutionelle Monarchie, die sie schuf, wurde bald wieder abgeschafft. Das Gewaltregime des Konvents wurde durch den Thermidor-Putsch gestürzt, der wiederum das Direktorium ins Leben rief, ein politisch instabiles Regime, das durch die Machtübernahme Napoleons wiederum hinweggefegt wurde. Was würde es angesichts dieser wiederholten Entstehung neuer politischer Formen bedeuten, die Französische Revolution als „Erfolg“ zu bezeichnen? Und nach welchen Kriterien sollte man Erfolg und Misserfolg messen? Einige Radikale argumentierten bereits im April

1848, dass die Revolution schon gescheitert sei – sie meinten damit, dass sie ihre Hoffnungen nicht erfüllt habe. In vielen Staaten war die Wahl der neuen Parlamente ein Erfolg für die Liberalen, aber ein Desaster für die Demokraten, die erkennen mussten, dass sie vorläufig auch mit einem erweiterten Wahlrecht keine Mehrheit erlangen würden.

Wir sagen nicht, dass ein Meeressturm, eine Sonneneruption oder sieben Tage starken Schneefalls „erfolgreich“ oder „gescheitert“ wären; wir stellen fest, dass sie geschehen sind, und wir messen ihre Auswirkungen. Zwar ist eine Revolution kein Naturereignis, sondern ein politisches Geschehen, getrieben von Willen und Intentionen. Wenn das Ergebnis nicht der Absicht entspricht, könnte man einwenden, dann muss man doch von einem „Scheitern“ sprechen dürfen. Aber hier stoßen wir auf ein Problem. Die Menschen, die in Revolutionen verwickelt werden, mögen zwar manchmal (aber sicher nicht immer) eine kohärente Absicht entwickeln. Dasselbe kann aber gewiss nicht von gesamtgesellschaftlichen Revolutionen gesagt werden, die von einem dissonanten Choral widersprüchlichster Absichten getrieben werden.

In unseren Köpfen steckt ein mythisches Ideal der Revolution als dem generativen Moment, in dem Akteure, die eine neue Ordnung der Dinge anstreben, die Welt zerschlagen und sie ihrer Zukunftsvision entsprechend neugestalten. Aber hat jemals eine tatsächliche Revolution diesem hohen Standard entsprochen? Die Revolutionen von 1848 entsprachen ihm jedenfalls nicht. Sie waren durchweg von Vielstimmigkeit, mangelnder Koordination und von der Überlagerung vieler sich überschneidender Intentionen und Konflikte gekennzeichnet.

Doch so chaotisch die Revolutionen auch waren, so folgenreich waren sie auch: Die Menschen, die in die Revolution einzogen, waren nicht mehr dieselben, als sie aus ihr wieder herauskamen. Die Liberalen, die durch die städtischen Revolten an die Macht gelangt waren, festigten ihre Vorherrschaft durch neue politische

Institutionen, von denen die meisten die Revolutionen überlebten. In ihren Fraktionen und Verbänden und vor allem in den parlamentarischen Debatten eigneten sich Liberale und Radikale im Schnellverfahren die Techniken der modernen Politik an, während die Konservativen lernten, mit Verfassungen und repräsentativen Kammern zu leben, und die Techniken der Massenmobilisierung nutzten, um ihre gesellschaftliche Basis zu vertiefen. Es entstand eine neue Form linker Politik, die sich mehr auf die Bereitstellung sozialer Güter als auf Verschwörung und Machtergreifung konzentrierte. Eine der Folgen der Revolutionen für die Linke, aber auch für die Liberalen, war das Verlangen nach einer politischen Theorie und Praxis, die sich weniger auf Inspiration und ideologische Überzeugung als vielmehr auf systematisch zusammengetragene Wissensbestände stützen sollten. Und es ist auffallend, wie viele der neuen europäischen Verfassungen von 1848 die Revolutionen überlebt haben. Die Juni-Verfassung Dänemarks ist heute noch in Kraft. Das Statuto Albertino – erlassen vom König Carlo Alberto am 4. März 1848 – wurde später zur Verfassung des neugegründeten italienischen Königreichs. Sogar Bruchteile der nie in Kraft getretenen Berliner „Charte Waldeck“ und der Paulskirchenverfassung fanden sich in späteren deutschen Verfassungen wieder.

Bezeichnend für die nachmärzliche Ordnung war die Tatsache, dass manche einst vertraute Argumente nicht mehr gehört wurden. Unter ihnen war das alt-herkömmliche konservative Argument, das Verlangen nach einer Verfassung sei eine teuflische Störung der mystischen Union zwischen König und Volk. Selbst Otto von Bismarck erkannte Zeit seines Lebens an, dass die Revolution die Voraussetzung für seine eigene lange Karriere im öffentlichen Leben war. Er erkannte, dass die Revolution durch die Umgestaltung und Öffnung der politischen Machtstrukturen neue Möglichkeiten für jemanden wie ihn selbst geschaffen hatte. Er hätte, wie er in seinen Memoiren einräumte, niemals in der „Zeit vor 1848“ eine politische Karriere einschlagen können.

Eine „verlorene Generation“ – das hat Michael Wettengel festgestellt – waren die 1848er nicht. Für manchen, der im Jahre 1848 politisch aktiv wurde, führte der Weg der Revolution in den Tod, ins Exil oder in den erzwungenen Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Aber viele Politiker, die sich 1848 in Berlin und Frankfurt profiliert hatten, setzten ihre Karriere nach dem Abklingen der Konterrevolution fort. Für sie fing dann ein langer Marsch durch die Institutionen an. Der Prozess der Interessenvertretung selbst brachte neue Netzwerke hervor, insbesondere für jene Frauen, die es wagten, die Geschlechterpolitik des Patriarchats in Frage zu stellen. Das gleiche gilt für jene deutschen Juden, die in der Revolutionszeit zu Vorkämpfern der rechtlichen Emanzipation wurden. Wichtiger als die oft mageren Ergebnisse des politischen Aktivismus waren die nicht mehr rückgängig zu machenden Mobilisierungseffekte.

Die Revolutionen des Jahres 1848 waren sowohl in ihrer politischen und gesellschaftlichen Intensität wie auch in ihrer geographischen Ausdehnung einmalig. 1848 brachen überall auf dem europäischen Kontinent parallele politische Tumulte aus, von der Schweiz bis nach Portugal und in die Walachei, von Dänemark bis nach Palermo und auf die ionischen Inseln. Dies war die einzige gesamteuropäische Revolution, die es jemals gegeben hat.

Und trotzdem fällt es den Entscheidungsträgern des heutigen Europas scheinbar schwer – so habe ich es mir jedenfalls sagen lassen – sich darüber zu einigen, wie sie dieser Revolutionen gemeinsam gedenken sollten. Das Problem liegt jedoch nicht in der Natur der Revolutionen selbst. Es liegt erstens in der Tatsache, dass diese Revolutionen zwar als gesamteuropäische Umwälzungen erlebt, aber im Rückblick nationalisiert wurden. In den darauffolgenden anderthalb Jahrhunderten wurden sie von den Historikern und Erinnerungspolitikern der europäischen Nationalstaaten in spezifische nationale Narrative eingebettet. Und es liegt zweitens in den überbordenden Erwartungen, die die

Heutigen ihnen aufstülpen möchten, Erwartungen, die die Revolutionen niemals erfüllen werden. Es gab keine plötzliche Geburt der modernen Demokratie, es gab keinen Durchbruch zum Wohlfahrtsstaat, es gab keine restlose Zerstörung der alten Eliten, keine geköpften Könige und keine reinigende Katharsis. Die Faszination dieser Tumulte liegt gerade in ihrer Vielfältigkeit, in der Katzenmusik ihrer Widersprüche, in der Vielzahl ihrer lehrreichen Konflikte und Missverständnisse.

Es wäre meines Erachtens interessanter, sich diesen kontinentalen Aufstand – in Berlin wie im sonstigen Europa – als eine Art Kollisionskammer inmitten des neunzehnten europäischen Jahrhunderts vorzustellen. Menschen, Gruppen und Ideen flogen hinein, krachten zusammen, verschmolzen oder zersplitterten und tauchten in Schauern neuer Gebilde auf, deren Spuren sich in den folgenden Jahrzehnten verfolgen lassen. Politische Bewegungen, Menschen und Ideen wurden in dieser Kammer getestet; alle wurden verändert, mit tiefgreifenden Folgen für die moderne Geschichte Europas.

Ich danke Ihnen.

ZUM AUTOR

Christopher Clark lehrt als Professor für Neuere Europäische Geschichte am St. Catharine's College in Cambridge und ist Regius Professor of History an der University of Cambridge.

Alexandra Bleyer, Thomas Krüger, Basil Kerski

Der Platz der Revolution 1848/49 in der europäischen historisch-politischen Bildungsarbeit

Eröffnungspodium moderiert von Harald Asel, Moderator und Redakteur, rbb24 Inforadio.

Mit Dr. Alexandra Bleyer, Historikerin und Autorin,

Basil Kerski, Direktor des Europäische Solidarność-Zentrum, Gdańsk/Danzig,

& Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung.

HA: „Ich hab' ja nichts gegen das Feiern, aber muss eigentlich immer Geschichte dabei sein?“, fragte vor einigen Jahren ein österreichischer Publizist. 175 Jahre Revolution, das ist ein Jubiläum, bei dem wir viel hören von Aufbruch und Eingelöstem, von den langen Erfolgsgeschichten der Demokratie.

Aber: was sagen uns die vielfältigen Ereignisse dieser Jahre quer durch Europa noch? Was geht verloren, wenn wir versuchen, sie auf einen Nenner zu bringen? Wo sind sie eine Ressource für die Herausforderungen heutiger Gesellschaften und wo ist Vorsicht bei einem allzu wohlfeilen Gebrauch historischer Erfahrungen geboten?

Über all diese Fragen und viele mehr können meine Gäste Antwort geben.

Alexandra Bleyer ist Historikerin und Krimiautorin und lebt im österreichischen Kärnten. Frau Bleyer, Sie haben gerade bei Reclam ein Buch veröffentlicht, „1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution“. Reizt Sie genau dieser Widerspruch?

AB: Ja, das ist genau dieser Widerspruch, der mich fasziniert, denn wir haben eine gescheiterte Revolution, wenn man von den großen Zielen ausgeht. Aber auf ganz vielen Ebenen – auch in der Frauenbewegung, in der Arbeiterbewegung, in der Politisierung der Gesellschaft – sehen wir so viele Fortschritte auf dem Weg zur modernen Demokratie, die wir nicht unterschätzen sollten.

HA: Das 19. Jahrhundert ist voll von Daten wie 1848/49, aber in jeder europäischen Region sind andere Jahreszahlen ganz vorne. Basil Kerski ist Direktor des Europäischen Zentrum der Solidarność in Danzig, Kulturmanager und Publizist. Er pendelt zwischen Polen und Deutschland.

BK: Sie haben eingangs die Frage gestellt „wozu Geschichte?“ – Ich bin kein Historiker, aber ich würde sagen, hinter Geschichte verbergen sich solche Fragen wie jene nach politischer Tradition. Wir diskutieren hier

Die Revolution europäisch denken

heute darüber, welche demokratischen Traditionen es in Europa gibt. Aber um die demokratischen Traditionen kennenzulernen, muss man auch die autoritären Traditionen kennen. Das 19. Jahrhundert ist zum Beispiel für Polen ein Jahrhundert des Kampfes gegen den Absolutismus Russlands, Preußens und Österreichs für die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit. Die polnische Adelsrepublik war für die absolutistischen Herrscher Europas eine Gefahr, weil sie sich 1791 eine erste schriftliche Verfassung Europas im Geiste der Aufklärung gab. Kurz danach wurde dieser Reformstaat von den Nachbarstaaten brutal aufgelöst. Eine führende Rolle bei der Zerschlagung Polens spielte das zaristische Russland. Es konnte seinen imperialen Einfluss in Mitteleuropa ausweiten. 1830 und 1863 organisierten Polen Aufstände gegen das zaristische Russland, die leider fehlschlagen, sich jedoch tief in der modernen Erinnerungskultur einprägten. Diese drei Daten 1791, 1830 und 1863 sind bis heute zentrale Erinnerungsorte des kollektiven Gedächtnisses. Sie symbolisieren wichtige Etappen der Entwicklung eines demokratischen Nationalstaates, aber sie symbolisieren auch die imperialen Traditionen der Mächte, die Polen teilten. Deutschland und Österreich haben ihre imperialen, autoritären Traditionen überwunden, Russland leider noch nicht.

Ein Schlüsseldatum der europäischen, aber vor allem der deutsch-polnischen Geschichte ist 1848. Bis zu diesem Zeitpunkt traten Deutsche und Polen gemeinsam für einen polnischen und deutschen Nationalstaat ein. In der Paulskirche trennten sich die Wege. Die deutsche Einheit wurde seitdem auf der Grundlage einer negativen Polenpolitik angestrebt. Das blieb leider so bis zum Zweiten Weltkrieg und ist ein wichtiges Motiv der politischen Geschichte Deutschlands.

Sie sehen, um in der Mitte Europas heute zusammen zu leben, um die gemeinsamen demokratischen Traditionen zu stärken, aber auch die Schattenseiten der Entwicklung der modernen Nationalstaaten zu kennen, müssen wir nicht nur auf das 20. sondern auch das 19. Jahrhundert zurückschauen.

HA: Thomas Krüger ist Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Eine Herausforderung, nicht nur für die Bildungsarbeit, auch für uns Journalisten, ist, dass wir, wenn wir über 1848/49 reden, nicht davon ausgehen können, dass die Ereignisse allen präsent sind. Braucht es eben gerade deshalb solche Jubiläen wie das aktuelle?

TK: Es braucht vor allem politische Bildung, und in dem Zusammenhang finde ich sehr spannend, dass wenn wir über Geschichte reden, wir uns subkutan auch immer über unsere Gegenwart austauschen. Das ist für die politische Bildung ein Movens, mit dem wir eigentlich immer zu tun haben.

Bezogen auf 1848/49 stellt sich natürlich die Frage, welche Rolle die Nation in dem Zusammenhang spielt. Es ist eine ambivalente Rolle, denn auf der einen Seite war der Nationenbegriff auch ein emanzipativer – gegen die Fürstenmacht. Auf der anderen Seite bedeutete „Nation“ immer auch den Ausschluss von anderen. Diese beiden Komponenten sollte man sich immer im Gedächtnis behalten. Dazu noch ein aktuelles Beispiel: Vorgestern hat eine Fraktion im Deutschen Bundestag, die AfD, per Antrag versucht, das Datum des 18. März zum Nationalfeiertag zu erheben. Wer sich vor Augen hält, was damit bezweckt werden sollte, dem wird bewusst, was politische Bildung in dem Zusammenhang leisten muss und leisten kann, nämlich diese Geschichte nicht als teleologischen Schritt in einer fortschreitenden Demokratieggeschichte zu interpretieren oder gar in einen nationalen Container zu verpacken, sondern die Ambivalenz, die Widersprüchlichkeit, das Auf und Ab der Demokratieggeschichte in den Blick zu nehmen und deutlich zu machen, welche Rolle 1848/49 dort gespielt hat.

HA: Alexandra Bleyer, wenn wir uns die Ereignisse gegenwärtigen wollen, müssen sie ja erst einmal erzählt werden. Wie leicht oder wie schwer ist es, diese bunte Zeit des Jahres 1848/49, auch mit so ernsten Themen wie Verfassungsdebatten, in eine wissenschaftliche Erzählung zu bringen.



Eröffnungspodium, v.l.n.r. Basil Kerski, Alexandra Bleyer, Thomas Krüger, Harald Asel

© Paul Singer e.V., Foto: Visionary.

AB: Ich schreibe populäre Sachbücher für ein breites Publikum und ich denke, vielen von Ihnen wird das auch schon aufgefallen sein: Es gibt im Familien- oder Bekanntenkreis auch Leute, die mit Geschichte überhaupt nichts anfangen können. Geschichte sei langweilig, trocken, vergangen. Was interessiert es noch, was vor 175 Jahren war? Ein Geschichtsbuch würden sie nie anfangen. Das sind meist dieselben Leute, die ganz begeistert von der letzten Netflix-Serie erzählen. Kaiserin Sisi, in Mädchenjahren oder gereifter, geht übrigens immer, denn: Geschichte sei ja so faszinierend!

Da stellt sich schon bei der Wissensvermittlung die Frage, wie viele Fakten braucht eine Netflix-Serie und wie unterhaltsam muss oder darf ein Geschichtsbuch sein, wenn man aus dem Elfenbeinturm der

Wissenschaft herauskommen und ein neues Publikum ansprechen möchte als das, was sich ohnehin für Geschichte interessiert?

Ich habe versucht, diesen Spagat zwischen der Ereignisgeschichte – mit Strukturen und eher trockenen Themen wie eben der Verfassungsdebatte im Parlament – hin zum Leben zu machen. Was haben mutige Frauen und Männer damals getan? Warum haben sie es getan? Welche Erfolge erzielten sie? Welche biografischen Zäsuren gibt es? Ich habe dabei versucht, eigentlich die Stärke einer Netflix-Serie auszuspielen, indem man in der Erzählung dem Leben, dem Schicksal folgt. Mitfiebert und Mitleben mit den Protagonist:innen und das mit der Geschichte zu verbinden. Ob es mir gelungen ist, müssen die Leserinnen und Leser feststellen.

HA: Dann frage ich mal die beiden Herren, wenn wir uns jetzt 1848/49 als eine tolle und erfolgreiche Netflix-Serie vorstellen, welche Ereignisse, müssen wir da besonders thematisieren?

TK: Ich würde erst einmal ordentlich Feuer reinbringen in die ganzen Geschichten von unten, denn die Revolution hat im März 1848 auf den Straßen stattgefunden. Das sind Geschichten von unten. Wenn man hingegen das Narrativ des Paulskirchenparlaments nimmt, dann muss man ganz nüchtern sagen, hat das relativ wenig mit diesen Geschichten von unten zu tun, mit Widerstand, Emanzipation, Revolutionen. Dort gab es eine Mehrheit von Leuten, die für die konstitutionelle Monarchie waren und nicht für eine Republik. Sie waren eher bestrebt, die Revolution einzuhegen und zu domestizieren. Ich würde deshalb einen großen Bogen spannen von diesen Geschichten „von unten“, über das Paulskirchenparlament und dann vielleicht hin zu den Forty-Eighters, die in den USA sozusagen weiter gemacht haben mit ihrer Revolution. Das heißt, die Geschichte war nicht zu Ende, die Geschichte ist auf verschiedenen Pfaden weitergegangen. Ein Beispiel ist Carl Schurz, der spätere Innenminister der Vereinigten Staaten unter US-Präsident Rutherford B. Hayes, das war ein Forty-Eighter wie er im Buche steht. Das heißt, diese Erfahrungen der Revolution auf den Straßen in Europa sind eben weitergetragen worden und führen zu einer Verflechtungsgeschichte einer wachsenden Idee von Demokratie in Europa. Und ich glaube, das ist vielleicht dann die Perspektive dieser Netflix-Geschichte, die auch Hoffnung macht und den Bogen bis in die Gegenwart spannt.

HA: Und die Überraschung ist natürlich für uns heute, dass die Forty-Eighters die Republikanische Partei in den USA großgemacht haben. Die Republikaner sind damals auch massiv gegen die Sklaverei aufgetreten. Erfolgreiche Serien: Basil Kerski, bitte.

BK: Ich bin zwar kein Drehbuchautor, denke aber, dass es wichtig ist, sich beim Verfassen von filmischen Erzählungen auf interessante, charismatische Personen der Geschichte zu konzentrieren. Die Revolution von 1848 hatte hier in Berlin einen charismatischen Anführer, einen Superstar, einen potenziellen Helden einer Netflix-Serie: Ludwik Mierosławski. Diese Revolution hatte einen interessanten Vorlauf, ein deutsch-polnisches Motiv hier in Preußen. 1847 kam es in Berlin zum ersten öffentlichen Prozess in der preußischen Geschichte überhaupt und das war ein Schauprozess gegen Polinnen und Polen, die einen nationalen Aufstand geplant hatten. Mierosławski war einer der Angeklagten. Und die polnischen Angeklagten zogen die Sympathie der kritischen Berliner Öffentlichkeit auf sich.

Ludwik Mierosławski war aber kein „echter“ Pole. Seine Mutter war Französin, sein Vater war Pole, er wurde in Frankreich geboren. Sein ganzes Leben war eigentlich tragisch. Er war ein europäischer Revolutionär, aber hat nicht mehr erlebt, dass diese Revolution dann Früchte brachte.

Mierosławski wurde in Moabit 1847 zum Tode verurteilt, aber dieses Todesurteil wurde nicht vollstreckt. Dieser Prozess hat die Berliner demokratische und bürgerliche Gesellschaft unheimlich mobilisiert. Das war eigentlich ein Höhepunkt auch der europäischen Geschichte: gegen den König, für die Eingekerkerten. Rund 250 Polinnen und Polen wurden am 20. März 1848 in Berlin freigelassen. Das war eines der revolutionären Schlüsselereignisse hier in Berlin, und ich glaube, ein sehr wichtiger Wendepunkt in der Frage, die Thomas angesprochen hat. Im 19. Jahrhundert entwickeln sich, wenn man so will, in Deutschland eigentlich zwei Nationenmodelle. Die eine Entwicklung hin zu einem ethnischen, auch imperialistischen Nationalstaat und natürlich die andere für die Demokratie Eintretende Dynamik. Zurück zu Mierosławski: der ging 1848 dann nach Posen, setzte dort die Revolution fort, was der deutschen bürgerlichen Mehrheit dann doch nicht gefiel.

Antipolnische Stimmungen nahmen in Preußen überhand. Und dann passiert etwas, was unsere Nachbarschaft lange belastet hat, von dem wir uns erst 1989 befreit haben. Dieser preußische Staat wurde durch die Teilungen Polens zu einem Zwei-Nationen-Staat, von Deutschen und Polen, und hat dieses kulturelle und ethnische, trotz aller Reformen nie angenommen. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges politisches Erbe, nicht nur für Deutschland, nicht nur für Polen, auch für Europa. Dieses Nichtannehmen dieser Doppelrolle Preußens als deutsch-polnischer Staat hat die europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert belastet.

Mierosławski verließ Preußen, in Italien hat er versucht, den italienischen Nationalstaat herzustellen, und ist 1878 in Paris gestorben.

Die Netflix-Serie über 1848 könnte eine Parallel-erzählung sein, von den ausgewanderten, enttäuschten Revolutionären, die in den USA die Demokratie geschaffen haben und von den in Europa gebliebenen Freiheitskämpfern, die gescheitert sind, so wie Mierosławski.

HA: Ich kann als Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sagen, dass es neben solchen privaten Produzenten auch sehr viele Produzenten gibt, die bei ARD und ZDF einen Platz finden. Und gerade das Thema „Geschichte erzählen“ boomt. Das sehen wir dann immer auch an den Einschaltquoten. Wir merken jetzt aber schon, was verloren geht, wenn wir – wie über Jahrzehnte und vielleicht sogar über anderthalb Jahrhunderte – die Ereignisse von 1848/49 immer nur national erzählen. Wie ist das eigentlich in Österreich? Wieviel Erinnerung an 1848, auch in aktuellen Prozessen der Bildungsarbeit, findet eigentlich statt? Oder sind tatsächlich Franz und Sisi immer noch das Signal für 1848?

AB: Na ja, bei einer Netflixserie hätten wir den Vorteil, dass wir unter all den Heldeninnen und Helden als Protagonistin auch noch die gar nicht so böse Schwiegermutter von Kaiserin Sisi hätten, Erzherzogin Sophie. Die Netflix-Serie steht. Wir haben in Bezug auf

Erinnerungsarbeit zu 1848 in Österreich wirklich googeln müssen um zu schauen was sich da tut. Es war im Parlament eine kleine Veranstaltung, in den Medien ist sehr wenig. Ich versuche beispielsweise über die Volkshochschulen in Kärnten Vorträge zu organisieren. Aber es ist kein Vergleich mit Deutschland. Hier wird das so gefeiert an verschiedenen Orten nicht nur hier in Berlin und das in einer Dimension, die kann man sich bei uns so nicht vorstellen. Und ich weiß auch nicht, warum. Liegt es vielleicht daran, dass es die Habsburgermonarchie war, dass so viele Schauplätze außerhalb des heutigen Österreichs liegen? Obwohl 1848, das war ja auch der Beginn der Verfassung in Österreich.

HA: Und in Ungarn.

AB: Ja, Ungarn hat sich sogar selbständig gemacht und hier haben wir auch dieses Nationalitätenproblem wieder. Ja, und diese ganze Vernetzung in dieser europäischen Dimension einzubinden, das ist besonders wichtig, denn es gibt da so viele Verflechtungen. Nicht nur Mierosławski, der auf so ziemlich jedem Schauplatz der Revolution gekämpft hat, da gibt es viele Verbindungen, die oft nicht genutzt worden sind. Die Gegenrevolution hat umgekehrt auf Solidarität gesetzt und da haben wir gegenseitige Hilfe, beispielsweise die Unterstützung durch russische Truppen bei der Niederschlagung der Revolution in den Donaufürstentümern und in Ungarn, und das sollte man sich auch anschauen.

HA: Unser Podium heißt „Der Platz in der europäischen Bildungsarbeit“ und ich habe mich gefragt, Thomas Krüger, gibt es die eigentlich schon, die europäische Bildungsarbeit im Singular? Ist vielleicht das Erinnern an diese revolutionären Prozesse, an diese Reformprozesse, an die Debatten, die ja an vielen Orten passiert sind, eine Möglichkeit, um auch tatsächlich eine gemeinsame Basis zu schaffen? Oder sind die verschiedenen europäischen Erinnerungskulturen so weit auseinander, dass jedes Land erstmal für sich arbeiten muss?

TK: Also man muss erstmal feststellen, dass die Situation für die historisch-politische Bildungsarbeit in Europa sehr divers und sehr unterschiedlich ist. Wir haben in Deutschland sicherlich eine spezielle Ausprägung der historisch-politischen Bildungsarbeit, die auch mit der sehr starken Form von politischer Bildungsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun hat. Im Potsdamer Abkommen gab es eine entsprechende Formulierung, dass Demokratieerziehung im deutschen Volk stattzufinden hat, sprich politische Bildung war dazu da, aus Nazis Demokraten zu machen – um das Mal so salopp zu sagen – und das hat in Deutschland jedenfalls seit den 1950er Jahren dazu geführt, dass eine sehr föderale, sehr multiperspektivische politische Bildungsinfrastruktur entstanden ist.

Sehr viele Träger der Erwachsenenbildung, die Gewerkschaften, die Kirchen, viele Bürgerinitiativen haben sich stark gemacht und eben historisch-politische Bildungsarbeit begründet.

In Europa gibt es heute eine ganze Reihe von Anstrengungen. In einer, Basil, sind wir ja auch direkt beteiligt: das NECE – Networking European Citizenship Education. Dort gibt es eine große Übersicht „Mapping“ und ein Netzwerk, was wir in jedem der europäischen Länder und auch darüber hinaus in den vergangenen 20 Jahren gebaut haben, um die Durchlässigkeit historisch-politischer Bildungsarbeit und auch Engagement-orientierter Bildungsarbeit zu etablieren. Dieses Netzwerk ist sehr agil, macht jedes Jahr eine Konferenz, verschiedene Workshops, versucht sich zu vernetzen mit der entsprechenden wissenschaftlichen Infrastruktur.

Was den deutschsprachigen Bereich betrifft, gibt es auch in Österreich eine ganze Reihe von Aktivitäten. Diese verlinken die Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung auf deren Websites. Und so kommt es nicht von ungefähr, dass das Buch von Frau Bleyer nicht nur in der Schriftenreihe der bpb erschienen ist, sondern über diesen Umweg auch in die Bildungsarbeit in Österreich zurückkommt.

HA: Wie ist das mit diesen europäischen Vernetzungen, Basil Kerski?

BK: Ich zähle, wie Thomas Krüger, zu den Optimisten und könnte jetzt die Fortschritte aufzählen. Ich würde aber auch auf zwei Widersprüche hinweisen, die es nicht leicht machen, politische Tradition in dieser Longue durée darzustellen und auch in europäischen Bezug zu setzen. Das ist nochmal der Widerspruch zwischen Bildungsinitiativen – ob staatliche, zivilgesellschaftliche – und Bildungsprogrammen. Die Bildungsprogramme sind doch im Kern eingrenzend, national.

Was auch fehlt, wenn wir auf das 19. Jahrhundert schauen, das ist ja auch ein sehr wichtiger Zeitpunkt, in dem in Gesamteuropa Integrationsideen entwickelt werden, auf der Basis der Idee der Solidarität. Ein konkretes Beispiel: Polen nach 1830. Einer der wichtigsten Naturwissenschaftler Polens dieser Zeit, Wojciech Bogumił Jastrzębowski, hat davon geträumt, die Staatlichkeit Polens eben nicht nur als Nationalstaat, sondern im Rahmen eines europäischen Staates mit einer Verfassung, mit einer Armee, mit einer politischen Identität wiederherzustellen. Also wenn wir in jeder Kulturation Europas schauen, ob sie nun im 19. Jahrhundert die Staatlichkeit hatte oder nicht, haben wir auch eine interessante Verbindung zu der europäischen Idee, die dann im 20. Jahrhundert Früchte trägt. Das aber ist in unserem Bildungskanon absolut nicht präsent. Überhaupt nationale Geschichte in Bezug zu setzen auf den Versuch, Europa demokratisch zu organisieren, aus den Bürgerrechten heraus gegen die Einflusszonen der Mächte. Es gibt in der Bildungsarbeit eine große Zurückhaltung, Menschen dieses europäische Denken, diese europäischen Verbindung zu vermitteln, dies gilt als zu „elitär“.

Mir fehlt sehr das europäische Motiv in unserer Bildungsarbeit.

TK: Ja, vielleicht ist es hilfreich, um diese Verschiedenartigkeit der Narrative stärker in den Blick zu nehmen,

zu unterscheiden zwischen Geschichtspolitik und historisch-politischer Bildung. Beides ist legitim. Geschichtspolitik, die meistens auch staatlich unterstützt passiert, versucht, Interpretationen von Geschichte – auch wenn es um Aufarbeitung geht – sowie Opfer wieder ins Recht zu setzen und ähnliches. Historisch-politische Bildungsarbeit dagegen versucht, salopp, demokratisch mit Geschichte umzugehen: das heißt, verschiedene Perspektiven gelten zu lassen und dann damit einen Diskurs anzustoßen, der die Rezeption von Geschichte, die Interpretation von Geschichte in ihrer Vielfalt in den Blick zu nehmen versucht und damit auch ihre Widersprüchlichkeit. Das ist kein einfacher Weg, denn jeder möchte mal Recht haben mit seiner Interpretation, aber der Schlüssel zu europäischer, politischer und historisch-politischer Bildungsarbeit ist gerade dieser: die verschiedenen Perspektiven gelten zu lassen und auszuloten, welches Potenzial eine Multiperspektivität auf historische Ereignisse hat, um sie durchlässig zu machen, im europäischen Kontext. Ich glaube, das ist die Mühe, die die historisch-politische Bildungsarbeit sich selbst auferlegen muss.

HA: Jeder und jede möchte Recht haben. Wenn man die Akteurinnen und Akteure des Jahres 1848/49 anschaut, ist das ja auch eine sehr widerstreitende Gruppe. Wir haben es schon kurz angesprochen. In der Paulskirche gibt es eben die Anhänger der konstitutionellen Monarchie und Anhänger der Republik. Wir haben in den unterschiedlichen Regionen, also auch zwischen Stadt und Land, miteinander streitende Akteure. Das könnte ja auch ein Modell sein, Demokratie zu lernen, nämlich diese Differenzen auszuhalten.

Alexandra Bleyer wie sehr zerstritten waren die Akteure damals eigentlich? Oder sehen wir das nur so im Nachhinein, weil es ein Prozess war, bei dem alle Beteiligten noch gar nicht wussten, wo sie am Ende stehen werden?

AB: Wir haben das Phänomen bei der Revolution, dass

am Anfang eigentlich alle gegen das System waren, alle gegen die bestehenden Regierungen und die politischen Systeme vereint waren. Wir haben die Verbindung der Institutionenrevolution mit der Basisrevolution und erst danach, wie man die Zugeständnisse erreicht hat, da brachen diese ganzen Grabenkämpfe erst richtig aus. Da war nicht nur diese Frage konstitutionelle Monarchie oder Republik, wobei es für Letztere damals noch keine Mehrheiten gab. Was ich noch viel spannender finde, ist auch die soziale Frage, die mit eingeflossen ist.

Wir haben diese Probleme in Paris, in Wien und auch in Berlin, diese Spaltung der Gesellschaft, wobei sich die Mehrheit der ländlichen und städtischen Unterschichten, das waren geschätzt rund 50 Prozent der damaligen Bevölkerung, von der Paulskirche und von anderen Nationalversammlungen nicht vertreten fühlte. Und da hat ja selbstbewusst auch diese Arbeiterbewegung angefangen, wie die Arbeiterverbrüderung von Stefan Born, die auch gesagt hat, diese konstitutionellen Freiheiten sind zwar schön und gut, aber sie machen nicht satt. Diese Angst vor einer sozialen Revolution, vor diesem Umbruch, vor Klassenkämpfen hat ja dann auch über den Sommer dazu geführt, dass die Revolution sich gespalten hat, dass das Bürgertum und zum Teil auch die Bauern, die durch die Bauernbefreiung befriedigt waren, lieber wieder mit den Regierungen zusammenarbeiteten, die Revolution beenden wollten, um Ruhe und Ordnung zu haben. Sie wollten keine weitere Radikalisierung. Und daran ist die Revolution dann auch mitgescheitert.

HA: Es ist ein wichtiger Punkt, was wir eigentlich über diese Revolution erzählen wollen. Die große Frage ist dabei immer, picken wir uns das raus, was uns heute besonders passt? Zum Beispiel, wieviel Protest ist legitim, auch wenn er Gesetze überschreitet?

Das diskutieren wir auch gegenwärtig, wenn Menschen hier in Berlin im Stau stehen, weil sich andere am Asphalt festkleben. Aber besteht nicht eine Gefahr

von zu schneller Aktualisierung von geschichtlichen Ereignissen? Weil das, was uns da fremd gegenübertritt, muss ja auch ein bisschen fremd bleiben. Wie kriegt man da die Balance hin, Thomas Krüger?

TK: Ein Patentrezept gibt es dafür nicht, sondern – wie ich vorhin versucht habe dazulegen – die Pluralität der Perspektiven ist sehr entscheidend, um überhaupt diese unterschiedlichen Interessen zu kommunizieren, zu verstehen und nachzuvollziehen. Da gibt es auf der einen Seite dieses Phänomen, dass die Revolution in einer Art von Kaskaden passiert: 1848/49 ist nicht das einzige Mal gewesen, auch 1918/19 und 1989 waren Revolutionskaskaden, der Arabische Frühling ebenfalls. Es werden sofort die Landesgrenzen überschritten, weil sich eben bestimmte Grundwerte, Grundeinschätzungen, grundsätzliche Positionen teilen, über die Grenzen hinweg. Das finde ich für die europäische Geschichte unglaublich wichtig. Auf der anderen Seite sind wir immer in der Gefahr, bei der Interpretation von Geschichte die Vergangenheit zu interpretieren und zu deuten und dabei bestimmte Aspekte, bestimmte Zielgruppen, bestimmte Akteure völlig aus dem Blick zu verlieren. Wer die Geschichte von 1848/49 als gloriosen Meilenstein in der deutschen Demokratiegeschichte interpretieren will, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er mindestens 50 Prozent, nämlich die Frauen, überhaupt nicht berücksichtigt hat. Die durften nämlich nicht wählen. Und ähnliche Ausschlüsse kann man der Reihe nach aufzählen, ohne diese Geschichte zu diskreditieren. Sie hat ihre Widersprüche und in der Folge ihr Auf und Ab. Das ist, glaube ich, sehr entscheidend, was es sperrig macht, eine direkte Interpretation der Vergangenheit für die Gegenwart abzuleiten.

HA: Allgemeines Nicken auf dem Podium. Ich habe es schon wieder geschafft, dass alle sich einig sind. Schrecklich.

BK: Nein, das ist eher ein Nachdenken. Ich habe, allein

auf das 19. Jahrhundert bezogen, überlegt: In welchem Zusammenhang würde das Thema heute zurückkommen? Und Thomas Krüger hat ja diesen Begriff der Geschichtspolitik ins Spiel gebracht. Ja, wir haben Geschichtspolitiken, die heute doch sehr, sehr stark wieder das Nationale betonen. Zum einen nationalistisch, zum anderen – das sieht man auch in Deutschland – sind wir immer noch aus vielen Gründen in einer Phase einer demokratischen Selbstvergewisserung. Migration ist klar, aber ich denke auch nochmal an die Verarbeitung des Prozesses nach 1989, also diese Überraschung für viele Westdeutsche. Ja, das ist eine neue Republik, die 1990 durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstanden ist. Und dann kommt man sehr schnell zur Interpretation von Geschichte. Wenn ich jetzt diese beiden Beispiele nehmen würde, dann ist historische Kompetenz unheimlich wichtig. Also die nationalen, zum Teil nationalistischen Geschichtspolitiken nehmen sich sehr stark Erfahrungen aus dem 19. Jahrhundert heraus. Zum Beispiel das Thema des Verrats der westlichen Partner. Ja, wie hier die Situation 1848 in Deutschland. Zunächst die weit verbreitete Solidarität mit den Polen. Dann werden sie von liberalen Anhängern des deutschen Nationalstaats im Stich gelassen, verraten. Das dient der Legitimierung des Misstrauens und das ist nicht zu unterschätzen. Wir haben vielleicht zu wenig betont, dass das 19. Jahrhundert für die meisten europäischen Staaten natürlich jetzt nicht nur der Beginn mit den napoleonischen Kriegen und den preußischen Reformen ist. Da ist 1830 ein ganz wichtiges Datum für Frankreich, für Polen, für eine Zementierung einer imperialen russischen Tradition. Dann haben wir 1848 als europäisches Datum.

In diesem Jahr feiert Polen offiziell die Revolution von 1863. Ja, wenn man so will, nochmal eine Folge dieser Revolution von 1848. Sie scheitert wieder und verfestigt eine noch brutalere imperiale Politik Russlands. Und das ist heute interessant, weil Putin, wie Sie sehen oder wie Sie gesehen haben, hat sich als Geschichtspolitiker, als Amateurhistoriker auf den neuen

Überfall auf die Ukraine vorbereitet. Er hat sich bei der Legitimation seiner imperialen Ambitionen nicht nur auf die russisch-ukrainische Geschichte bezogen. Er hat sich auf die gesamte europäische Geschichte bezogen, also auf dieses Modell des Misstrauens, des Verrats, der Isolation Russlands. Er meint immer das autoritäre, natürlich das imperiale Russland. Er meint keinen demokratischen Nationalstaat. Also Sie sehen, wie wichtig es ist, solchen Manipulationen zu folgen, weil sie Instrumente der Gestaltung der Politik sind. Wenn ich jetzt die demokratische Seite sehen würde: Ich habe die Ausstellung „Berlin Global“ im Humboldt Forum noch nicht gesehen, aber ich fand den Besuch der Ausstellungsmacher bei mir in Danzig sehr interessant, die zu mir gekommen sind, mit dem Hinweis: Wir wollen natürlich Berlin als Migrationsort darstellen. Aber Migrationsgeschichte ist in Deutschland weiterhin sehr, sehr stark Gastarbeitergeschichte. Ja, es ist nicht die Geschichte des Zusammentreffens von Menschen, die Politik machen, egal ob auf der untersten Ebene, gesellschaftlich, als Außenseiter, als junge Menschen oder als Vertreter von ganzen Gruppen oder auch Bildungseliten. Und ich glaube, nicht nur der polnische Aspekt, nicht nur der jüdische Aspekt, nicht nur der russische Aspekt... diese Einflüsse waren gewaltig wie jeder der Wendepunkte der deutschen Geschichte ab 1848. Oder schauen Sie sich Rosa Luxemburg 1918 an, nicht nur als eine Akteurin in Deutschland, auch als eine Kritikerin des frühen Bolschewismus. Auch ganz spannend. Dann 1989. All diese Dinge können wir auch als demokratische Gesellschaft nicht verstehen, auch nicht nutzen, ohne diese Leistungen mit einzuschließen. Die nationalen Gruppen, die hier leben, die kulturellen Gruppen, fühlen sich leider immer noch aus der großen historischen Erzählung Berlins ausgeschlossen. Über 100.000 Berlinerinnen und Berliner haben einen polnischen Pass. Es leben wahrscheinlich viel mehr Menschen mit deutsch-polnischen Biographien in Berlin. Sie sind keine Fremden hier, Berlin ist ihre Heimat. Aber kulturell fühlen sich viele etwas fremd,

weil ihre Erfahrungen in der großen Erzählung nicht präsent sind. Und ich glaube, das gilt auch in Bezug auf andere Gruppen, deren politische und demokratische Traditionen miteinfließen sollten. Also, ich glaube, auch die deutsche, sehr demokratische Gesellschaft, ist immer noch nicht bereit für diese Bildungsrevolution, für diese kulturelle Horizonterweiterung.

HA: Aber das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass viele, die vielleicht in Berlin, in anderen Städten leben, sagen: Was hat eigentlich dieses 1848 mit mir zu tun? Ich bin ja nicht der Adressat vieler Angebote. Wie schaffen wir es, sehr diverse Zielgruppen dafür zu interessieren, was damals hier passiert ist, was aber möglicherweise ihre eigenen Fragestellungen auch betrifft. Denn ich glaube, das ist ja ein zentraler Punkt, wenn wir sagen: Du willst den deutschen Pass haben, also musst du bitte auch die deutsche Geschichte lernen. Dann sagt jemand: Ja, wo ist mein Anknüpfungspunkt? Wie kann da politische Bildungsarbeit, die über die kleine nationale Grenze hinausguckt, wirken?

TK: Also politische Bildungsarbeit findet ja heute statt. Da ist es sehr wichtig, nicht die Perspektive von oben einzunehmen, sondern sich die Vielfalt der Perspektiven auf die Fahnen zu schreiben. Und wir versuchen das in der politischen Bildungsarbeit, indem wir Multiplikatoren, oder heute würde man sagen, Influencerinnen und Influencer gewinnen, mit denen wir die Communities direkt ansprechen. Da ist sehr viel an Vorverständigung notwendig, an professioneller Strategie, um das aufs Gleis zu setzen. Aber die Glaubwürdigkeit ist doch der entscheidende Faktor. Keine historisch-politische Bildungsarbeit ohne die Münze Glaubwürdigkeit. Und deshalb glaube ich, ist es klug, sich von dem Elfenbeinturm staatlich-politischer Bildung hin zu einer Vielfalt der Perspektiven und Positionen zu bewegen und Partner zu gewinnen, um mit denen gemeinsam diese Anstrengungen und auch sozusagen das Klagelied fehlender Repräsentanz in öffentlichen Institutionen offensiv

anzugehen und aufzubrechen. Das ist, wie ich glaube, sehr wichtig in diesem Zusammenhang.

BK: Also, ich glaube, man muss zwei Dinge gleichzeitig tun. Das was Thomas gesagt hat, die Menschen in den Blick nehmen, vielleicht auch ihr fehlendes Verständnis. Verständnis weckt man, wenn man sofort sagt, wieso wir an dieses weit entfernte Datum heute erinnern, also die demokratische Zielsetzung heute. Das weckt Interesse. Wenn wir sagen, das ist der Beginn einer Tradition des Parlamentarismus. So etwas wie einen autoritären Konsens zu schaffen und ihn in Richtung Verfassung zu führen, ist für viele Leute durchaus spannend. Und dann nochmal die Dynamik erzählen, eben nicht in dieser Logik, von der du gesprochen hast. Und dann die internationalen Bezüge zu betrachten, zu sagen, welche Staaten, die uns heute gefährden, haben mit dieser autoritären Tradition nicht gebrochen. Also ich glaube, da erreicht man sehr viele. Ich fand für mich persönlich, als Berliner, die Versuche sehr spannend, an 1848 im Stadtbild zu erinnern. Es ist natürlich sehr banal, die Barrikaden, die Gedenksteine... Also die meisten Menschen laufen zwar blind vorbei, aber viele schauen doch genau hin und dann ergeben sich für 1848 vielleicht auch persönliche Bezüge zu Opfern, eben zu Opfern aus Außenseiterpositionen, jungen Arbeitern, Frauen... Auch nochmal die Frage, was ist mit der jüdischen Bevölkerung hier passiert? Das sind Initiativen im Stadtbild, die Neugier erzeugen. Aber wichtig ist es, diese Daten in einen breiteren historischen Kontext mit einzubinden. Ich habe mich sehr gefreut, dass hier vorne Broschüren lagen, nicht nur zu den Orten deutscher Geschichte von 1848, sondern auch zur demokratischen Revolution von 1989. Das war eine erfolgreiche europäische Revolution, die diesen heutigen deutschen Staat, diese Demokratie möglich gemacht hat. Ich glaube, das ist auch eine unterschätzte demokratische Tradition. Vor diesem Hintergrund ist nochmal die Frage, wieviel ist uns diese demokratische Tradition heute wert?

HA: Sie haben jetzt etwas sehr Wichtiges angesprochen. Dass wir im Stadtraum etwas entdecken können. Nun sag ich mal vorsichtig: Die Städte haben sich in den letzten 175 Jahren sehr gewandelt. Wenn es aus Anlass dieses Jubiläums jetzt eine Barrikade in der Berliner Innenstadt gibt, muss man suchen, welche Straße klein genug ist, dass sie auch wirklich die emotionale Kraft hat, zu zeigen, was da passierte.

Lassen sie uns also, weil in diesem Jubiläumnetzwerk „175 Jahre Revolution“ sehr viele Initiativen, Gruppen, Einrichtungen sind, die mit konkreten Orten zu tun haben, darüber sprechen, welche Rolle eigentlich diese sehr diversen Orte spielen können für die historisch-politische Bildungsarbeit. Da haben wir die Paulskirche in Frankfurt am Main. Da haben wir hier in Berlin den Friedhof der Märzgefallenen mit seiner eigenen Geschichte. Wir sitzen gerade in einem Gebäude mit der Fassade des Berliner Schlosses, in dem Friedrich Wilhelm IV. damals Angst um seinen Kopf hatte, weil er an die Französische Revolution und die Folgen für Herrscherköpfe dachte. Was können, was sollen diese Orte, diese historisch-authentischen Orte eigentlich beitragen? Was wünschen Sie sich eigentlich jenseits der touristischen Vermarktung?

AB: Wir haben viele Anknüpfungspunkte, die wir mit der regionalen und lokalen Geschichte aufgreifen können. Man sieht das an einem ganz banalen Beispiel: Krimis. Regionalkrimis sind momentan dermaßen gefragt, dass es fast keinen weißen Fleck mehr auf der Landkarte gibt. Jeder, der auf Urlaub irgendwo hinfährt und mehr über den Ort erfahren möchte, kann das über Krimis machen. Und das Gleiche gilt auch für Geschichte. Wenn man das mehr aufgreift, dann haben wir so viel spannende Geschichten in der Geschichte, so viele mutige Frauen und Männer, die viel erreichten. Wir haben die Judenemanzipation mit Gabriel Riesser in der Paulskirche. Wir haben die ersten Forderungen nach dem Frauenwahlrecht mit Louise Otto-Peters. Dass man die ganzen Geschichten und die Persönlichkeiten mehr in

den Vordergrund rückt durch Spannung, durch gute Erzählung, durch anschauliche, angreifbare, begreifbare Geschichte, das wäre mein Ansatz dazu.

TK: Ja, ich finde auch, authentische Orte haben ein Riespotential. Sie erzählen Geschichte. Diese Geschichte sensibel zu machen, ist Aufgabe an solchen authentischen Orten. Und dazu geht es nicht nur um die Orte, sondern natürlich auch um die Menschen, die mit diesen Orten in Verbindung gebracht werden. Aber daneben gibt es auch andere Initiativen. Ich zum Beispiel bin gerne Schirmherr eines Schülerpreises, der an der Robert-Blum-Schule in Berlin-Friedenau ausgelobt worden ist. Ich habe dort in Gesprächen mit den Schülern mitbekommen, wie über die Person Robert Blum ein Bezug zur Freiheits- und Demokratiegeschichte hergestellt worden ist. Und für Schülerinnen und Schüler ist ja die friedliche Revolution 1989 genauso weit weg, wie die 1848er Revolution und genauso weit weg, wie das Mittelalter. Deshalb ist es wichtig, über solche Personen und über solche Geschichten, die diese Personen erzählen, Bezug zur Geschichte zu finden. Und ich finde, deshalb ist neben den authentischen Orten wahnsinnig wichtig, welche Bildungssettings, welche Ideen gerade im Bildungsbereich, also in den Schulen wie auch in der außerschulischen Bildung verwendet werden, um eine Brücke zu schaffen. Und es wäre töricht, diese Geschichten einfach alle außen vor zu lassen. In dieser Stadt passiert unglaublich viel, unglaublich viel Engagement auch um die Vermittlung von solchen Geschichten herzustellen. Das sollte man nicht geringschätzen, sondern würdigen, daran anknüpfen, mit dem Lautsprecher versehen, sodass das öffentliche Augenmerk stärker darauf gerichtet wird.

HA: Ich vermute, in vielen anderen Städten, aus denen die Teilnehmer dieser Tagung kommen, ist das auch nicht anders. Nur damit wir nicht wieder sagen, wir in Berlin haben alles erfunden.

BK: Ich selbst arbeite an einem historischen Ort, auf dem historischen Gelände der ehemaligen Danziger Lenin-Werft. Die Werftindustrie gibt es noch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, aber historisches Gelände meint den Ort, an dem im August 1980 Arbeiterproteste ausbrachen, zur Gründung der freien Gewerkschaft Solidarność führten. Im Sommer 1980 begann eine Revolution, die 1989 mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft endete. Letztes Jahr haben wir in unserem Zentrum eine Ausstellung eröffnet, die die Geschichte der Danziger Werftindustrie dokumentiert. Sie beginnt im 19. Jahrhundert und endet in der Gegenwart. Wir haben gezeigt, dass diese Geschichte 1844 beginnt, als in Danzig die erste staatliche Werft Preußens gegründet wurde. Wir erzählen die Geschichte von Industrie und Politik. Diese Industriepolitik führte zu einer Großmachtspolitik, zur Ausnutzung von Menschen, zum berüchtigten wilhelminischen Imperialismus, zu zwei Weltkriegen, zu großen Streiks schon vor dem Ersten Weltkrieg. Unsere polnischen Gäste sind fasziniert von dieser langen Geschichte des Kampfes um Arbeiterrechte, um politische Rechte. Orte der Geschichte bergen ein faszinierendes Potenzial, sehr oft auch eine internationale, europäische Dimension.

Was ich gerne noch einfügen würde: Man sollte die Menschen an ihren heutigen Lebenserfahrungen abholen, um sie für historische Entwicklungen zu öffnen. Wir leben in einer Zeit, in der wir, unsere Demokratien unter einem großen Veränderungsdruck stehen, weil wir im Bereich der Wissenschaft und Technologie revolutionäre Veränderungen erleben, die unsere Vorstellungskraft sprengen. Aus heutiger Sicht ist das 19. Jahrhundert, die Mitte des 19. Jahrhunderts, für uns spannend, denn diese Zeit ist geprägt vom Emanzipatorischen, Anti-autoritären, aber auch von einer Industrialisierung, die Gesellschaften so verändert, so sprengte, dass zunächst einmal die sehr negativen Folgen sichtbar werden. Die Gesellschaften in Europa taten sich mit den negativen Folgen der Industrialisierung sehr schwer. Es dauerte Jahrzehnte, bis man diesen tiefgreifenden industriellen

Wandel auch politisch erfasst hat. In einem vergleichbaren Zeitgefühl einer Verunsicherung oder der vielen offenen Fragen zu den Folgen der neuen technologischen Revolutionen leben wir heute. Es ist noch einmal ganz wichtig, nicht den Leuten zu sagen, jetzt machen wir eine Wohlfühltour. Wir zeigen euch, wie toll unsere Stadt ist oder unser Erinnerungsort oder was für tolle Traditionen wir haben. Man kann durch solch eine Zeitreise vielleicht auch sensibel werden für die Gegenwart, vielleicht auch Mut schöpfen. Es ist beachtlich, was dann aus dem 19. Jahrhundert heraus entwickelt wurde, also dieses Spannungsverhältnis. Man muss Menschen sehr ernst nehmen, man darf Menschen nicht ausschließen, aber man muss auch einfach die Ansprüche sehr hochstellen. Was mich heute irritiert: Wir haben so eine Banalisierung. Wir nehmen die Menschen nicht ernst. Also man kann Inhalte, auch komplexe Inhalte, Menschen vermitteln, eben mit Biografien, mit Orten, aber auch mit einem sehr wichtigen Bezug zur Gegenwart. Das bietet die Geschichte des 19. Jahrhunderts.

HA: Ein Tag des Erinnerns oder viele Tage des Erinnerns an diesen ganzen revolutionären Prozess. Wie wichtig ist es, einen Tag zu haben, wie den 18. März?

AB: Da haben wir wieder genau das, was Herr Kerski schon angesprochen hat, diese Ambivalenzen. Es gibt immer ein „aber“ in dieser Geschichte. Wenn wir jetzt den 18. März herauspicken, haben wir wieder ein Ereignis, das sich nur in Berlin manifestiert. Was ist dann mit den anderen europäischen Zentren? Was ist mit dem Sturz Metternichs in Wien, was mit der Februarrevolution in Paris? Dann wird das wieder so auf ein Ereignis fokussiert und anderes gerät aus dem Blickfeld. Geschichte ist aber nicht nur ein Ereignis. Es ist immer auch ein Prozess, gerade die Demokratie. Und ich fürchte, dass sich da wieder eine Verengung ergibt. So wichtig solche Schlüsseldaten sind, es ist auch gut, wenn man sich ein paar Daten merkt wie 13. März Sturz Metternich, 18. März Barrikadenkämpfe in Berlin. Das ist

gut, wenn man das hat und weiß, was passiert ist. Aber das allein zu fokussieren, ist für mich zu wenig. Ja, ich bin da als Historikerin und Autorin vor die Aufgabe gestellt, gerade diese Multiperspektivität der Geschichte, verschiedene Figuren, verschiedene Schauplätze und vor allem diese gesamteuropäische Dimension aufzuzeigen.

HA: Wir haben in Berlin ein paar Feiertage weniger als in Bayern. Also wir könnten den 18. März noch hinzufügen. Basil Kerski über diese Ambivalenz von solchen Daten, an denen dann auch die Erinnerung stehen könnte...

BK: Also ich kann mich dem anschließen. Ich finde den 18. März als Gedenkort vor dem Brandenburger Tor großartig. Vielleicht sind jetzt viele, die nicht den Zugang zur Geschichte des 19. Jahrhunderts haben, überrascht über dieses Datum. Was wichtig ist, ist Dinge nicht gegeneinander auszuspielen. Der 17. Juni ist so ein spannendes Datum deutscher Geschichte. Aber, da ist nicht nur der 17. Juni 1953. Da ist auch der 17. Juni 1991. An diesem Tag gab es den ersten Nachbarschaftsvertrag, den das vereinigte Deutschland mit einem Nachbarn in Bonn unterschrieben hat, nämlich mit Polen. Anwesend waren nicht nur Kohl und Genscher, sondern auch Willy Brandt, symbolisch. Auf polnischer Seite unterzeichnete den Vertrag der Premierminister Jan Krzysztow Bielecki. Damit erfolgte auch die endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Nachkriegsgrenzen. Aus einer Konfliktbeziehung wurde eine Partnerschaft von zwei Demokratien.

Was aber am schwierigsten bei der Vermittlung historischen Bewusstseins ist, das sind politische Rituale in einer Demokratie. Unsere deutsche Gesellschaft mit ihrer noch jungen demokratischen Tradition, tut sich immer noch sehr schwer, Rituale zu entwickeln. Sie werden durch großartige Pflege von Erinnerungsorten ersetzt. Ich denke da an das 19. Jahrhundert, an Hambach, das Hambacher Schloss. Das ist großartig,

was dort passiert, regional, überregional, wie dieser Ort funktioniert. Beim Hambacher Fest 1832 waren auch Franzosen und Polen mit dabei. Aber was uns fehlt, sind Rituale, die Menschen einladen, ein Zeichen zu setzen. Ich sage mal: Mit den Füßen abstimmen. Wir versuchen das immer am 31. August. Das ist der Tag der Unterzeichnung des Danziger Abkommens 1980. Der Beginn der solidarischen Revolution. Am 31. August öffnen wir jedes Jahr um 10.00 Uhr das Tor der Werft. Es wurde 1980 nach drei Wochen der Besetzung der Werft durch die Streikenden wieder geöffnet. 17.000 Arbeiter hatten sich dort eingeschlossen. Sie hatten Angst vor den Schüssen, vor den Panzern, vor der Macht nicht nur der Miliz und der Armee, auch vor Breschnews Reaktion. Dieses Öffnen des Tores ist für uns ein Symbol einer neuen, auch friedlichen Phase der Veränderung. Das bieten wir jedem Menschen an. Grundsatz ist, alle sind gleich, alle können kommen. Rituale sind auch sehr wichtig in der internationalen Kommunikation. Bislang war Joachim Gauck der einzige Bundespräsident, der dort an diesem Tor stand und sagte: „Das ist auch durch seine Folgen für Deutschland ein deutscher Erinnerungsort.“ Ich denke, wir müssen noch viel Phantasie entwickeln, um für die Menschen den Bezug zwischen Geschichte und der Verantwortung für heute herzustellen.

HA: Wir stehen am Anfang eines längeren, zweijährigen Jubiläums. Da gibt es wahrscheinlich noch viele Gelegenheiten, dies umzusetzen. Und wenn jetzt die ein oder anderen Film- und Fernsehproduzenten sagen, das ist genau mein Thema, wenn die ein oder anderen Verlage sagen, uns fehlt noch etwas in unserem Portfolio, dann ist ja bis ins kommende Jahr Gelegenheit dazu, das umzusetzen.

ANMERKUNGEN

Dieses Podium wurde unter dem Titel „Alte Barrikaden – heutige Herausforderungen“ als Forum im rbb24 Inforadio in einer Länge von knapp unter einer Stunde am 9. April 2023 ausgestrahlt.

Heléna Tóth

Transnationaler Aktivismus um 1848:

Akteur:innennetzwerke zwischen Politisierung und Wertegemeinschaft

Die Geschichte der Revolutionen von 1848/49 und deren Niederlage in Europa wird längst nicht mehr als eine Geschichte des Scheiterns dargestellt. Seit den 1980er Jahren entdeckte die Historiographie mit wachsendem Interesse die Echos einer „leisen Revolution“ beispielsweise in den selbstauferlegten Schranken der monarchischen Herrschaft der Restauration, in der Entwicklung des Konstitutionalismus oder im Wandel der Öffentlichkeit in der Mitte des 19. Jahrhunderts.¹ Im Vorfeld des 175. Jahrestages der Revolutionen hat die Geschichtswissenschaft erneut Bilanz gezogen und sie als einen Schlüsselmoment der Entwicklung der politischen Kultur in Europa betrachtet: Alexandra Bleyer schreibt von einer „Erfolgsgeschichte der gescheiterten Revolution“, und Christopher Clark betrachtet in seiner umfassenden transnationalen Geschichte die Revolutionen als „Teilchenbeschleuniger im Zentrum des europäischen 19. Jahrhunderts“ und als einen einzigartigen europäischen historischen Moment.²

In der Geschichte der transnationalen Netzwerke repräsentieren die Revolutionen von 1848/49 eine zwiespältige Zäsur. Im Jahr 1832, nach der Niederschlagung des Aufstandes in Warschau gegen das Russische Reich, sowie angesichts von gescheiterten liberalen Aufständen in den deutschen Ländern plädierte die Schlüsselfigur der italienischen Nationalbewegung Giuseppe Mazzini noch dafür, dass das gemeinsame Scheitern den Advent einer gerechteren Epoche und der Völkerfreundschaft einläutete. In Mazzinis historischem Panorama zeigte die von der französischen Julirevolution inspirierte Welle der politischen Unruhen in Europa das Potential der Solidarität zwischen den Völkern auf. Nachdem die Bourbonenmonarchie in Frankreich gestürzt war, schrieb er: „Ganz Europa garte in einer neuen Macht, und die freien Männer begriffen, dass sie sich die Hand reichen müssten, um stark zu sein“,³ und obwohl weder im geteilten Polen noch in den deutschen Ländern das bestehende

politische System von den Aufständen gestürzt wurde, hielt Mazzini dennoch optimistisch am Ideal der Völkerfreundschaft fest: „Wenn die Sturmglöcke der Völker erschallen würde, [...] wie viele Geheimnisse der Liebe würden sich da offenbaren, wie viele Massen, die heute stumm und untätig daniederliegen und europäische Gärung brüten, würden sich da erheben, um ihre Hände zu vereinen“.⁴

Die Aufstände im Frühling 1848 schienen Mazzinis hoffnungsvolle Vision erst zu erfüllen. Von Paris bis Wien, von Berlin bis Mailand betrachteten sich Akteur:innen der Revolutionen als Motoren eines gemeinsamen historischen Moments des politischen und sozialen Umbruchs. In den folgenden Monaten zerbröselte jedoch das Ideal der Völkerfreundschaft in den parlamentarischen Diskussionen, welche die Konturen der politischen Gemeinschaft in multiethnischen Staaten neuverhandeln sollten und dabei grundsätzliche Interessenunterschiede aufdeckten. Anders als Mazzini, betrachtete diese Generation die Niederlage ihres revolutionären Moments nicht nur als eine Niederlage gegen die überwältigende Macht der monarchischen Herrschaftsordnung, sondern teilweise auch als ernüchternden Beleg für die Herausforderungen, welche mit der Umsetzung der Prinzipien der Völkerfreundschaft einhergingen. Das Konzept des gemeinsamen Kampfes lebte in Form militärischer Strategien weiter, wie etwa mit der Beteiligung von ungarischen Soldaten bei den italienischen Einigungskriegen gegen das Habsburgerreich. Genauso charakteristisch für die nachrevolutionäre Epoche war aber die immer kürzer werdende Halbwertszeit der Gelegenheitsallianzen zwischen Exilgruppen.⁵

Zwischen Schlachtfeld und politischer Strategie existierten jedoch auch andere, weniger sichtbare wenngleich bedeutende Formen des transnationalen Aktivismus. Insbesondere informelle persönliche Netzwerke wurden durch die Revolutionen auf neue Weise politisiert. Am Beispiel von Akteur:innennetzwerken zwischen Europa und den USA geht dieser Beitrag der

Frage nach, wie solche Netzwerke die Grenzen des Politischen erweiterten und wie sie das verbindende Element des Transnationalismus (neu-)definierten.

Die Politisierung informeller Akteur:innennetzwerke

Die Rolle von Frauen in den Revolutionen von 1848/49 blieb in der Forschung lange Zeit unbeachtet. Veit Valentin widmete in seiner 1930 erschienenen Überblicksdarstellung der „deutschen Revolution“ zwar andert-halb Unterkapitel den Frauen und den Anfängen der Frauenbewegung. Jedoch wurden Frauen als historische Akteur:innengruppe in der Forschungsliteratur oftmals nicht einmal in diesem Umfang betrachtet.⁶ Schrittweise räumte die Historiografie den Registern der Öffentlichkeit und des politischen Lebens Bedeutung ein, in denen Frauen aktiv waren, und betrachtete ihre systematische Ausschließung aus der Neukonzipierung der politischen Gemeinschaft als wesentliches Element des Vermächtnisses der revolutionären Epoche.

Das Spektrum der „Frauenräume in der Männerrevolution“ reicht inzwischen von den Barrikadenkämpfen zu den parlamentarischen Debatten, von den bürgerlichen Frauenklubs bis hin zu den Salons der Intellektuellen.⁷ Diese Breite verdeutlicht die Bedeutung der Partizipation von Frauen und zeigt hierbei gleichzeitig die Heterogenität der politisierten Frauen auf, wobei dies auch die Inkompatibilität der Zielsetzungen unterschiedlicher Gruppierungen erahnen lässt.

Informelle transnationale Akteur:innenetzwerke als Felder des politischen Handelns nehmen in diesem Gefüge eine ambivalente Position ein. Ihre Aktivitäten waren weniger öffentlichkeitswirksam wie die der Frauenvereine, gleichzeitig erwiesen sie sich in ihrer Flexibilität oft stabiler als formalisierte Organisationen. Ihre Geschichte eröffnet eine Langzeitperspektive auf die Revolutionen von 1848/49, nicht bloß als die zeitweilige Eröffnung und baldige Einschränkung politischer Wirkungsfelder für Frauen, sondern als einen

Moment, in welchem das implizite politische Potential bestehender Netzwerke offengelegt wurde.

Die Verbindungen zwischen der Teleki bzw. de Gerando Familie aus Ungarn und der Lowell Familie aus den USA können als so ein Fallbeispiel betrachtet werden.⁸ Mary Lowell Putnam stammte aus einer wohlhabenden, politisch und sozial engagierten Familie in New England und pflegte unter anderem durch die Geschäftsreisen ihres Ehemannes Beziehungen nach Europa. Im Schatten ihres berühmten Bruders, dem Dichter James Russell Lowell, etablierte sich Mary Putnam einen Namen als Intellektuelle über ihre Artikel und Übersetzungen in namhaften Zeitschriften, wie *The Christian Examiner*. Sie beschäftigte sich neben dem Abolitionismus auch mit der Literatur, Geschichte und Gegenwart Osteuropas und lernte Polnisch und Ungarisch. Um 1830 veröffentlichte sie zahlreiche Artikel über polnische Geschichte und um 1848 widmete sie ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich Ungarn. Als Fürsprecherin osteuropäischer nationaler Unabhängigkeitsbewegungen in der amerikanischen Öffentlichkeit gab es viele Gründe für Putnam die Bekanntschaft von Emma de Gerando, Exilantin der ungarischen Revolution und Ehefrau des französischen Schriftstellers Auguste de Gerando, Autor einer historischen Abhandlung über Ungarn, zu suchen.⁹

Die Beziehung zwischen den beiden Frauen war Kern eines größeren Netzwerks, welches sowohl Frauen als auch Männer auf beiden Seiten des Atlantiks miteinander verband und Aktivitäten unterschiedlicher Art bündelte. Die Konturen des Netzwerks waren unscharf und es basierte auf einer langen Tradition von transnationalem Agieren. Das soziale Netzwerk von Emma de Gerando um 1850 war zum Teil die Weiterentwicklung intellektueller und sozialer Kontakte, welche ihre Tante, Teréz Brunsvik (Therese von Brunswick) seit den frühen 1800er Jahren kultivierte.¹⁰ Brunsvik unternahm zahlreiche Reisen nach Frankreich, in die Schweiz und in die deutschen Länder, um Kontakte zu namhaften Pädagogen zu knüpfen. Sofern die finanziellen Mittel

es erlaubten, waren Emma Teleki (nach ihrer Ehe de Gerando) und ihre Schwester, Blanka, bereits von ihrer Kindheit an in dieses Netzwerk eingebunden, was für ihre Generation und soziale Schicht, den ungarischen Reformadel, nichts Ungewöhnliches war. In den 1840er Jahren waren Brunsvik und ihre Nichten im ungarischen Vormärz besonders in der Reform des Bildungswesens beteiligt: So gründete Brunsvik Kindergärten und versuchte die erste Hochschule für Erzieherinnen zu etablieren. Blanka Teleki betrieb die erste Mädchenschule in Ungarn und setzte sich mit ihrer Tante für Frauenrechte ein, während Emma de Gerando die Publikations-tätigkeit ihres Mannes über ungarische Geschichte und Gegenwart mitbetreute.¹¹

In den Jahren 1848/49 hatten die drei Frauen zwar keine Ämter inne, wurden aber nach den Revolutionen aufgrund ihrer Verbindungen und extensiver Korrespondenz ins Ausland als Staatsfeinde betrachtet. Emma de Gerando flüchtete so nach Frankreich, Blanka Teleki wurde zu zehn Jahren Festungsstrafe verurteilt und Teréz Brunsvik wurde nur in Anbetracht ihres hohen Alters freigesprochen. 1849 starb Auguste de Gerando an den Folgen einer langen Krankheit, und Emma lebte ab dieser Zeit in Paris gemeinsam mit ihren Kindern.

Hier wurde sie zur Säule eines Netzwerks, dessen Wurzeln weit in die Reformbewegungen auf beiden Seiten des Atlantiks zurückreichten, und so Individuen miteinander verband, die sich ihre politische und soziale Rolle in vergleichbaren und einander kommunizierbaren Kategorien konzeptualisierten. Das Netzwerk verband jedoch nicht nur Individuen miteinander, sondern zum Teil auch die gesamten Familien; Putnams Cousine, Anna Lowell stand mit Emma de Gerando im Briefwechsel, wiederum Emmas Schwester, Blanka Teleki widmete den Lowells ein Album.

Dieses Netzwerk erfüllte hierbei gleich mehrere Funktionen, so diente es als Informationsmultiplikator: De Gerando versorgte Putnam nachweislich mit Literatur über Ungarn und Putnam stützte sich auf diese Werke in ihrer journalistischen Tätigkeit und gestaltete

damit die öffentliche Debatte, welche in den USA über die Revolutionen in Europa geführt wurde, aktiv mit. Als Francis Bowen, ein Professor der Harvard University in einem Artikel Ungarn mangelnde Solidarität mit anderen Nationalbewegungen vorwarf, verteidigte Putnam die „Ehre“ der ungarischen Revolution.¹² Bowens Kritikpunkte waren nicht unberechtigt, aber Putnam konterte mit ihren genauen Quellenkenntnissen.

Darüber hinaus kamen dem Netzwerk zwei zusätzliche Funktionen zuteil, als ungarische Exilant:innen in Boston ankamen. In ihrer Korrespondenz etablierten Akteur:innen neue Kommunikationskanäle und erschufen einen prosopographischen Imprint der Geschichte der nachrevolutionären Zeit. Zusätzlich nahm das Netzwerk praktische Aufgaben an, indem die Mitglieder Exilant:innen sowohl in den USA als auch auf ihrem Rückweg nach Europa finanziell unterstützen.

Im Vergleich zu Frauenvereinen oder Exilorganisationen bewirkte das Netzwerk um de Gerando und Putnam mehr und weniger zugleich: Zwar wurden keine Pläne über Europas Zukunft geschmiedet, doch aber zumindest einigen Personen, die solche Pläne schmieden wollten, ihr Lebensunterhalt dank der finanziellen Unterstützung gesichert. Ferner etablierte das Kommunikationsnetzwerk Verbindungen über sonst zersplitterte persönliche Beziehungen hinweg.

Die Mitglieder der Teleki und der Lowell Familie agierten bereits vor den Revolutionen von 1848/49 transnational – auf der einen Seite als Intellektuelle, auf der anderen Seite aber auch durch ihre finanziellen und verwandtschaftlichen Beziehungen. Die Revolutionen waren also kein neues Kapitel in ihren Biographien als transnationale Akteur:innen, doch wurden ihre Rollen und ebenso auch ihr Selbstverständnis auf neue Weise politisiert.

Transnationale Projektionsflächen: Eine moralische Wertegemeinschaft

Was verband die Akteur:innen dieses Netzwerks? Im

Vormärz und in den Jahren der Revolutionen waren die Vereinigten Staaten Referenzpunkt in den politischen Debatten über Konstitutionalismus in Europa.¹³ Umgekehrt löste die Rezeption der europäischen Revolutionen in den USA eine Mischung aus Stolz auf die eigenen republikanischen Traditionen und kritischer Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen politischen System aus.¹⁴

Das Netzwerk, das Putnam und de Gerando sowie ihr soziales Umfeld miteinander verband, wurde von diesen politischen Diskursen angetrieben und wirkte im Gegenzug ebenso auf sie ein. Es funktionierte aber auch auf einer anderen Ebene, und zwar in der gegenseitigen Wahrnehmung einer moralischen Wertegemeinschaft.

Für Emma de Gerando war Mary Lowell Putnam nicht nur eine US-amerikanische Schriftstellerin, die die Werke ihres Mannes in Amerika popularisierte. Darüber hinaus stellte sie in einer Kurzgeschichte die fikionalisierte Version von Putnam als moralisches Vorbild dar. De Gerando veröffentlichte etliche Kinderbücher auf Ungarisch mit Geschichten über Personen aus der Gegenwart, welche ihre Kinder persönlich kannten und die während den Revolutionen von 1848/49 eine wichtige Rolle gespielt hatten. Im Märchen „Die Liebe zur ungarischen Nation: Maria“ stellt de Gerando Putnams Biographie als Inbegriff eines tugendhaften Lebens dar.¹⁵ Im Mittelpunkt der Geschichte steht die Weltoffenheit, wozu „Maria“ laut de Gerando von Kind an prädestiniert war: Mit einem Vater aus Boston und einer Mutter aus Schweden war die kleine Maria seit ihrer Kindheit Teil eines mehrsprachigen Umfelds. In de Gerandos Erzählung ist die kleine Maria ein lebhaftes und abenteuerlustiges Kind, das viel Freude an der Natur habe, ihre Eltern aber stets mit dem größten Respekt behandle und „noble Emotionen“ pflege.¹⁶ Auch als Märchenfigur lernt die kleine Mary Polnisch wie Ungarisch und rezipiert die Revolutionen:

„Das traurige Ende unseres Freiheitskampfes erfüllte ihr Herz mit Trauer, aber sie blieb nicht untätig. [...] Sie wurde zu unserer Beschützerin gegen

*Verleumdungen und widerlegte in vielen schönen Artikel die Anschuldigungen gegen uns. Flüchtlinge unseres Landes begegnete sie immer mit Freundschaft und sie half ihnen gegebenenfalls auch mit Tat. Sie bemüht sich um sie immer noch, diese gesegnete Frau, die jetzt als liebende Mutter, Schwester [...] ihrem noblen weiblichen Ruf folgend, immer noch Zeugschaft von der tiefen Freundschaft ablegt, die sie uns während ihres Pariser Besuchs zeigte“.*¹⁷

Die fiktionale Figur ersetzte nicht das Nachdenken über politische Systeme, sondern ergänzte sie im Geiste von den populären Biographien von George Washington und Benjamin Franklin als Inbegriff der Freiheitsliebe und transatlantischer Solidarität.

Obwohl keine Erzählung konkret über Emma de Gerando auf der anderen Seite des Atlantiks existierte, wurden andere ungarische Akteur:innen der Revolutionen von 1848/49 auf vergleichbare Weise dargestellt. So veröffentlichte Elisabeth Peabody, Schriftstellerin und auch Mitglied der Bostoner intellektuellen Elite, 1853 einen Nachruf auf Zsuzsanna Meszlényi, die Schwester des ungarischen Revolutionärs und Nationalhelden Lajos Kossuth. Während der Revolution war Meszlényi für die Organisation der medizinischen Versorgung von Verwundeten zuständig. Nach der Niederlage der ungarischen Armee wurde sie verhaftet. In Anerkennung ihrer Pflegedienste für Kriegsgefangene wurde sie zwar freigelassen, musste aber dennoch 1853 Ungarn verlassen und ging nach Belgien ins Exil. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zog sie mit ihren Kindern weiter nach New York, wo sie aus dem Import von belgischer Spitze zu leben hoffte. Stark geschwächt von Tuberkulose, starb sie jedoch bereits ein paar Monate nach ihrer Ankunft.

Elisabeth Peabody lernte Zsuzsanna Meszlényi noch persönlich kennen – ihr Tod erschütterte sie tief. In einem Nachruf erzählte sie die Geschichte der ungarischen Revolution aus Meszlényis Perspektive, um am Ende historische und sogar theologische Schlussfolgerungen zu ziehen. Auf die Frage, warum sie sechzig

Seiten über Meszlényi geschrieben habe, verweist Peabody zum einen darauf, ein Denkmal für eine besondere Exilantin errichtet zu haben, zum anderen aber auch auf einen höheren Grund:

„[God] pours upon our shores the various victims of the Old-World despotisms...to awaken our humility, to ennoble our affections, and to refine our spirits... In the case of Madame Meszlényi...there is no room for the coxcombial airs of superiority which individual Americans are so apt to assume, on the ground of their practical ability. She was equal to any American in business tact and executive power“.¹⁸

In Peabodys Darstellung verkörpert Meszlényi genau die Werte, die Amerikaner:innen sich stets erstreben sollten – somit gleicht sie der Quelle einer moralischen Erneuerung.

De Gerandos Kurzgeschichte und Peabodys Nachruf waren Fiktionen, doch gemeinsam ist beiden die Prämisse, dass die Grundlage für die Verbundenheit zwischen den Akteur:innen der Reformbewegungen auf beiden Seiten des Atlantiks die Tagespolitik transzendiert hat.

Die Macht des Imaginären

Das informelle Netzwerk zwischen Korrespondent:innen auf beiden Seiten des Atlantiks hatte weiche Konturen. Die Geschichte dieses Netzwerks illustriert das breite Spektrum der Möglichkeiten transnationalen Aktivismus in der nachrevolutionären Epoche. Gleichzeitig verdeutlicht es die Bedeutung von Projektionsflächen, was ebenso die Macht des Imaginären genannt werden könnte. Es ist bezeichnend, dass beispielsweise in den fünf Bänden von Emma de Gerandos moralischen Erzählungen zwar viele Gestalten der Zeit auftreten, aber keine Akteur:innen der Revolutionen in den deutschen Ländern, deren Handeln auch für die Narrative der ungarischen Revolution relevant waren. Das moralische Zusammengehörigkeitsgefühl wurde also in einer Sphäre formuliert, welche entfernt von der Realpolitik stand.

In ihrer Studie über sozialistische Exilorganisationen in England bezeichnete Christine Lattek das Exil als „ein Laboratorium“ für politische Ideen, wo zwar Konzepte verhandelt und entwickelt werden konnten, diese aber nicht dem unmittelbaren Druck der Umsetzung ausgesetzt waren.¹⁹ Informelle transnationale Akteur:innennetzwerke können ebenfalls als solche Laboratorien betrachtet werden, deren Tragweite über das Netzwerk weit hinausreichte und sie durch ihre Aktivitäten letztlich den Bereich des Politischen erweiterten.

ZUR AUTORIN

PD Dr. Heléna Tóth ist Historikerin. Seit 2020 ist sie akademische Oberrätin a.Z. an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte des politischen Exils im 19. Jahrhundert in transnationalem und transatlantischem Vergleich sowie in der Geschichte von Ritualen nach dem Zweiten Weltkrieg in Zentraleuropa.

ANMERKUNGEN

- 1 **Geoff Eley**, **David Blackbourn**, *The Peculiarities of Germany History* (Oxford 1984).
Alexandra Bleyer, 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution (Stuttgart 2022).
- 2 **Christopher Clark**, *Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt* (München 2023), S. 13. Überblick der Stand der Forschung: **Theo Jung**, *Fragen an 1848/49. Ein Forschungsüberblick in 1848/49*, *APuZ* (7–9/2023), S. 17–23.
- 3 **Giuseppe Mazzini**, *Verbrüderung der Völker* (1832), in **Siegfried Flesch (Hrsg.)**, **Giuseppe Mazzini: Politische Schriften** (Leipzig 2011), S. 276–280, hier 278.
- 4 Ebd., S. 279.
- 5 Eine Übersicht über die zersplitterte Erinnerungskultur und Deutungen von 1848: **Axel Körner (Hrsg.)**, 1848 – A European Revolution? *International Ideas and National Memories* (London 2000).
- 6 **Veit Valentin**, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849* (Berlin 1930), Band 2, S. 578–581.
- 7 **Gabriella Hauch**, *Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848*, in **Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche (Hrsg.)**, *Europa 1848. Revolution und Reform* (Bonn 1998), S. 841–900
- 8 **Heléna Tóth**, *Biographien, Netzwerke und Narrative: Transnationale Aspekte der politischen Exils nach 1848* in **S. Steffi Marung, Katja Naumann (Hrsg.)**, *Vergessene Vielfalt. Territorialität und Internationalisierung in Ostmitteleuropa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts* (Göttingen 2014), S. 137–165, hier S. 140–145.
- 9 **Auguste de Gerando**, *De l'esprit publique en Hongrie depuis la revolution française* (Paris 1848); **Christine Adriaenssen, Auguste de Gerando**, *Ein französischer Zeuge der ungarischen Reformära (1819–1849)* (Frankfurt a. M. 1991).
- 10 **Theresia Brunsvik, Marianne Czeke**, *Tagebücher und Aufzeichnungen der Gräfin Therese Brunsvik: Ein wichtiges Quellenwerk zur Lebensgeschichte Ludwig van Beethovens, zur Geschichte der Pädagogik und zur ungarischen Geschichte* (s.n. 1964).
- 11 **Mária Hornyák, Brunsvik Teréz**, *szellemi gyermeke: Teleki Blanka (1806–1862)* [Blanka Teleki (1806–1862), das „Kind im Geiste“ von Teréz Brunsvik] (Martonvásár 2012).
- 12 Über die Hintergründe und Kontext des „Hungarian Controversy“, **Heléna Tóth**, *An Exiled Generation. German and Hungarian Refugees of Revolution, 1848–1871* (Cambridge 2014), S. 124–128.
- 13 Für die deutschen Ländern: **Charlotte A. Lerg**, *Amerika als Argument. Die deutsche Amerika-Forschung im Vormärz und ihre politische Deutung in der Revolution von 1848/49* (Bielefeld 2011). Für Ungarn: **Géza Závodszy**, *American effects on Hungarian Imagination and political thought* (Boulder, CL 1995).
- 14 **Timothy Mason Roberts**, *Distant revolutions. 1848 and the challenge of American exceptionalism* (Charlottesville, London 2009), S. 42–62.
- 15 **Emma de Gerando**, *Antonina és Attila második könyve* [Das zweite Buch von Antonina und Attila] (Paris 1854), S.104–113.
- 16 Ebd., 109.
- 17 Ebd., 113.
- 18 **Elisabeth Peabody**, *Memorial Mad. Susanne Kossuth Meszlenyi* (Boston: N.C. Peabody, 1856), S. 44–46.
- 19 **Christina Lattek**, *Revolutionary Refugees. German Socialism in Britain, 1840–1860* (London 2002), S. 5.

Rüdiger Hachtmann

Die Unterschichten als zentrale Akteure der Revolution von 1848

Die Unterschichten, oder genauer: die unterbürgerlichen Schichten, markieren politisch und sozialstrukturell das Zentrum der Revolution vor 175 Jahren, in den Städten, oft aber auch (das wird gern übersehen, kann hier allerdings nicht weiter thematisiert werden) in den agrarischen Regionen. Das wird schnell deutlich, wenn man sich die deutsche wie die europäische Revolution von 1848/49 ein wenig genauer anschaut. Hier können lediglich einige eher allgemeine Thesen formuliert werden.

I.

Erste These: Die Revolution von 1848/49 war keine bürgerliche Revolution. Durchgefochten wurden die Februar- und die Märzrevolutionen von den Unterschichten. Das gilt europaweit – und übrigens auch für die Agrarregionen (die hier nicht zu thematisieren sind), weit über das Frühjahr 1848 hinaus. In Berlin gehörten mehr als 85% der Märzgefallenen, -verletzten und Märzgefangenen den Unterschichten an. Ähnlich war dies in Wien. Die unterbürgerlichen Schichten waren es

auch, die die Abwehrkämpfe gegen die Konterrevolution trugen: während der Pariser Junischlacht und Wiener Oktoberrevolution, die Anfang November 1848 schließlich ebenfalls an der Übermacht des Militärs scheiterte. Die in den Tabellen 1, 2 und 5 (siehe S. 44) zusammengefassten Daten zur sozialen Zusammensetzung sind hier unmissverständlich.

Aber nicht nur deshalb ist es mindestens problematisch, von 1848/49 als einer ‚bürgerlichen Revolution‘ zu sprechen. Auch wenn man – hier ist die französische Sprache präziser als die deutsche – nicht den ‚Bourgeois‘ (die Sozialschicht Bürgertum), sondern den ‚Citoyen‘ (den Staatsbürger ungeachtet seiner sozialen Stellung) im Blick hat, ist die Bezeichnung ‚bürgerliche Revolution‘ irreführend. Das Etikett ‚bürgerliche Revolution‘ verkürzt. Denn die Märzforderungen 1848 schlossen auch die nach sozialen Rechten ein.

Zur Illustration ein Beispiel aus Berlin. Ab dem 10. März 1848 kursierte eine sog. ‚Adresse der Arbeiter‘. In dem Schriftstück wurde Friedrich Wilhelm IV. *„um schleunige Abhilfe der jetzigen großen Noth und*

Tb 1: Sozialstruktur der Märzgefallenen in Berlin und Wien (in v.H.)

	Wien	Berlin
Bürgertum	8,4	2,9
Mittelschichten	8,3	6,8
Unterschichten	77,5	86,7
Übrige (a)	5,8	3,6
zusammen v.H.	100,0	100,0
absolut	48	283

(a) Inkl. Frauen und ,keine Angaben'

Tb 2: Sozialstruktur der getöteten und verwundeten Verteidiger Wiens Ende Okt./Anfang Nov. 1848 sowie der festgenommenen Teilnehmer am Pariser Aufstand Ende Juni 1848

	Verteidiger Wiens Ende Oktober / November 1848			Als Teilnehmer am Pariser Juni- aufstand festge- nommen
	Darunter:			
	getötet	verwundet	zusammen	
Bürgertum	12,8	12,9	14,0	10,6
Mittelschichten	17,1	4,6	7,8	
Unterschichten	55,9	68,9	64,4	82,7
Übrige (a)	14,2	13,6	13,8	6,7
zusammen v.H.	100,0	100,0	100,0	100,0
absolut	48	283	1199	11.642

Tb 3: Altersstruktur der getöteten und gefangengenommenen Berliner Barrikadenkämpfer vom 18. März 1848

	Märzgefallene	Märzgefangene
unter 20 Jahre	7,9	14,3
20 bis 29 Jahre	42,7	52,6
30 bis 39 Jahre	24,4	21,3
40 bis 44 Jahre	17,8	8,0
50 Jahre und älter	7,2	3,8
zusammen v.H.	100,0	100,0
absolut	283	536

Tb 4: Altersstruktur der Anhänger und Gegner der Revolution von 1848/49 in Bayern

	Anhänger		Gegner	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
unter 20 Jahre	4	0,6 %	0	0,0 %
20 – 29 Jahre	175	26,8 %	2	0,6 %
30 – 39 Jahre	223	34,2 %	64	19,5 %
40 – 49 Jahre	127	19,5 %	127	38,7 %
50 – 59 Jahre	55	8,4 %	88	26,9 %
über 59 Jahre	24	3,7 %	44	13,4 %
keine Angabe	44	6,8 %	3	0,9 %
insgesamt	652	100 %	328	100 %

(a) Nach einer Erhebung, die 1852 auf Anweisung des bayerischen Königs Maximilian II. in allen Regierungsbezirken Bayerns durchgeführt wurde.

Tb 5: Sozialstruktur der Teilnehmer am Dresdner Aufstand vom 3. bis 9. Mai 1849, der Barrikadenkämpfe an 6./7. Mai in Breslau und der amnestierten Württemberger, die am badischen Aufstand Mai/Juni 1849 teilgenommen hatten.

	Teilnehmer am Dresdner Maiaufstand 1849 (a)	verwundete Teilnehmer an den Barrikaden- kämpfen im Breslau Anfang Mai 1849 (b)	amnestierte Württem- berger, die am badischen Aufstand Mai/Juni 1849 teilgenommen hatten
Bürgertum	25,5	3,5	3,0
Mittelschichten	30,4	8,4	7,7
Unterschichten	44,1	88,1	89,3
zusammen v.H.	100,0	100,0	100,0
absolut	869	47	406

(a) Angeklagte vor dem Dresdner Stadtgericht. (Insgesamt wurden 9.000 bis 12.000 Untersuchungsverfahren eingeleitet.)

(b) Kurze, aber heftige Barrikadenkämpfe nach Auflösung einer Protestversammlung, auf der gegen die Auflösung der Zweiten Kammer des Preußischen Parlaments (die zuvor die Reichsverfassung anerkannt hatte) protestiert wurde.

#1848heute

Arbeitslosigkeit“ gebeten. „Der Staat blüht und gedeiht nur da, wo das Volk durch Arbeit seine Lebensbedürfnisse befriedigen und als fühlender Mensch [sic!] seine Ansprüche geltend machen kann. Wir werden von Capitalisten [...] unterdrückt; die jetzigen bestehenden Gesetze sind nicht im Stande, uns vor ihnen zu schützen.“ Gefordert wurde deshalb „ein Ministerium für Arbeiter, das aber nur [aus] Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt werden darf und deren Mitglieder nur aus beider Mitte gewählt werden dürfen.“ Lediglich ein solches Ministerium sei „im Stande, den wahren Grund der drückenden Lage des Volkes kennenzulernen [und] das Loos der Arbeiter zu verbessern“. ¹ Diese Petition war ein noch gemäßigter Ausdruck der Unzufriedenheit. Andere Arbeiter und Gesellen würden, hieß es in der Presse, „sich vom Petitioniren kein Heil [mehr] erwarten.“ ² Ein linksliberaler Stadtverordneter beobachtete: „Unter den Arbeitern [würde es] furchtbar gähren“. ³

Die Berliner Arbeiter-Petition wirkt wie ein Echo der Ereignisse 14 Tage zuvor in Paris: Die Februarrevolution mobilisierte die Unterschichten – auch in Wien als der dritten europäischen Revolutionsmetropole und zahllosen anderen europäischen Städten – und zwar nicht allein, um Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit durchzusetzen, sondern auch um eigene soziale Forderungen zu artikulieren. 1848 war ein Jahr der Fundamentaldemokratisierung – auch und gerade der Unterschichten, und zwar beider Geschlechter.

Mindestens ebenso wie die im Februar und März entstandene Möglichkeit, endlich eigene Forderungen offen formulieren zu können, faszinierte Anfang März die Unterschichten mindestens in den großstädtischen Zentren, dass einer der ihren in Frankreich zum Arbeiterminister (nicht Arbeitsminister, sondern Minister der Arbeiter) wurde: der Knopfmacher Albert Martin. Die Pariser Februarrevolution und überhaupt die Ideen der Hochaufklärung und der Frühsozialisten faszinierten nicht zuletzt in den Unterschichten – auch in Berlin, vor wie nach der Märzrevolution. Der Berichterstat- ter eines bürgerlichen Blattes wunderte sich, als er

kurze Zeit nach der Märzrevolution, am 21. März 1848 durch die preußische Hauptstadt „wanderte“, über die Diskussionskultur in den Berliner Armenvierteln sowie über das Selbstbewusstsein dort:

„In den Vorstädten debattierten die Leute über die Vorzüge der Republik, über die Notwendigkeit der Organisation der Arbeit, über die Zukunft der Brüderlichkeit und Gleichheit. In den gewöhnlichen Kneipen höre ich einen Ton der Unterhaltung, höre ich in gewandter Sprache Doktrinen vortragen, wie ich sie kaum in Salons vernommen.“ Stimuliert durch die Pariser Februarrevolution „gewahrte ich die bestimmtesten Forderungen nach sozialer Umgestaltungen, [...] ferner ein stolzes Bewußtsein, hervorgerufen durch den Heldentag des unsterblichen 18. März.“ ⁴

Wenn vor allem die Unterschichten auf den Barrikaden standen, schon früh eigene Forderungen artikulierten und sich eindeutiger für demokratische Rechte als das Gros der bürgerlichen Schichten positionierten: Warum hielt und hält sich das Etikett „bürgerliche Revolution“ für die Ereignisse und Entwicklungen dennoch (bei vielen Historikern bis heute)?

II.

Zweite These: Die Revolution von 1848 als ‚bürgerlich‘ zu qualifizieren, passte – salopp formuliert – in die ‚Weltbilder‘, vor allem in Deutschland: Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik wurde die Revolution pauschal als „bürgerliche Revolution“ bezeichnet.

Für die Bundesrepublik markierte dieses Etikett lange Zeit eine Art liberalkonservative Inbesitznahme der Revolution. Gleichzeitig war die bürgerlich-akademische Historiographie des ‚Westens‘ einseitig auf die Parlamente fokussiert – und ist es bis heute. Überdies blieb sie – ebenfalls einseitig – auf die sozialstrukturell besonders stark bürgerlich geprägte Paulskirche beschränkt. Darüber hinaus war sie lange Zeit teleologisch ausgerichtet: Die Revolution vor 175 Jahren wurde – in der Fortschreibung

borussisch-wilhelminischer Traditionen – gern auf die Vorgeschichte zur Reichseinigung 1871 reduziert. Besonders die übermäßige Konzentration auf die 1848 entstandenen Parlamente ist erstaunlich. Denn diesen ging (verkürzt formuliert) revolutionäre Qualität ab: ohne Barrikaden keine Parlamente.

Im SED-Staat wiederum lag der Etikettierung von 1848/49 als „bürgerlicher Revolution“ das Bestreben zugrunde, sich selbst im ‚langfristigen Trend‘ zur revolutionären Kraft zu stilisieren. 1848 habe es (ebenfalls verkürzt formuliert) zwar einen Bund der Kommunisten und ab Herbst 1848 die Arbeiterverbrüderung gegeben, aber keine wirkliche „Partei der Arbeiterklasse“, wie sie erst zur Jahreswende 1918/19 entstanden sei. Eine ‚revolutionäre Partei‘ nach bolschewistischem Vorbild (so der politische Tenor in den SED-offiziösen Verlautbarungen) sei aber notwendig, um eine sozialistische oder kommunistische Revolution zum Erfolg zu führen. Dem lag nicht nur ein simplifizierendes Abfolge-Schema von ‚bürgerlicher‘ und ‚sozialistischer‘ Revolution zugrunde. ‚Vergessen‘ wurde zudem, dass der Marx’sche Begriff der ‚Partei‘ ein völlig anderer war als der spätere bolschewistische. Marx hatte dies mit seinem Freund Engels kurz vor der Februarrevolution deutlich formuliert, im „Manifest der kommunistischen Partei“, das Ende Januar/Anfang Februar 1848 erschienen war.

Von „bürgerlicher Revolution“ zu sprechen, ist außerdem bequem. Es erleichtert den Historikern die Arbeit. Denn es waren vor allem Bürger, die Ego-Dokumente hinterließen, also Tagebücher, Briefe oder oft Jahrzehnte später verfasste Autobiografien (wie die von Fontane, Bismarck usw., die als Dokumente über die Revolution selbst wertlos sind). Ego-Dokumente unterbürgerlicher Akteure zu finden, ist dagegen sehr viel aufwendiger – aber es gibt sie.

Und zwar nicht nur in der Schweiz, wo sich der Weber und Kleinbauer Johann Ulrich Furrer in seinem Tagebuch über die Berliner und ihren anfänglichen Glauben in die Reformierbarkeit der

Hohenzollernmonarchie lustig machte.

„Bei den Berlinern ist es „mit dem, was man Verstand nennt, noch nicht weit her, das beweisen die Lebehoche für den König. In der Schweiz, glaube ich, hätte man es anders gemacht: Einen Mann, der vor wenigen Augenblicken noch Befehl gab, das Volk niederzuhauen, würde man nicht mit Vivetrufen, sondern mit Kugeln berauschen. Aber die einfältigen Leute glauben, dass die ganze Welt zugrunde ginge, wenn keine solchen Herren von Gottes Gnaden existieren würden.“⁵

III.

Dritte These: Hinzu kommt (wie ich das nennen würde) ein pejorativer Massendiskurs – der abfällige Blick breiter bürgerlicher und adliger Kreise auf die Unterschichten, auf den „Pöbel“, den „Plebs“ – der von den ‚besseren Leuten‘ für unfähig erklärt wurde, eigenständig zu handeln, der nur fremdgeleitet, verführt sein konnte. Nicht zuletzt aus diesem Grund kursierten 1848/49 – und kursieren überhaupt in Revolutionen (sowie Kriegen) – auch die zahlreichen Verschwörungstheorien.

Dieser negativ-verächtliche und gleichzeitig mit Angst gepaarte Massendiskurs setzte früh ein und durchzog das ganze 19. und 20. Jahrhundert. Er prägt und prägt das Bild der Historiker, die ja selbst in der Regel dem Bürgertum entstammen und zudem einen hochgradig positiv-normativ aufgeladenen Begriff von „Bürger“ und „Bürgerlichkeit“ haben.⁶

Gerade vor dem Hintergrund des 1848 ausgeprägten pejorativen Massendiskurs und der Annahme, die Unterschichten würden verführt und nur außengeleitet handeln, ist es bemerkenswert, dass die Unterschichten 1848 jedenfalls in Berlin keine herausragenden Wortführer, keine Helden brauchten. Die Revolutionsbewegung der Unterschichten war ausgesprochen antiautoritär, nicht nur in Berlin. Es gab keine, alles überragenden ‚charismatischen Führer‘ – wenn man von dem damals 19 Jahre alten Gustav Adolf Schlöffel absieht, eine

charismatische Figur insbesondere für die so genannten Erdarbeiter, wie die Erwerbslosen genannt wurden, die im Rahmen von (oft sinnlosen Tätigkeiten) beschäftigt wurden. Weil der an den Jakobinern von 1792/93 orientierte Schlöffel eine ausgeprägte charismatische Ausstrahlung hatte, wurde er schon früh, im Mai, von der Staatsanwalt aus dem Verkehr gezogen. Die Erdarbeiter wiederum, Schrecken der ordnungsliebenden Bürger, waren sozial ausgesprochen heterogen, unter ihnen auch z.B. Lehrer und Sekretäre.

IV.

Vierte These: Das Etikett „bürgerliche Revolution“ für 1848/49 ist handlich, bequem – und noch aus einem weiteren Grund verlockend: Es fehlen die Alternativen. Denn mindestens genauso abwegig wäre auch die Attributierung „proletarische Revolution“. 1848 nämlich existierte selbst in Berlin nur ein zahlenmäßig kleines „Proletariat“, im späteren Sinne von „Industrieproletariat“, in anderen Städten waren die Zahl der Industriearbeiter noch kleiner. Zwar war die preußische Hauptstadt mit Borsig, das von seinen 1.200 Arbeitern Anfang 1848 mehrere Hundert entlassen hatte, und einigen weiteren, mit ebenfalls mehr als hundert Beschäftigten, für die damalige Zeit also sehr großen Maschinenbauunternehmen zwar eines, vielleicht das wichtigste Zentrum moderner Industrie im Deutschen Bund. Gleichwohl dominierten innerhalb der Erwerbsbevölkerung der preußischen Hauptstadt das proletaroiden Handwerk, also arme Schneider-, Schuhmacher-, Tischlermeister usw., die von Reparatur und Gelegenheitsarbeiten lebten, sowie vor allem Gesellen. Zeitgenössisch wurden sie alle als ‚Arbeiter‘ bezeichnet.

Soziale Heterogenität war keine Besonderheit, kein Spezifikum nur der Unterschichten. Auch das Bürgertum war überaus vielschichtig – und ist bis heute definitiv schwer einzugrenzen (selbst wenn man das Kleinbürgertum als den ‚Mittelstand‘ ausklammert). Ebenso heterogen war die Agrarbevölkerung mit

Gutsbesitzern, reichen und armen Bauern, Häuslingen und Landarbeiter:innen bzw. Knechten/Mägden. Und auch der Adel war nach innen höchst vielfältig gegliedert.

V.

Soweit vier Thesen (die man um weitere ergänzen könnte) zur Frage, warum die Revolution von 1848/49 keine bürgerliche Revolution war – aber auch keine ‚proletarische‘. Wie angesprochen, waren die städtischen Unterschichten heterogen. Die frühe „Arbeiterbewegung“ bestand in erster Linie aus Gesellen, zu großen Teilen außerdem aus proletaroiden Meistern und nur zu einem kleinen Teil aus ‚echten‘ Industriearbeiter:innen. Gleichwohl datiert die Entstehung von Arbeiterorganisationen mit modernen Zügen, jedenfalls im deutschen Raum, bereits auf das Jahr 1848.

Die Anfänge der frühen Arbeiterbewegung liegen – neben Köln und dem sächsischen Industrieraum – in Berlin. Am 11. April konstituierte sich ein Central-Comité der Arbeiter. Stephan Born, der zum Präsidenten der neuen Organisation gewählt wurde, bezeichnete dieses Central-Comité gegenüber Karl Marx als „quasi Arbeiterparlament von Abgeordneten aus sehr vielen Gewerken und Fabriken“.⁷ An dessen Sitzungen nahmen seit Mai mehrere Hundert Delegierte teil. Ende August wurde dann – ebenfalls in Berlin – die „Arbeiterverbrüderung“ als erste nationale Organisation und Mischung aus Gewerkschaft und früher Arbeiterpartei im deutschen Raum gegründet.

Wichtig ist, dass die frühe Arbeiterbewegung europäisch, wenn man so will: sogar global dachte – nach dem von Stephan Born vorgegebenen Motto: „Wir haben das Recht, Partei zu nehmen für unsere unterdrückten Brüder, seien es Deutsche, seien es Franzosen oder Engländer“. Vor dem Hintergrund der Pariser Junischlacht, die für ganz Europa 1848 die Revolutionswende einleitete, erklärte Born: „Die Arbeiter trennt kein Unterschied der Sprache, keine Landesgrenze,



Ohrenbetäubende „Katzenmusiken“ oder „Charivaris“ waren eine beliebte Protestform, mit der Angehörige der Unterschichten ihren Missmut über politische Prominenz oder städtische Honoratioren zum Ausdruck brachten.
© gemeinfrei/Wikimedia Commons, Titelblatt „Wiener Katzen-Musik“ vom 26. Oktober 1848, Ausgabe 107

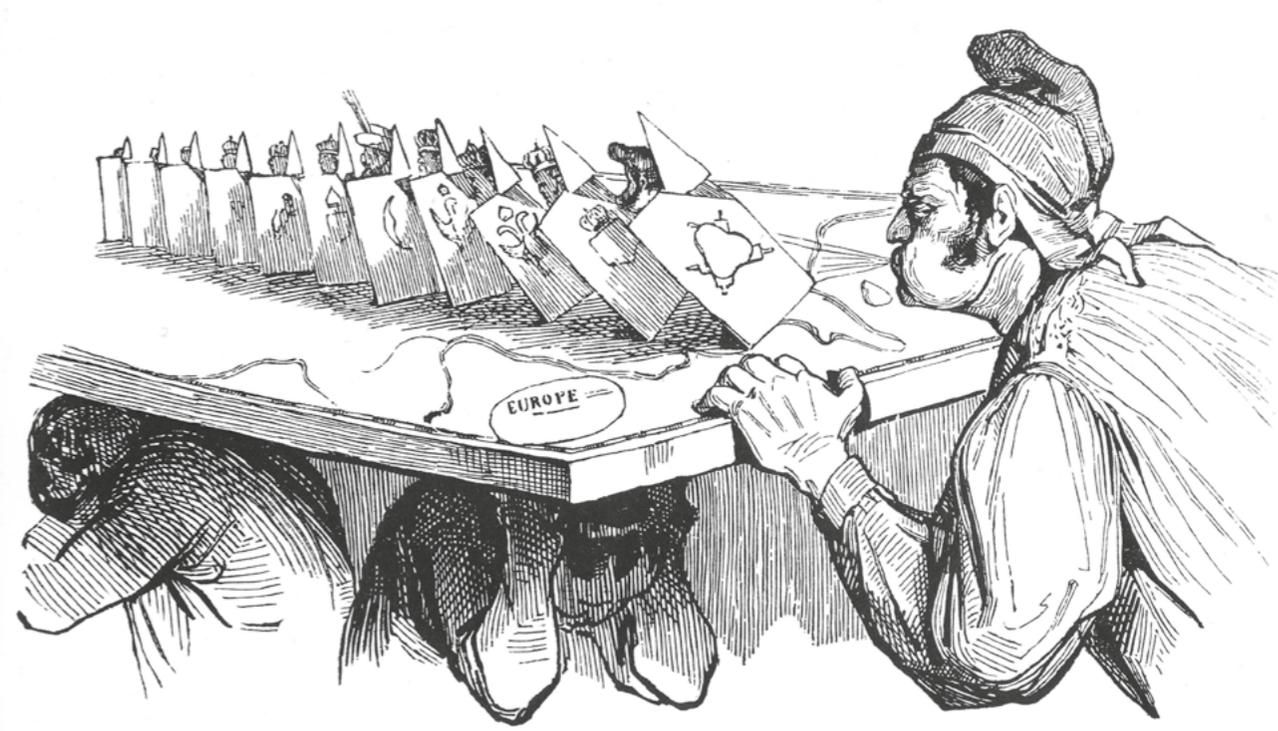
sie haben Alle nur ein Interesse, die Befreiung aus den Fesseln der Geldherrschaft, sie haben Alle einen Unterdrücker, und das macht sie gleich und vereinigt sie, sie müssen insgesamt ihn stürzen, denn keiner von ihnen kann frei sein, wenn es nicht Alle sind.“⁸

VI.

Die Unterschichten prägten das Gesicht der Revolution – und ebenso die Jugend. Dazu als Schlaglicht exemplarisch die Zahlen zur Märzrevolution sowie zu einer Umfrage in Bayern 1852 (Tabellen 3 und 4) über die Einstellung der verschiedenen Alterskohorten zur

Revolution. Vor allem die jüngeren Generationen der Unterschichten prägten zudem die Protestkultur des Jahres 1848, und zwar nicht nur durch Katzenmusiken oder Charivari – an denen auch zahlreiche Frauen teilnahmen, sondern auch durch Streiks und überhaupt unterschiedlichste Formen aufmüpfigen Verhaltens.

Revolutionen sind Zeiten politischer Dynamik. Soziale Träger dieser Dynamik, genauer: einer Radikalisierung nach ‚links‘, hin zur republikanischen Demokratie, waren in den größeren Städten die Unterschichten. Angesichts allein ihrer zahlenmäßigen Größe ist das keine Überraschung. Ihren symbolischen Ausdruck fanden die wachsenden Sympathien, die das Ziel der demokratischen



„Könige Europas, seid auf der Hut, der Monat Juli [Februar] tut Euch nicht gut!“
Was Honoré Daumier zu den europäischen Auswirkungen der Pariser Julirevolution von 1830 feststellte, galt noch weit stärker für die Pariser Februarrevolution von 1848, (Holzschnitt, 1834).
© akg-images, Nr. AKG76181

Republik ‚unten‘ fand, in den bekannten Symbolfarben und deren Verbreitung.

Das traditionelle Schwarz-Weiß – die Farben der Hohenzollernmonarchie – verschwand bis in den Frühherbst 1848 hinein von den Straßen Berlins. Auch der ‚deutschen Trikolore‘ erwuchs schon früh rote Konkurrenz. Die Vossische Zeitung registrierte am 18. März, dass noch vor den berühmten zwei Schüssen in der Mittagszeit „ein Haufen von mehr als tausend Mann vor das Berliner Rathaus gezogen [kam], eine schnell improvisierte rothe Fahne vorantragend“. In den stärker ‚proletarischen‘ Stadtteilen sollen weitere „Trupps unter Vorantragen rother Fahnen“ durch die Straßen

gelaufen und außerdem an vielen Häusern rote Fahnen aufgesteckt worden sein.⁹

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Enttäuschung über eine lavierende Politik der Paulskirche im Spätsommer 1848 – deren liberale Mehrheit es sich mit den Fürsten, namentlich dem preußischen König, nicht verderben wollte – verschwand in der zweiten Jahreshälfte, jedenfalls in Berlin, Schwarz-Rot-Gold zunehmend aus dem Alltagsbild. Die Symbolfarbe Rot und der Ruf nach einer „sozialen Republik“ schoben sich als Zeichen einer grundlegenden Unzufriedenheit mit der Krone und der Deutschen Nationalversammlung sowie als Symbol unterschiedenen Protestes immer stärker in den Vordergrund.

VII.

Die Symbolfarbe Rot signalisierte keine dezidiert anti-parlamentarische Haltung. Aber das Verhältnis zur Preußischen und noch mehr zur Deutschen Nationalversammlung war im Sommer und vor allem Herbst vielerorts ambivalent und von zunehmend scharfer Kritik geprägt. Zu diesem Themenfeld hier nur drei kurze Statements.

Dass die Fürsten weder die Deutsche noch die Preußische Nationalversammlung oder der österreichischen Reichstag ohne die Märzrevolutionen – also echte Parlamente auf Basis eines allgemeinen und gleichen (allerdings indirekten Männer-)Wahlrechts hätten zusammentreten lassen, ist schon angesprochen worden.

Zweitens: Die Revolution scheiterte. Gleichzeitig aber wollte jedenfalls die preußische Krone die Sozialschicht Bürgertum als Trägerschicht einer dynamischen Moderne für sich gewinnen. Das lässt sich u.a. daran ablesen, dass Mitte 1849 in Preußen das Drei-Klassen-Wahlrecht eingeführt wurde. Es blieb bekanntlich bis 1918 erhalten und schloss – weil die drei Klassen nach dem Steueraufkommen gebildet wurden – die Unterschichten weitgehend aus. 82,7% der preußischen (männlichen) Wahlberechtigten gehörten der III. Klasse der sog. Zweiten Kammer an; ihr politisches Gewicht war damit genauso groß wie das der 4,7% Wirtschaftsbürger und vermögenden Adligen. (Die 12,6% der II. Klasse bildeten eine Art ‚wohlsituierten Mittelstand‘.) Die Erste Kammer oder das Herrenhaus – als Korrektiv gedacht, wenn das Abgeordnetenhaus vielleicht doch mal allzu aufmüpfig würde – war ohnehin in den Händen der Krone und des Adels.

Drittes Statement – für die Lokalhistoriker unter uns: 1848 wurde Berlin zur „Roten Hochburg“ (bis zum März 1933). Sichtbar wurde das allerdings erst Anfang 1849, als (bis 1918) ein letztes Mal in Preußen nach einem freien und gleichen Wahlrecht gewählt werden konnte. Von den zehn Berliner Abgeordneten galten neun als „entschieden demokratisch“. Lediglich einer unter ihnen war (links-)liberal: Karl Rodbertus. Er wurde gewählt,

weil er vom Berliner Polizeipräsidenten Hinckeldey kurz zuvor aus Berlin ausgewiesen worden war.¹⁰

VIII.

Der Barrikadenkampf, die Straße als die Bühne der Unterschichten, sei gescheitert, heißt es gern. Aber – abgesehen davon, dass es falsch wäre, einen Gegensatz zwischen Barrikaden und Parlamenten zu konstruieren: Sind nicht auch die Parlamente 1848/49 letztlich erfolglos geblieben? Ist nicht gerade auch die Deutsche Nationalversammlung gescheitert? Waren es nicht wieder die Unterschichten, die das wichtigste Werk der Paulskirche, die Reichsverfassung retten wollten? Tabelle 5 zeigt, dass diese es waren, die erneut auf die Barrikaden stiegen, nachdem Friedrich Wilhelm IV., am 29. April 1849, die ihm von der Paulskirche angebotene Kaiserwürde verächtlich als „Krone aus Dreck und Letten“ bezeichnet und abgelehnt hatte.

Die Demokraten und Sozialisten, gleichgültig welcher Couleur, aber auch die Liberalen – sowohl deren linker, als auch deren rechter Flügel – zogen trotz ihrer Niederlagen 1848 bis 1850 und trotz der Vertreibung der wichtigsten Repräsentanten der (von den Kommunisten damals noch nicht getrennten) Sozialisten und Demokraten aus der europäischen Revolutionswelle neue politische Energien. Gescheitert ist die Revolution vor allem aus der Perspektive der Frauen: Die Revolution von 1848 war kein Jahr der Emanzipation. Festzustellen ist zweitens (auch weil „Sozialproteste“, also Unterschichtenproteste, das Thema dieses Beitrages sind): Im Unterschied zu Frauen aus dem Bürgertum und Adel – denen 1848/49 lediglich eng begrenzte Rollen in Politik und Öffentlichkeit zugewiesen wurden – waren Frauen aus den Unterschichten an Sozialprotesten aktiv und gleichberechtigt beteiligt,¹¹ noch nicht auf die später auch in den Unterschichten zunehmend üblichen weiblichen Rollenmuster reduziert.

ZUM AUTOR

Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann, Senior Fellow am Zentrum für Zeithistorische Forschung. Zahlreiche Bücher und sonstige Publikationen zur Sozial-, Politik- und Gesellschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Monographien zu 1848/49: „Berlin 1848. Eine Politik und Gesellschaftsgeschichte der Revolution“ (1997); „Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49“ (2002); „1848. Revolution in Berlin“ (2022). Mitglied des Kuratoriums Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen.

ANMERKUNGEN

- 1 Ein Exemplar der lithographierten, handschriftlichen Petition befindet sich in Landesarchiv Berlin, Rep. 200–28, Acc. 2675, Nr. 28; als Reproduktion auch in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von **Walter Schmidt**, Berlin 1983, S. 84.
- 2 Mannheimer Abend-Zeitung, nach: **Adolf Wolff**, Berliner Revolutionschronik (RC). Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen, Bd. 1, Berlin 1851 (ND Leipzig 1979), S. 53.
- 3 Schreiben Franz Duncckers an Venedey vom 8. März 1848, in: Bundesarchiv Berlin N 23/11 (Nachlaß Venedey), Bl. 10 Rs.
- 4 Nach: **Wolff**, RC, I, S. 346.
- 5 Nach: **Rüdiger Hachtmann**, 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022, S. 50.
- 6 Deshalb machte und macht die historische Bürgertumsforschung einen großen Bogen um die seit 1934 stark bürgerlich geprägte NS-Zeit und oft schon um die Befindlichkeiten der bürgerlichen Schichten in der Weimarer Republik. Aber das ist ein anderes Thema ...
- 7 Stefan Born an Karl Marx vom 11. Mai 1848, in: **Rolf Weber (Hrsg.)**, Revolutionsbriefe 1848/49, Frankfurt a.M. 1973, S. 144. Born gehörte dem Bund der Kommunisten an und arbeitete 1848/49 eng mit Marx und Engels zusammen. Das Zerwürfnis zwischen beiden Seiten datiert auf die späten 1850er Jahre.
- 8 Nach: **Rüdiger Hachtmann**, 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022, S. 156.
- 9 So der Techniker und Mathematiker August Kramer in einem Brief an seinen Bruder vom 18. März 1848. Diese und weitere Beobachtungen von Zeitgenossen nach: ebd., S. 152 f.

Die meisten Illustrationen zur Berliner Revolution zeigen ausschließlich die deutsche Trikolore und, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, keine roten Fahnen. Dahinter steht auch der ‚Zeitgeist‘ des ‚Nach-März‘ und der ‚Neuen Ära‘: Viele Bilder wurden erst später produziert; zeitgenössische Illustrationen oft nachträglich koloriert.

- 10 Vgl. **Hachtmann**, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 794.
- 11 Vgl. ausführlich z.B. **Hachtmann**, 1848. Revolution in Berlin (2022), bes. S. 84–92.
- Tb 1** **Rüdiger Hachtmann**, Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Geschichte der Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, S. 204 f. Angaben zu den Märzgefallenen aktualisiert auf Basis der Datenbank der Gedenkstätte „Friedhof der Märzgefallenen“ (Stand: 1. Juni 2022.)
- Tb 2** Ebd.
- Tb 3** **Rüdiger Hachtmann**, Die Revolution von 1848 – eine Jugendrebellion? In: **ders./Susanne Kitschun/Rejane Herwig, (Hrsg.)** 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Berlin 2013, S. 21–40, hier: S. 24. Angaben zu den Märzgefallenen aktualisiert auf Basis der Datenbank der Gedenkstätte „Friedhof der Märzgefallenen“ (Stand: 1. Juni 2022.)
- Tb 4** **Ralf Zerback**, München und sein Stadtbürgertum. Eine Residenzstadt als Bürgergemeinde 1780 – 1870, München 1997, S. 244.
- Tb 5** Nach: **Christoph Klessmann**, Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, in: Historische Zeitschrift Bd. 218/1974, S. 294 f., 298, 318.

Gabriella Hauch

„[...] wenn selbst Frauen sich des politischen Stoffes der Zeit bemächtigen [...]“.

Geschlechtsspezifische Handlungsspielräume in der Revolution 1848

Das titelgebende Zitat stammt aus der Zeitung „Der Freimüthige“, die im Revolutionsjahr 1848 in Wien erschien. „Es ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit ...“, jubelte der Autor, angesichts des großen Interesses von Frauen an den Sitzungen des Wiener Reichstages als Zuschauerinnen teilzunehmen. Und weiter, endlich stiegen sie aus dem „Pfuhl der Alltäglichkeit, den Kinderstuben“ heraus, erfasst und festgehalten von der revolutionären „Glut“.¹ Das war kein Einzelfall in Wien, auch in der Frankfurter Paulskirche oder in diversen Landtagen des Deutschen Bundes waren Frauen auf den Galerien zu finden.²

An dieser Stelle interessiert das Kollektivsubjekt Frauen, das im Sturmjahr 1848 europaweit diskursiv und in Abbildungen – von wertschätzenden Gemälden bis zu verachtenden Karikaturen – als multiple Instanz konstruiert wurde:

- Frauen(körper) standen für die Standes- und Geschlechtergrenzen sprengende Bewegung;
- Frauen(körper) symbolisierten die angestrebten gesellschaftspolitische Transformationen;
- Frauen(körper) signalisierten den hohen Politisierungsgrad der Bevölkerung.

Der Resonanzboden aus dem dieses „selbst die Frauen“ spross, ist in der bürgerlichen Geschlechterordnung zu finden. Der politische Raum war für Frauen nicht vorgesehen, etwaig von der historischen Forschung diagnostizierte ‚Demokratisierungsschübe‘ im späteren 19. Jahrhundert gründeten auf einem politischen Vereins- und Repräsentationswesen, das allein auf das männliche Geschlecht beschränkt blieb. Den Gesetzen kam ein hoher Stellenwert zu, in der Konstruktion von Frauen als ‚unpolitisches‘ Geschlecht. Begonnen wurde damit in der Französischen Revolution während der Herrschaft der Jakobiner. Sie bewiesen sich in dieser Hinsicht wahrlich als Vertreter des kleinen Mannes, nicht nur sogenannte Feindinnen der Revolution wie Olympe des Gouges oder Madame Roland wurden hingerichtet, sondern auch der Club der Revolutionären Republikanerinnen aufgelöst und verboten.³

Die damals konstruierte heteronormative Zweigeschlechtlichkeit erlebt heute zwar in einigen Teilen der Welt, deren politische Systeme auf Aufklärung und bürgerlicher Demokratie basieren, eine gewisse Aufweichung, für die 1848er Bewegung konnte ich – außer Beispielen für Cross-Dressing in diversen Armeen⁴

– keine Quellen für praktizierte Queerness, abseits von Freundinnenschaft, finden. Allerdings ist es wichtig, sich nicht vom zeitgenössischen Kollektivbegriff ‚die Frauen‘ blenden oder verführen zu lassen. Um den diversen Hoffnungen, Ängsten, Träumen und damit verbundenen Lebensverhältnissen gerecht zu werden, muss Geschlecht mit anderen Kategorien verknüpft werden: die soziale Position, das Alter, die Nation, die Ethnizität/Hautfarbe, die Religion, das sexuelle Begehren, der Raum etc. Eine wissenschaftliche Praxis, die unter dem Label Intersektionalität bzw. Geschlecht als relationaler Kategorie in den letzten Jahren selbstverständlicher Usus wurde.

Mit der Entdeckung unterschiedlicher Frauen-Interessen und unterschiedlicher Handlungsspielräume wird außerdem deutlich, dass die strukturell in der bürgerlichen Moderne verankerten dichotomen und vor allem hierarchischen Geschlechterverhältnisse, von Anfang an umstritten waren. Sie waren und sind Ergebnisse von Ausverhandlungen und Kämpfen, die zu Ungunsten der Geschlechtergerechtigkeit ausgingen. Mit der europäischen Revolution von 1848/49 öffnete sich 50 Jahre nach der Französischen Revolution ein neues historisches Zeitfenster, in dem das gesellschafts- und geschlechterpolitische Veränderungspotential sichtbar und wahrnehmbar wurde. Im Folgenden wird dies anhand von politischen Räumen, den institutionalisierten sowie den als ‚informell‘ bezeichneten, gezeigt. Dabei stehen Frauen als Akteurinnen im Zentrum des Interesses.⁵

I. „Frauen, die sich aufs Heftigste gegen ihre Ausscheidung aus der Versammlung verwahrten...“

Am 12. April 1848 wurden Frauen in Konstanz aus der von Friedrich Hecker einberufenen Volksversammlung ausgeschlossen, in der öffentlich über Pro und Contra des Heckerzuges, das hieß, die Frage der Ausweitung der Revolution mit militärischen Mitteln, diskutiert

wurde.⁶ Ein Jahr später brachte Louise Otto, die wohl bekannteste und bestbeforschte sowie eine der elaboriertesten 1848erinnen im deutschsprachigen Raum, diesen Umgang mit Frauen auf den Punkt: „Wo sie das Volk meinen, zählen die Frauen nicht mit.“⁷

Die Dynamik der ersten Phase der Revolution im März und April brachte die Forderung nach bürgerlichen Freiheiten, also nach Presse- und Religionsfreiheit, nach Versammlungsrecht, nach Wahlrecht, nach Volksbewaffnung und einer Verfassung samt Parlamenten an die Öffentlichkeit. Mit Ausnahme von Frankreich kamen Frauen in dieser neuen, als institutionalisierte Männerräume konzipierten Politik nicht vor. Selbst als Zuhörerinnen wurden sie nicht überall akzeptiert. So empfand es die Frankfurter Kaufmannsgattin Clothilde Koch-Gontard als „recht schmerzlich nur eine Frau sein zu müssen, die das Zusehen hat“. Wie auch Malwida von Meysenbug und andere Ehefrauen von Abgeordneten versteckte sie sich im April 1848 heimlich in der Kanzel der Paulskirche, um die Diskussionen des Vorparlamentes zu verfolgen.⁸ Ob Frauen als Zuhörerinnen akzeptiert wurden, konnte zu einem Differenzpunkt zwischen Konservativen und Demokraten werden, wie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Mitunter waren diese Diskussionen das einzige Mal wo in Parlamenten, Landtagen u.ä. über Frauenrechte gesprochen wurde, wie etwa in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Der explizite Protest gegen den Ausschluss von Frauen aus der Volksversammlung zum Heckerzug oder der implizite Protest in Form von Heimlichkeit beim Verstecken in der Paulskirche verdeutlicht: es gab Frauen, die den Ausschluss aus dieser Politikkonzeption nicht unwidersprochen hinnahmen. Frauen protestierten auch in Form von Flugschriften und Forderungen, die auf dem Gleichheitsprinzip aufbauten:

„Hüten Sie sich zu glauben, daß wir nicht vom lebhaftesten Interesse für die Emanzipation der Menschheit durchdrungen sind [...] Wir beanspruchen Gleichheit der politischen Rechte. Warum sollen Frauen nicht

in den Reichstag gewählt werden?“, formulierte eine „im Namen Unzähliger“.⁹ In einer vierseitigen Flugschrift von Wiener Bürgerfrauen hieß es, „Es wäre falsch das Stimmrecht allgemein zu nennen, wenn von dessen Ausübung wenigstens die Hälfte der Untertanen ausgeschlossen ist“ und das Wahlrecht sei das „unläugbare, unveräußerliche, angeborene und untülgbare Recht des weiblichen Geschlechts“.¹⁰ Diese Wienerinnen forderten die Rechte der Männer auf Basis des Gleichheitsprinzips, im Gegensatz zur Mehrheit der 1848erinnen, die sich über ihre Definition als das komplementäre Geschlecht Anteil auch an den Staatsgeschäften erhofften.

Die Reaktion der Öffentlichkeit – meist eine Reaktion männlicher Chronisten – auf diese politisch interessierten Frauen, war ambivalent. Neben Lobeshymnen verliefen die Trennlinien durchaus nicht nur zwischen Demokraten, Liberalen und Konservativen, sondern spalteten auch die Linke. Die politisch interessierte Frau vernachlässigte die Familien und gefährdete damit das Funktionieren des Staates. Durchtränkt war dieser Diskurs auch von der Macht der Erotik, die zwischen Abgeordneten und Zuschauerinnen entstehen würde.

In der charmanteren Variante wurde etwa „im eifrig lauschenden Publikum“ des Demokratischen Klubs in Berlin, der „Kranz demokratischer Frauen“ begrüßt. Das bedeutete, Frauen seien das schmückende Beiwerk der Männersache Politik – sie hatten aber gleichzeitig durch ihre Anwesenheit eine konstituierende Funktion für diesen politischen Raum. In einer kruderen Variante wurden die Zuschauerinnen auf den Galerien als „sitzen- und zügellos“ bezeichnet, die „in Pomp und Putz Parade machen, kokettieren und lorngettieren“.

Eine den Protesten der Anfangsphase der 1848er-Revolution folgende Praxis, den deutlich gewordenen Androzentrismus – die proklamierte Geschlechtsneutralität des revolutionären Pathos und der realen auf Männer beschränkten Politikkonzeption – zu dechiffrieren, bedeutete, die Schaffung von politischen Frauen-Räumen.

II. „Mit vereinten Kräften für uns insbesondere!“

„Machen wir auch für uns von dem jetzt bestehenden freien Vereinigungsrechte Gebrauch und organisieren wir uns: mit vereinten Kräften für uns insbesondere,“ schrieben Berlinerinnen im Frühjahr 1848.¹¹ Frauenassoziationen waren per se keine Erfindung der 1848erinnen, die nach einer Alternative zu ihrem Ausschluss aus den Männer-Räumen suchten. Bereits im frühen 19. Jahrhundert entstanden, waren sie allerdings meist systemstabilisierend, monarchietreu und patriotisch mit caritativer Ausrichtung. Die Frauen- und Geschlechtergeschichte hat mit einem weiten Politikbegriff die politische Dimension und den öffentlich-politischen Charakter dieses Engagements deutlich gemacht. Dabei kam vor allem auch der fließende Übergang zwischen öffentlich und privat in den Fokus.¹² So unterstützten zum Beispiel die 1.648 Mitglieder des 1849 von Kathinka Zitz in Mainz gegründeten Verein „Humania“ Gefangene und Flüchtlinge sowie ihre Familien und organisierten Fluchtrouten in die Emigration.¹³

Hier liegt der Fokus allerdings vor allem auf jenen Vereinen, die sich explizit als Frauenemanzipationsvereine definierten und die androzentristische Politikkonzeption der bürgerlichen Moderne auf Vereinsebene – oft auch in Kombination mit der Wahlrechtsebene – für sich und ihre Geschlechtsgenossinnen aufzusprengen suchten. Diese Akteurinnen definierten sich explizit als politische Subjekte und schufen auf der Basis eines gemeinsamen Programms beziehungsweise Forderungen demokratische Vereinsstrukturen für Frauen aller Schichten und Konfessionen. Damit sollte ihre Diskriminierung per Geschlecht bekämpft und die eigene Stellung in beruflicher, politischer oder rechtlicher Hinsicht verbessert werden. Diese Definition schließt viele der „Demokratischen Frauen-Vereine“ im Deutschen Bund aus, die sich vor allem für andere und nicht für sich selbst beziehungsweise die Emanzipation der Frauen engagierten.¹⁴

Im Gegensatz dazu ist der am 28. August 1848 in Wien gegründete „Wiener demokratische Frauenverein“ zu kategorisieren. Dessen Gründungsversammlung wurde von aufgebrachten Männern gestürmt, darunter auch Mitglieder der „Nationalgarde“, also Bürger von Besitz und Bildung. Das, gleich Männern, von Frauen für Frauen beanspruchte Assoziationsrecht auch zu realisieren, ging dann doch zu weit.¹⁵ Der Verein definierte seine Aufgaben als dreifache, als politisch, sozial und human. Die Berichte über Sitzungen sind nicht nur auf Information bedacht, sondern häufig von denunziatorischer Ironie beziehungsweise Sarkasmus und Sexismus geprägt.¹⁶ Über die Programmdiskussionen sind allerdings Differenzen überliefert, die die Trennlinien innerhalb der 1848er Bewegung spiegeln. Bei der Diskussion über die Forderung nach Aufhebung der fälligen Halbjahresmieten, angesichts des herrschenden Elends, sind antagonistische soziale (Klassen)Positionen nachzuvollziehen und, wenn „deutsche Frauen“ zur Mitgliedschaft aufgefordert wurden, um zu verhindern, dass Frau Wertheimer, eine Jüdin, Präsidentin des Vereins würde, wird der herrschende Antisemitismus offensichtlich.¹⁷

In Wien zählte der Wiener demokratische Frauenverein zum radikalen 1848er:innen-Flügel und mischte sich in den ‚langen‘ zwei Monaten seines Bestehens eminent in die Politik der Bewegung ein. Besonderes Aufsehen erregten die „einige hundert“ vor dem Reichstag aufmarschierenden Frauen, um ihre von rund 1.000 Frauen unterzeichnete Petition zur Bewaffnung der Landbevölkerung zur Verteidigung der ‚Revolutionsinsel‘ Wien zu überreichen. Als Reaktion darauf wurde mehr über diese Frauen-Aktion als das Anliegen der Petition im Reichstag diskutiert. Von den Männern auf der Linken hingegen – und das ist eine europaweite Ausnahme – wurde der „Wiener demokratische Frauenverein“ im Zentralausschuss der demokratisch-freisinnigen Vereine Wiens, in dem die Verteidigung Wiens gegen die anrückenden kaisertreuen Truppen geplant und organisiert wurde, als Partner

akzeptiert.¹⁸ Das heißt, möglicherweise auch aufgrund von persönlichen Verbindungen mit den Männern der demokratischen Linken, hatten diese aus adeligen und bürgerlichen Milieus stammenden Frauen, die ihnen in der bürgerlichen Geschlechterordnung zugedachten sozialen Räume verlassen. Infolgedessen, befand sich der Name Karoline von Perin, die Präsidentin des Wiener demokratischen Frauen-Vereins, auf der Liste der 14 auszuliefernden Revolutionsprominenten, wenn Wien – so Fürst Windisch-Grätz – von den revolutionsfeindlichen Truppen friedlich erobert werden sollte.¹⁹

Nimmt man ein anderes soziales Milieu in den Blick und fragt nach dessen, auch geschlechtsspezifischen Aktionen, die die eigene soziale und ökonomische Situation zentral fassten, kristallisieren sich die ersten Gründungen von Arbeiter- und Gewerkschaften heraus.

Dort ist eine ambivalente Positionierung zu „Frauenarbeit“ zu finden. Die Forderung nach „Abschaffung der weiblichen Arbeiter“ wurde ebenso erhoben wie gemeinsame Lohnforderungen oder, wie es Rüdiger Hachtmann für Berlin gezeigt hat, dass es in der Arbeiter-Assoziation zur Bildung von eigenen ‚Frauen-Abteilungen‘ kam.²⁰

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Schaffung institutionalisierter Frauen-Räume der Konstruktion der bürgerlichen Geschlechterordnung mit ihren dichotomen Geschlechtscharakteren entsprach – auch wenn diese Geschlechtergerechtigkeit für sich einforderten. Diese Ambivalenz ist als eine Variante des feministischen Paradoxons (Joan W. Scott) zu fassen, das den ‚Spezialfall weibliches Geschlecht‘ in der bürgerlichen Moderne begleitet: von der „Frauenfrage“ des 19. Jahrhunderts bis zur institutionalisierten Gleichstellungspolitik heute.

III. „... heute dürfe man die Hände doch nicht in den Schoß legen ... Man kann ja doch nicht mehr wie sterben.“

Mit diesen Worten begründete Margarethe Adams, eine der rund 585 Frauen, die wegen „Tragen von Steinen als Waffen und zum Bau von Barrikaden“ ihr Handeln, als sie nach dem Frankfurter Aufstand im September 1848 verhaftet wurde.²¹

Frauen, vor allem aus den unterbürgerlichen Schichten waren an allen militanten Auseinandersetzungen 1848/49 beteiligt. Dabei handelte es sich vorwiegend um sozial und national motivierte Revolten beziehungsweise Rebellionen sowie soziale Protestformen, etwa Katzenmusiken oder andere Schmäheaktionen. Sie beeinflussten die Dynamik des Revolutionsverlaufs entscheidend. Von der Durchsetzung der bürgerlichen Freiheiten bis zu den blutigen Barrikadenkämpfen, die die Niederlage in den Hauptstädten der Revolution begleiteten. Frauen waren auch bei Feldzügen diverser (Revolutions-)Armeen und anderer bewaffneter Formationen 1848 dabei und zwar im Versorgungstross, als Cross-Dressing-Kämpferinnen oder auch als Frauen in Waffen, etwa bei der Ungarischen Revolutions-Armee.²²

Zieht man für die Kategorisierung dieser sozialen Räume geschlechtsspezifische Handlungsmuster heran, erscheint auf den ersten Blick eine egalitäre Ebene. Denn Männer wie Frauen bewaffneten sich, benutzten ihre Arbeitsgeräte oder erstürmten verschiedene Zeughäuser, setzten ihre Körper ein und kämpften.

Ein Blick auf die diskursive Ebene macht allerdings eklatante Unterschiede deutlich, wie die Kämpfenden kategorisiert und welche Wertungen damit transportiert wurden. Als Beispiel sei die sogenannte Praterschlacht im August 1848 in Wien herangezogen. Dieses Ereignis markierte den Bruch in der bis dahin klassenübergreifenden Wiener Revolutions-Bewegung.²³ Die Sicherheitswache, also die Polizei, rechtfertigte ihr brutales Vorgehen gegen Frauen damit, dass diese sich „wie die

Furien“ aufgeführt hätten und sie auf die „roheste, empörendste, unsittlichste Weise beleidigt“ hätten – erst dann wären sie mit aufgesetztem Bajonett offensiv geworden. Halsstichwunden und Kopfstichwunden waren die Folge.²⁴ Beschützertum, als Teil des Tugendkanons von Männlichkeit, verblasste angesichts des Verhaltens dieser Frauen, das dem bürgerlich-sittlichen Benimmcode von Weiblichkeit entgegenstand.

Neben der Kategorisierung als „schamlos“ bestimmte auch die Konstruktion als „besonders grausam“ und vice versa „besonders“ mutig und tapfer sowie aufopfernd die kämpfenden Frauen. Die diskursproduzierenden „Quellen“ kennzeichnen ein schwülstig-emotionaler Diskurs, der die Sphäre der Öffentlichkeit als triebfreien Raum der Ratio dekonstruiert. Vielmehr wird die Geschichtsmächtigkeit von Affekten und Emotionen deutlich.²⁵ Dem entsprechend markierte das diskursive „Weibergekreische“ das Ende der ehrhaften, ernsthaften und vor allem männlich konnotierten Volksbewegung.

Gleichzeitig fungierten Sympathisantinnen und Aktivistinnen der 1848/49er-Bewegung allerdings auch als Integrationsfiguren und als Beweis für die Gerechtigkeit der Revolutions-Ziele. Denn wenn sie, als Schwache ihre Rolle als zu Beschützte aufgaben, verkörperten sie umso mehr Stärke. Das ist vor allem in den Schilderungen der hoffnungslosen Endkämpfe in den Hauptstädten der Revolution festzustellen. Frauen wurden nicht nur als die Ausdauerndsten, sondern auch als Tapferste stilisiert, wie z.B. die rumänische Heldin Ana Ipătescu in Bukarest oder die „Jungfrau“ im Dresdner Aufstand im Mai 1849.²⁶

Resumé

Der geschlechtssensible Blick auf die 1848er Revolution zeigt, wie die bürgerliche Geschlechterordnung mit ihren dichotomen Geschlechtscharakteren und daran geknüpften Handlungsspielräumen begann, sich zu verfestigen sowie gleichzeitig Gegenstand von

Verhandlungen war. Zu beobachten ist das gleichzeitige Aufbegehren von Frauen, deren Lebenswelten von diesem Korsett bereits geprägt waren, obwohl es für die große Mehrheit realiter noch nicht zutraf.

Die Niederlagen der 1848/49er Revolution bedeuteten auch für die Gefährtinnen der Helden, für allein-stehende Akteurinnen und nichtprominente Kämpfende Tod, Verfolgung, Gefängnis, Verbannung oder Emigration. Damit verbunden ist ein Unterbruch in der Frauenemanzipationstradition, etwa in den habsburgischen Ländern: Dort war erst Ende des 19. Jahrhunderts bei etlichen frauenbewegten Akteur:innen zu beobachten, dass ihre Eltern deklarierte 48er:innen waren. Nachhaltig wichtig erwies sich aber auch der Wissenstransfer von Frauenemanzipationsideen durch Emigrant:innen in die USA.²⁷

Last but not least, zeigt die 1848/49er Revolution die fluide Krisenhaftigkeit der Geschlechterverhältnisse: die Gegner von Frauenemanzipation und Geschlechtergerechtigkeit verstanden beziehungsweise spürten die Botschaft als Erste – das Ende ihrer Alleinherrschaft.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Freimüthige, 1848, Nr. 113, S. 457.
- 2 **Henning Türk:** Begrenzte Politisierung. Die weiblichen Zuschauer im Paulskirchenparlament während der Märzrevolution 1848/49, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Mai 2023, 79, S. 6–27.
- 3 **Gabriella Hauch:** Gender and Revolution in Europe, 19th-20th centuries, (2016), in: <https://ehne.fr/en/node/12343/printable/print> oder: <https://ehne.fr/encyclopedia/themes/gender-and-europe/gender-and-revolution-in-europe-19th-20th-century/gender-and-revolution-in-europe-19th-20th-centuries> (13.9.2023)
- 4 **Gabriella Hauch:** Bewaffnete Weiber. Kämpfende Frauen in den Kriegen der Revolution 1848/49, in: **Karen Hagemann und Rolf Pröve (Hrsg.):** Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel, Frankfurt a. M. – New York 1998, S. 223–246.
- 5 Ein früherer Aufsatz, der das Raum-Konzept breit analysiert: **Gabriella Hauch:** Frauen-Räume in der Männerrevolution, in: **Dieter Dowe / Heinz-Gerhard Haupt / Dieter Langewiesche (Hrsg.)** 1848 – Reform und Revolution, Bonn 1998, S. 841–900.
- 6 **Sabine Freitag:** „Rasende Männer und weinende Weiberleut“: Friedrich Hecker und die Frauenbewegung, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 9, 1998, 4, S. 568–575.

ZUR AUTORIN

Univ.Prof.in Mag.a Dr.in Gabriella Hauch, ist Historikerin an der Universität Wien; Mit-Herausgeberin der Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG) und L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft; Publikationen und Forschung: <https://ifg.univie.ac.at/ueber-uns/mitarbeiterinnen/wissenschaftliche-mitarbeiterinnen/gabriella-hauch/>; derzeit: Geschichte der österreichischen Linken im europäischen Kontext 1870 bis 1970 am Beispiel der Familie Strasser.

- 7 **Hauch:** Frauen-Räume, 845–856; zu Louise Otto zuletzt: **Susanne Schötz:** Organisation der Arbeit, Humanität, Frauenrechte. Louise Otto in der Revolution 1848/49, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Mai 2023, 79, S. 104–123.
- 8 **Malwida von Meysenbug / Clothilde Koch-Gontard u.a.,** in: **Stanley Zucker:** Frauen in der Revolution von 1848. Das Frankfurter Beispiel, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 61. (1987), S. 221–236.
- 9 Der Freimüthige, 1848, Nr. 75, S. 306.
- 10 Gleichstellung aller Rechte der Männer mit den Frauen oder: Die Frauen als Wähler, Deputirte und Volksvertreter, Wien 1848, in: Flugschriftensammlung 1848 der Österreichischen Nationalbibliothek.
- 11 Der Klub der Frauen an seine Mitschwester, Berlin 1848, in: **Gerlinde Hummel-Haasis (Hrsg.):** Schwestern, zerreißt eure Ketten: Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49, München 1982, S. 63.
- 12 Für 1848: **Carola Lipp:** Frauen und Öffentlichkeit: Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Vormärz und in der Revolution 1848/1849, in: **Carola Lipp (Hrsg.):** Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen: Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Baden-Baden 1986, S. 270–307.
- 13 Zuletzt: **Derya Özdemir:** Die „Beschützerin aller Demokraten“. Kathinka Zitz (1801-1877) und die Revolution von 1848/49, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Mai 2023, 79, S. 144–161.
- 14 **Hauch:** Frauen-Räume, S. 853–864.
- 15 **Gabriella Hauch:** Zur Geschichtsmächtigkeit von Gefühlen in der Wiener Revolution von 1848: Liebe und Vertrauen, Rache und Hass, in: **Maria Mesner / Sushila Mesquita (Hrsg.):** Eine emotionale Geschichte. Geschlecht im Zentrum der Politik der Affekte. **Maria Mesner (Hrsg.):** Shusila Mesquita. Wien 2018, S. 17–48. Mit Gewalt sollten auch die Versammelten des Pariser „Club des femmes“ zum Schweigen gebracht werden, als sie über das Scheidungsgesetz diskutierten.
- 16 **Hauch:** Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848, Wien 1990, S. 160–164.
- 17 Zuletzt: **Gabriella Hauch:** § Emanzipation bewegt ... Im demokratischen Milieu der Wiener Revolution 1848, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Mai 2023, 79, S. 28–47.
- 18 **Hauch:** § Emanzipation, S. 38 f.
- 19 **Hauch:** Frau Biedermeier, S. 220–228; Vergewaltigungen u.ä. begleiteten die Eroberung Wiens am 31.12./1.11.1848. Aktuell arbeitet Andreas Klöner, Wien an einer Biographie zu Perin.
- 20 **Hauch:** Frauen-Räume, S. 882–884; **Rüdiger Hachtmann:** Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997 S. 383, Anm. 41; Ders. Berlin. Revolution 1848, Berlin 2023.
- 21 **Zucker:** Frankfurt, S. 226.
- 22 **Hauch:** Frauen-Räume, S. 877–897.
- 23 Immer noch Standardwerk zu Wien 1848: **Wolfgang Häusler:** Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und Soziale Frage in der Wiener Revolution 1848, Wien 1978.
- 24 **Kurt Mellach (Hrsg.):** 1848. Protokolle einer Revolution, Wien-Zürich 1968, S. 24.
- 25 **Hauch:** Zur Geschichtsmächtigkeit, S. 17–48.
- 26 **Hauch:** Frauen-Räume, S. 887 f. und Frauen-Zeitung, 19. Mai 1849, Nr. 5, (Reprint) in: **Ute Gerhard (Hrsg.):** Dem Reich der Freiheit werb ich Bürgerinnen. Die Frauen-Zeitung Louise Otto-Peters, Frankfurt a.M. 1980, S. 70f.
- 27 **Gabriella Hauch:** Achtundvierzigerinnen auf der Flucht. Anmerkungen zur geschlechtsspezifischen politischen Emigration und zum Transfer von Frauenemanzipation nach der Niederschlagung der Revolution 1848/49, in: L'Homme. Z.F.G. 15, 2004, 2, S. 291–295.



Axel Körner

1848 zwischen politischer Erinnerungskultur und transnationaler Forschung. Verflechtungen und Dystopien einer europäischen Ideengeschichte

Historische Forschung und öffentliche Erinnerungskultur vertragen sich nicht unbedingt, vor allem wenn das Erinnern im nationalen Rahmen festgelegte politische Ziele verfolgt, die Forschung sich hingegen an kritischer Geschichtswissenschaft und damit auch an transnationalen Fragestellungen orientiert, um auf diese Weise teleologische Erklärungsmuster zu vermeiden oder in vergleichender Perspektive zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

Fortschritt oder Reaktion?

Wie in Deutschland, so wird auch in Italien die Revolution von 1848 gewöhnlich in einen teleologisch ausgerichteten Prozess der politischen Nationswerdung integriert, der als historische Erklärung automatisch auf die Entstehung eines Nationalstaats hinführt, obwohl

im Jahr 1848 niemand wissen konnte, was im Falle Italiens zwölf Jahre, in Deutschland über zwanzig Jahre später zur nationalen Einigung führen sollte und welche staatliche Form diese sich dann geben würde. Der Geschichtsphilosophie zum Trotz, lässt sich Geschichte nicht voraussagen, auch nicht in von der Gegenwart bestimmter Retrospektive. Im Fall Italiens wird die Revolution von 1848 – rückblickend – zur *Prima Guerra d'Indipendenza*, zum ersten – von insgesamt drei – Unabhängigkeitskriegen, wobei man 1848 gar nicht wissen konnte, dass es noch zwei weitere Kriege geben würde. Der zweite dieser Unabhängigkeitskriege ist der von 1859-60, der zur Annexion der meisten italienischen Staaten durch Piemont-Sardinien und damit zur Gründung des Königreichs Italien führte. Der dritte Unabhängigkeitskrieg war der mit der deutschen Nationalgeschichte direkt verknüpfte Krieg von 1866,

im deutschsprachigen Raum als Deutscher, Deutsch-Deutscher oder als Deutsch/Preußisch-Österreichischer Krieg bekannt. Venedig wurde – mit indirekter preußischer Hilfe – von der Herrschaft der Habsburger „befreit“ und in das Königreich Italien integriert, wodurch es zunächst einmal sein wirtschaftlich-kulturelles Hinterland im Adria-Raum der Habsburgermonarchie verlor und in eine tiefe Depression versank, infolge derer sogar das berühmte *Teatro La Fenice* – bis dahin eines der ersten Opernhäuser Europas und der Welt – auf Jahre geschlossen blieb. Italien war geeint, aber was die Nation, dem nationalen Mythos folgend, kulturell zusammengeschmiedet hatte, nämlich die Oper, verstummte am Canale Grande. Überall in Italien sah die Situation der Theater nach der Einigung ähnlich traurig aus.¹

Mit dem Ausgang des Krieges von 1866 wurden die mit der Revolution von 1848 ursprünglich verbundenen Erwartungen Venedigs zumindest teilweise erfüllt. Die habsburgische Herrschaft wurde abgeschüttelt, auch wenn die in der Revolution eigentlich angestrebte Wiederherstellung einer unabhängigen Republik Venedig nicht mehr auf der Tagesordnung stand.² Unabhängig von den wirtschaftlichen und kulturellen Folgen der italienischen Einigung für die Region, war eine direkte Folge des Krieges von 1866 jedoch auch der Ausgleich Österreichs mit Ungarn im Jahr 1867. Für die Magyaren bedeutete der Ausgleich die seit 1848 ersehnte eigenstaatliche Entwicklung innerhalb der Monarchie und die Verwandlung des ursprünglichen Kaiserstaats in eine Doppelmonarchie, auch wenn dieses Ergebnis auf allen Seiten umstritten blieb.³ Doch die anderen Völker der ungarischen Krone, vor allem Slawen und Rumänen, verloren dadurch jede Hoffnung auf kulturelle oder politische Eigenständigkeit innerhalb Ungarns; und auch den Böhmen wurde durch die Entstehung der Doppelmonarchie (und eben nicht einer Trippelmonarchie), ein den Ungarn vergleichbarer Status, versagt.

Aus der Perspektive der Slawen und der nationalen Minderheiten Ungarns (die numerisch sogar eine

absolute Mehrheit in Ungarn ausmachten) lassen sich daher diese Entwicklungen kaum als historischer Fortschritt feiern. Eine europäisch-transnationale Forschungsperspektive passt sich daher auch nicht nahtlos in die vor allem politisch motivierten Narrative nationaler Erinnerung ein und verkompliziert so den Blick auf die Ereignisse.⁴ Dies betrifft ähnlich auch die deutsche Geschichte, beispielsweise die Feiern zum 18. März, zur Paulskirche oder entsprechenden Verfassungsentwürfen. Unter den mutigen Demokraten und wackeren Liberalen war auch so mancher, der es als selbstverständlich ansah, dass die polnische Mehrheit in Posen deutsch zu werden hatte: So kurz gedacht war der Traum der Polenfreundschaft, der darüber hinaus auch der Lage der Ruthenen in Galizien kaum gerecht wurde. Genauso sollten sich die Tschechen in Böhmen, nach Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Paulskirchler, selbstverständlich einem deutschen Nationalstaat anschließen, sich assimilieren, was das Haupt der tschechischen Nationalbewegung, František Palacký, zu dem berühmten Ausspruch veranlasste, dass man die Habsburgermonarchie, wenn es sie denn nicht schon gäbe, erfinden müsse, und zwar „im Interesse der Menschheit“.⁵ Nicht der Nationalstaat, sondern die Idee eines Vielvölkerstaats verwies auf die politische Zukunft.

Diese Beispiele illustrieren Widersprüche historischer Entwicklung, die sich nicht einfach in ein Narrativ von Licht und Schatten, von Fortschritt und Reaktion, einfügen lassen. Wie das Beispiel Palackýs zeigt, zog das liberale Haupt einer Nationalbewegung im Völkerfrühling den Vielvölkerstaat – den angeblichen „Völkerkerker“ (so noch der amerikanische Außenminister Henry Kissinger⁶) – dem in dieser Hinsicht gar nicht liberalen Nationalstaat der Deutschen vor und kehrt der Paulskirche verstört den Rücken.⁷ Die politisch motivierten Feiern der Paulskirche in der Bundesrepublik, aber auch die Erinnerungskultur der DDR zur Revolution von 1848,⁸ haben für solche Facetten historischer Realität kaum Platz, benötigen sie doch die



Schlacht bei Volta am 26./27. Juli 1848 zwischen den Truppen Sardinien-Piemonts und des Kaisertums Österreichs, Gemälde von Felice Cerruti Bauduc „Carica del ‘Genova Cavalleria’ presso Volta Mantovana“ (1858).
© gemeinfrei/Wikimedia Commons



František Palacký (1798-1876),
Lithografie von Josef Kriehuber (1843)
© gemeinfrei/Wikimedia Commons



Aufstand in Palermo am 12. Januar 1848,
Künstler: Nicola Sanesi (1850),
© akq-images, Nr. AKG 1687478

Habsburgermonarchie vor allem als Negativfolie für eine teleologisch strukturierte Erzählung politischer Moderne, die zwangsläufig auf ihrem langen Weg nach Westen im Nationalstaat endet.⁹

Erinnern und Forschen stehen also leicht im Widerspruch zueinander. Historische Forschung beinhaltet immer auch Kritik, die sich nicht in das im politischen Diskurs der Erinnerungskultur opportunistisch erscheinende Narrativ von Fortschritt und Reaktion einfügt. Es ist gerade die transnationale Sichtweise, die Bewertungen nationaler Ereignisse neu zu verhandeln vermag, weshalb nationale Erzählungen eben nicht ausschließlich in der Nationalgeschichte verwurzelten Historiker:innen überlassen werden sollten. Insofern scheint es nicht unproblematisch, dass die Forschung zu Themen wie

der Revolution von 1848 überwiegend an universitäre Einrichtungen angebunden ist, die schon allein wegen der dort erfolgenden Lehramtsausbildung überwiegend nationale Entwicklungen in den Blick nimmt.

1848 als Europäische Revolution

1848 war keine Anreihung lokaler Ereignisse, auch keine Begebenheit, die sich auf ihre jeweiligen nationalen Bedeutungen reduzieren lässt.¹⁰ In der zeitgenössischen Sicht war 1848 ein europäisches Ereignis, welches gerade dadurch als Erfahrung einer neuen Zeit im Kosselleckschen Sinne zu deuten ist.¹¹ Diese europäische Dimension der Revolution war auch mehr als die Reaktion auf den angeblichen Trompetenstoß in Paris.

#1848heute

Wenn nicht schon mit dem Schweizer Bürgerkrieg, dann hatte die Revolution ohnehin nicht in Paris begonnen, sondern in den Straßen Palermos, was aber wiederum nicht in das Narrativ einer westlichen Orientierung der langen Entwicklungslinien passt und daher selten Erwähnung findet. Zudem ging es in Palermo nicht um die politische Einigung Italiens, also ein „nationales“ Ereignis, sondern um Unabhängigkeit von Neapel, was wiederum nicht der Idee der Revolution als einem Baustein im Zeitalter der Nationalstaaten entspricht. Die über nationale Verengungen der Darstellung gelegentlich hinausgehende Referenz zur Wirkungsmacht der Ereignisse in Paris ignoriert zudem meist, dass es sich auch bei der französischen Februarrevolution ursprünglich kaum um eine republikanische Bewegung handelte. Sie wurde republikanisch vor allem aus Verlegenheit, weil alle dynastischen Optionen ausgedient hatten, ohne dass es für die Republik eine Mehrheit gab. Kein anderer als Robert Blum hatte gerade dieses Problem auch für die deutschen Länder erkannt – die mangelnde Unterstützung für eine Deutsche Republik – und als Parlamentarier pragmatisch akzeptiert.

1848 sah man die Revolution also vorwiegend als europäisches Ereignis. Zu einer Reihe nationaler Revolutionen wurde 1848 erst im teleologischen Rückblick, als die Ereignisse in politische Entwicklungsnarrative integriert wurden, um somit das Europa der Nationalstaaten rückblickend zu erklären und zu rechtfertigen.¹² Dass wir das Zeitalter der Nationalstaaten noch immer als historischen Fortschritt feiern (wobei sich liberale Konzeptionen vom marxistischen kaum unterscheiden), erscheint in Anbetracht des Leids, das diese Nationalstaaten über die Welt gebracht haben, beinahe widersinnig. Im Namen der Selbstüberschätzung ihrer Rolle in der Weltgeschichte, inszenierten diese Nationalstaaten seit dem späten 19. Jahrhundert, und vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, einen beispiellosen kolonialen Imperialismus, Angriffskriege, Völkermorde und die Shoah, von Eric Hobsbawm als *Age of Extremes*

eindrücklich beschrieben und von Marc Mazower und Timothy Snyder eindeutig als Phänomen einer von Europa ausgehenden Entwicklung identifiziert.¹³ Die Nationalbewegungen, die wir mit 1848 feiern, standen am Anfang dieser Entwicklung, auch wenn man sie nicht bedingungslos für spätere Ereignisse zur Verantwortung ziehen darf. Doch mit dem „alle Menschen werden Brüder“ der Zeit um 1800, von Schiller und Beethoven besungen, hatten die Nationalstaaten wenig gemein. Die Idee des alten Europas hatten die Nationalbewegungen in der Revolution endgültig als vom Geist einer neuen Zeit überholt begraben.

Seit 175 Jahren erzählen wir die Ereignisse von 1848 zudem vorwiegend als eine Geschichte von Licht und Schatten, von Fortschritt und Reaktion, teilen die Geschichte wertend in klar definierte Kategorien ein, je nach der eigenen ideologischen Orientierung. Dabei gehen wir häufig davon aus, dass die Ziele der deutschen Revolution eindeutig waren, obwohl diese sich – ähnlich wie auch in Frankreich – erst im Laufe der Ereignisse herauskristallisierten und auch dann noch (entsprechend der jeweiligen politischen Positionierung) ganz unterschiedlich ausgerichtet waren. Ein Achtundvierziger war der Republikaner, der gegen die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung agitierte, genauso wie der preußisch gesinnte Liberale, der später für die Niederschlagung republikanischer Aufstände eintrat. Auch ein Anhänger des österreichischen Kaiserstaats, der sich früh mit dem Verfassungsverprechen Ferdinands I. zufriedengab, verstand sich als Revolutionär, weil sein politisches Agieren in der Monarchie dieses herbeigeführt hatte. So findet sich die Argumentation im Liedgut der Zeit, das sich zügig auch in der tiefsten Provinz des Kaiserstaats verbreitete, so beispielsweise im siebenbürgischen Hermannstadt:

*„Einigkeit – ruft frohen Schalles
Sie gewann der Freiheit Land,
Ruft: Hoch, Oestreich über Alles!
Oestreich und Sein Ferdinand! –*

*Einigkeit führ Euch zur Einheit:
Brüder! Stets dazu bereit
Rufet Oesterreich's Parole
Wahrheit, Liebe, Einigkeit!!!“¹⁴*

Überall in der Monarchie rief Ferdinands Versprechen Begeisterung hervor und entwickelte eine enorme Wirkungsmacht, was in Anbetracht späterer Entwicklungen leicht aus dem Blick gerät. Gleichzeitig konnten ein slowakischer Revolutionär oder eine rumänische Revolutionärin sehr gute Gründe haben, sich als Gegner der ungarischen Revolution zu sehen und den Kaiserstaat zu unterstützen.¹⁵ Anfügen ließe sich hier auch das aus ihrer historischen Erfahrung vollkommen nachvollziehbare Agieren der Kroaten im ungarischen Krieg. Wenn sich die Demokraten der Paulskirche für die ungarische Revolution verwandten, war dies angesichts der ungarischen Unterdrückung seiner nationalen Minderheiten eben nicht unbedingt fortschrittlich.

Auf europäischer Ebene gibt es um 1848 also zahlreiche Facetten politischen Handelns, die sich in ein kurzsichtiges Schema von Fortschritt und Reaktion nicht einordnen lassen. Wie problematisch eine auf diese Weise verkürzte Sichtweise auf die Ereignisse von 1848 erscheint, hat das Beispiel von Palackýs Reaktion auf die Einladung der Paulskirche und sein Eintreten für den österreichischen Kaiserstaat bereits gezeigt. Auch der angebliche Ruf der lombardischen Bauern nach Radezky, weil sie den eigenen italienischen Landbesitzern weniger trauten als ihrer jahrzehntealten Erfahrung mit österreichischer Rechtsstaatlichkeit, trägt zur Komplexität der Revolution bei.¹⁶ Marx und Engels verglichen den österreichischen Kaiserstaat mit dem durch die Große Mauer abgeschotteten China und rechtfertigten ihre Parteinahme für die deutsche und die ungarische Nationalbewegung, und gegen den österreichischen Kaiserstaat, mit der angeblichen Rückständigkeit der unhistorischen Völker Mittel- und Osteuropas.¹⁷ Zum 175. Jahrestag der Revolution, und angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, erinnert diese

Sichtweise an die Argumentation derer, die den Völkern Osteuropas das Recht absprechen, aus historischer Erfahrung heraus selbstständig zu entscheiden, welchen Verteidigungsbündnissen sie sich in Europa anschließen.

Widersprüche transatlantischer Erfahrungen in der Revolution

Wie eine transnationale Perspektive die Einordnung historischer Entwicklungen verändern kann, zeigt insbesondere die transatlantische Perspektive auf die Ereignisse von 1848. Für wen war die amerikanische Republik im Jahr 1848 Modell, für wen vielleicht doch eher Dystopie?¹⁸ Und wofür stand die amerikanische Verfassung, wofür die neue Gesellschaftsordnung jenseits des Atlantiks? Diese Fragen bewegten nicht nur das revolutionäre Zentrum Europas. Überall in Europa machte man sich angesichts der politischen Neuordnung der Alten Welt auch Gedanken über die Rolle der Neuen Welt als möglicher Ideengeberin.

Sizilien sah sich 1848 als die Speerspitze des modernen Europas und stellt damit nicht nur unsere Vorstellungen von Zentrum und Peripherie auf den Kopf.¹⁹ Diese Selbstverortung der sizilianischen Achtundvierziger erklärt sich nicht nur aus der bereits oben in Erinnerung gebrachten Chronologie der Ereignisse, sondern vor allem aus der Verfassungsgeschichte Siziliens, einem der wenigen Staaten Europas, der mit Hilfe Großbritanniens einer napoleonischen Besatzung widerstanden und sich eine an der Verfassung von Cádiz orientierte Konstitution gegeben hatte. Auf diese Verfassung berief man sich mit Stolz während der Revolution von 1820-23, und dann wieder 1848.²⁰ Nach Meinung der Sizilianer ging die konstitutionelle Tradition des Inselstaats sogar noch weiter zurück. Selbstbewusst behauptete Gioacchino Ventura, sizilianischer Minister in Rom, „Sizilien sei der älteste Verfassungsstaat überhaupt. Man könne sogar sagen, Sizilien habe die Institution der freien Regierung für den Rest

Europas erfunden, so wie Sizilien auch die italienische Sprache und Literatur erfunden habe.“²¹

Wie blickte man von dieser stolzen Selbstpositionierung 1848 über den Atlantik nach Amerika? Brauchte man da überhaupt noch eine „Neue Welt“? Vor allem im sizilianischen Unterhaus spielten Bezüge zur amerikanischen Verfassung tatsächlich eine wichtige Rolle, doch auch das Oberhaus pries im Eifer des Gefechts, wenn es denn in die Rhetorik des Tagesgeschäfts passte, das *star-spangled banner* und „*the globe's freest nation*“.²² Meist blieben diese Bezüge jedoch äußerst abstrakt; und nicht selten konnte man vernehmen, dass Sizilien, auf Grund seiner eigenen Tradition, weder Frankreich noch der USA als Modell bedürfe.²³ Vor allem waren es häufig die moderaten politischen Kräfte, welche die USA als Modell priesen, wenn Sie beispielsweise den amerikanischen Bikameralismus als Schutz vor einem an Rousseau und der Französischen Revolution orientierten Unikameralismus in die Debatte einbrachten und somit zugleich die Macht des Adels und der Kirche erhalten wollten. Wegen der quasi-monarchischen Position des amerikanischen Präsidenten galten zudem die USA gerade den konstitutionellen Monarchisten als Vorbild, die darin das Beispiel einer gemäßigten Verfassung sahen, das sie den Bestrebungen der radikalen Demokraten und Republikaner entgegenstellen konnten. Doch auch die Frage, inwiefern die USA überhaupt als zukunftsweisendes Modell wahrer Demokratie erhalten konnten, war umstritten. Während Fürst Lanza di Scordia im Oberhaus die egalitären Prinzipien der USA pries, und dies am Wahlrecht für das Präsidentenamt festmachte,²⁴ wies Baron Francesco Ventura darauf hin, dass das aktive und passive Wahlrecht der USA ausschließlich den Steuerzahlern vorbehalten sei. Gerade diese Tatsache bewertete er jedoch positiv, käme doch das allgemeine Wahlrecht einer Form des Kommunismus gleich, der Sizilien in die Anarchie stürzen würde.²⁵

Der Hauptgrund, warum die USA trotz alledem nicht wenigen Sizilianern als Vorlage diente, war der

Föderalismus, durch den man die Unabhängigkeit von Neapel erreichen wollte. Neben den USA stand für eine solche *Legge italiana* ausgerechnet der Deutsche Bund Modell, aber auch die Habsburgermonarchie.²⁶ Da sich kein geringerer als Benjamin Franklin bei der Ausformulierung der Bedingungen eines amerikanischen Föderalismus am inzwischen untergegangenen Heiligen Römischen Reich orientiert hatte,²⁷ zeigt sich hier im Sinne Pococks, wie die politischen Ideen den Atlantik in beide Richtungen überquerten.²⁸ Den Advokaten einer vermeintlichen politischen Moderne zufolge entsprach das Heilige Römische Reich nicht mehr den Anforderungen der neuen Zeit, erscheint aber gerade in der transatlantischen Debatte als Orientierungspunkt politischen Fortschritts. Dieser Widerspruch ergibt sich aus der transnationalen Betrachtung und deutet damit zugleich auf die Vielschichtigkeit einer auf diese Weise erweiterten Geschichtswissenschaft hin.

Während in Sizilien also eine nicht geringe Zahl der Achtundvierziger meinte, auf fremde Vorbilder ganz verzichten zu können, erkannten insbesondere moderate monarchistische Kräfte in der Verfassung der USA ein mögliches Vorbild. Doch wie positionierte man sich in den anderen italienischen Staaten zur amerikanischen Verfassung? Waren es hier die Demokraten und Republikaner, die in den USA ihre eigene politische Zukunft suchten? Richten wir den Blick auf den berühmtesten republikanischen Revolutionär Italiens, auf Giuseppe Mazzini, den Apostel einer demokratischen Revolution, verkompliziert sich das Bild noch weiter und passt noch weniger in überkommene Schemata geschichtsphilosophischer Erklärungen.

Mazzini hatte in den USA viele Freunde und war dort vor allem für sein Engagement gegen die Sklaverei bekannt.²⁹ Persönlich verbunden war er dort der Familie von Harriet Beecher Stowe, der Autorin des Romans *Onkel Toms Hütte*, der 1852, kurz nach der Revolution von 1848 erscheinen sollte, zum globalen Bestseller wurde und in Italien vor allem in einer szenischen Fassung als Ballett von Giuseppe Rota rezipiert

wurde.³⁰ Dieser Blick auf das Amerika der Sklaverei trübt für viele Europäer den politischen Vorbildcharakter der USA. Doch schon vor der Debatte um *Onkel Tom*, im Jahr 1847, hatte Mazzini an den Juristen und Journalisten Giuseppe Montanelli geschrieben, dass „die demokratisch-republikanische Zukunft“ sich nicht an dem Modell der USA orientieren dürfe.³¹ Im französischen Exil hatte er sich gegen die liberale Opposition der Juli-Monarchie gewandt, die mit General Lafayette und Edouard Laboulaye den amerikanischen Individualismus pries.³² Dieser widersprach Mazzinis kollektiven Idealen, stand für die „negative, individualistische, materialistische Schule“ der Vereinigten Staaten.³³ Dem Mitbegründer seiner Bewegung „Junges Italien“ Luigi Melegari bat er, von den Vereinigten Staaten nicht einmal mehr zu sprechen: „Schon der Name dieses Landes verursacht bei mir eine tiefsitzende Antipathie“, womit er auf die föderale Ordnung der USA abzielte, die Mazzini als Wurzel allen Übels, als Widerspruch der an den Idealen der französischen Revolution orientierten Zentralstaatlichkeit sah.

Mazzinis Anti-Amerikanismus wandte sich vor allem gegen den vermeintlichen Materialismus der Amerikaner, der sich im kapitalistischen System manifestierte, aber auch im angeblich tief verwurzelten Individualismus der Amerikaner, womit er sich in Europa auf wichtige Gefolgsleute berufen konnte. Schon die Begründerin des modernen Feminismus Mary Wollstonecraft hatte die USA als „the land of liberty and vulgar aristocracy, seated on bags of dollars“ beschrieben.³⁴ Diese Auswüchse begründeten für viele Europäer auch die politischen Konflikte des modernen Amerikas. Selbst der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg konnte Italien deshalb nicht als Modell für seine Befreiung von fremder Vorherrschaft dienen, war man sich doch der als zutiefst „unzivilisiert“ wahrgenommenen Brutalität dieses Konflikts bewusst, in dem Brüder derselben Familien sich auf dem Schlachtfeld gegenüberstanden, Väter ihre Söhne und Frauen ihre Männer gemordet hatten.³⁵ Der italienische Historiker Carlo Botta war

einer der ersten Historiker des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs gewesen, dessen Untersuchung auf beiden Seiten des Atlantiks eine enorme Wirkungsmacht entfalten sollte.³⁶ Italienischen Demokraten, auch vielen Revolutionären von 1848, blieb eine sich auf einem solchen Konflikt gründende Gesellschaft höchst suspekt.

Selbstverständlich gab es in Europa zahlreiche Achtundvierziger, die ein sehr viel positiveres Bild der amerikanischen Demokratie pflegten, auch deswegen die Vereinigten Staaten nach der Niederschlagung der Revolution als Ziel ihres Exils wählten. Trotzdem bleibt die Macht der negativen Bilder des Lebens in den Vereinigten Staaten, von Giuseppe Verdis *Un ballo in maschera* bis zu Giacomo Puccinis *Fanciulla del West*, die mit ätzender Schärfe die Lebenswelt der gescheiterten Gestalten der Emigration aufgreifen. Was der transnationale Blick auf die mit der Revolution verbundenen politischen Ideen jedoch vor allem zeigt, ist die Tatsache, dass sich die Geschichte nicht einfach in fortschrittliche und reaktionäre Akteure, Bewegungen und Entwicklungen unterteilen lässt. Das hat auch Implikationen für die rückblickende Bewertung der Ereignisse. Natürlich bedarf politische Erinnerungskultur einer eindeutig vermittelbaren Geschichte, die dem Bedürfnis klarer Wertungen entspricht. Doch ergeben sich daraus Spannungen zu einer sich als Kritik verstehenden historischen Forschung. Der österreichische Kaiserstaat kann für einen tschechischen Liberalen ein Glücksgriff der Geschichte, für viele Paulskirchler hingegen Sinnbild nationaler Unterdrückung sein. Lieder der Revolution preisen Ferdinand I. über Grenzen hinweg als Vater des österreichischen Verfassungsversprechens, während Republikaner vom Schläge eines Mazzini die größte Republik der damaligen modernen Welt als Dystopie verachten. Transnationale Perspektiven legen solche Blicke frei.

ZUM AUTOR

Axel Körner ist seit dem Wintersemester 2021/2022 Professor für Neuere Kultur- und Ideengeschichte an der Universität Leipzig und Honorary Professor am University College London (UCL), wo er bereits von 1996 bis 2021 lehrte. Seine Arbeitsgebiete sind die italienische und die transatlantische Geschichte, sowie die Geschichte der Habsburgermonarchie. Neben der politischen Ideengeschichte liegt ein wichtiger Schwerpunkt seiner Arbeit auf dem Gebiet der Musik und der Oper im 19. Jahrhundert.

ANMERKUNGEN

- 1 **John Rosselli**, The Opera Industry in Italy from Cimarosa to Verdi. The role of the Impresario, (Cambridge 1987), 78. Marco Santoro, 'Imprenditoria culturale nella Milano di Fine Ottocento', in Carlotta Sorba (ed.), Scene di fine Ottocento. L'Italia fin de siècle a teatro (Rome 2004), 101–46, 115 f. **Lorenzo Bianconi**, **Giorgio Pestelli**, Storia dell'opera italiana. Vol.4 (Turin 1987), 180.
- 2 Zur Verunsicherung verschiedener sozialer Kräfte in Venedig nach 1848 siehe **Eva Cecchinato**, Searching for a Role: Austrian Rule, National Perspectives and Memories of the 'Serenissima' in Venice, 1848–1866, in: Laurence Cole, ed., Different Paths to the Nation. Regional and National Identities in Central Europe and Italy, 1830–70. Basingstoke: Macmillan, 2007, 122–143.
- 3 Zu den unterschiedlichen historiographischen Bewertungen siehe **Péter Hanák**, Die bürgerliche Umgestaltung der Habsburgermonarchie und der Ausgleich von 1867, in: idem, Ungarn in der Habsburgermonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaats. Budapest: Akadémiai Kiadó, 1984, 56–97.
- 4 Zu diesen Widersprüchen siehe **Axel Körner**, The Year of Revolutions: 1848, in: Peter Furtado, ed, Legacies of Revolutions. London: Thames&Hudson, 2020, 70–84.
- 5 **František Palacký**, Eine Stimme über Oesterreichs Anschluss an Deutschland (1848), in: Gedenkblätter. Auswahl von Denkschriften, Aufsätzen und Briefen aus den letzten fünfzig Jahren als Beitrag zur Zeitgeschichte. Prag: Tempsky, 1874, 148–155. Zum Problem der Mitgliedschaft Böhmens im Deutschen Bund im Jahr 1848 siehe Jiří Kořalka, „Prag – Frankfurt im Frühjahr 1848: Österreich zwischen Grossdeutschtum und Austroslawismus“, in: **Heinrich Lutz**, **Helmut Rumpler**, eds, Österreich und die deutsche Frage im 19. Und 20. Jahrhundert. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd 9/1982). Wien: Verlag für Geschichte und Politik Wien, 1982, 117–139.
- 6 **Henry A. Kissinger**, A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace-1812/1822. Boston: Houghton Mifflin, 1973, 7. Für eine andere Idee der Habsburgermonarchie siehe jetzt vor allem **Pieter M. Judson**, The Habsburg Empire: A New History. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2016.
- 7 Zu Palacký's politischer Entwicklung siehe vor allem **Jiří Kořalka**, František Palacký (1798–1876), Der Historiker der Tschechen im österreichischen Vielvölkerstaat. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2007. Zum Problem des Nationalstaats 1848 auch **Axel Körner**, National Movements against Nation States. Bohemia and Lombardy between the Habsburg Empire, the German Confederation and Piedmont, in: Douglas Moggach and Gareth Stedman Jones, eds, The 1848 Revolutions and European Political Thought. Cambridge: Cambridge University Press, 2018, 345–382.
- 8 **Theo Jung**, Fragen an 1848/49. Ein Forschungsüberblick, in: ApuZ, 73. Jahrgang, 7–9/2023, S. 17–23, hier S. 20.
- 9 **Heinrich August Winkler**, Der lange Weg nach Westen – Deutsche Geschichte Bd. I: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München: Beck, 2020.
- 10 Für eine europäische Perspektive, die über den Vergleich hinausgeht, siehe **Christopher Clark**, Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt. München: DVA, 2023.
- 11 **Reinhart Koselleck**, Wie neu ist die Neuzeit?, in: idem., Zeitschichten. Studien zur Historik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2000, 225–239.
- 12 Dazu **Axel Körner**, The European Dimension in the Ideas of 1848 and the Nationalization of Its Memories“, in: idem, Hrsg., 1848 – A European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848. Basingstoke / London: Macmillan, 2000, 3–28.
- 13 **Eric Hobsbawm**, Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Hanser, 1995, **Mark Mazower**, Der dunkle Kontinent: Europa im 20. Jahrhundert. Berlin: Alexander Fest Verlag, 2000, **Timothy Snyder**, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München: Beck, 2011.
- 14 Oesterreichs Parole (Fr. Beck's Universitäts-Buchhandlung in Wien, s.d.) in: Arhivele Nationale ale Romaniem Directia Judeteana Sibiu, 107 Colectia de acte fasciculare (332), T. Relatii internationalii, 25 Poezű.
- 15 **Keith Hitchins**, The Romanians, 1774–1866. Oxford: Clarendon, 1996, 250 ff.
- 16 **Christof Dipper**, Revolutionäre Bewegungen auf dem Lande: Deutschland, Frankreich, Italien, in: **Dieter Dowe**, **Heinz-Gerhard Haupt**, **Dieter Langewiesche**, eds, Europa 1848. Revolution und Reform. Bonn: Dietz, 1998, 555–585, 576.

- 17 Siehe beispielsweise **Friedrich Engels**, Der Anfang vom Ende Österreichs, (27/01/1848), in: MEW, vol. 4. Berlin: Dietz, 1972, 504–510. Zum China-Vergleich: **Karl Marx**, Die Revolution in China und Europa, (20/05/1853), in: MEW, vol. 9. Berlin: Dietz, 1960, 95–102, 97. Siehe auch **Ernst Hanisch**, Der kranke Mann an der Donau. Marx and Engels über Österreich. Wien: Europaverlag, 1978, 31 ff.
- 18 Siehe dazu in vergleichender und transnationaler Perspektive America Imagined: Explaining the United States in Nineteenth-Century Europe and Latin America, **Axel Körner**, **Nicola Miller**, Adam I. P. Smith, eds, New York: Palgrave Macmillan, 2012.
- 19 Zu dieser Frage siehe **Axel Körner**, Space and Asymmetric Difference in Historical Perspective: An introduction, in: **Tessa Hauswedell**, **Axel Körner**, **Ulrich Tiedau**, Hrsg., Remapping Centre and Periphery: Asymmetrical Encounters in European and Global Context. London: UCL Press, 2019, 1–13.
- 20 **Jens Späth**, Revolution in Europa 1820–23. Verfassung und Verfassungskultur in den Königreichen Spanien, beider Sizilien und Sardinien-Piemont. Köln: sh-Verlag, 2012, 88–94.
- 21 **Gioacchino Ventura**, La questione Sicula nel 1848 sciolta nel vero interesse della Sicilia, di Napoli e dell'Italia. Rome: Zampi, 1848, 5 f.
- 22 Siehe beispielsweise Sicilia, Camera dei Pari, Seduta 30/05/1848, in: Le Assemblee del Risorgimento. Atti raccolti e pubblicati per deliberazione della Camera dei Deputati. Rome: Tipografia della Camera dei Deputati, 1911, vol. XIV, 563.
- 23 Zum Selbstbewusstsein der palermitanischen Revolution als europäisches Ereignis siehe **Axel Körner**, America in Italy. The United States in the Political Thought and Imagination of the Risorgimento, 1763–1865. Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2017, 146–159.
- 24 **Pagano**, Sicilia e Stati Uniti di America nel Risorgimento, 484. Lanza, Principe di Scordia, di Trabia e di Butera, belonged to Sicily's old nobility. He made the statement in the periodical La Ruota.
- 25 Sicily, Camera dei Comuni, 17/06/1848, Francesco Ventura, Le Assemblee del Risorgimento, vol. XII, 930; see also *ibid.*, Benedetto Venturilli e Baldanza, 940. For Ventura's position see also his pamphlet "De' diritti delle Sicilia alla sua nazionale indipendenza", in: Ganci, Storia antologica, vol. 1, 192–199.
- 26 Siehe beispielsweise Ventura, La questione Sicula nel 1848, 37.
- 27 **Jürgen Overhoff**, **Benjamin Franklin**, Student of the Holy Roman Empire: His Summer Journey to Germany in 1766 and His Interest in the Empire's Federal Constitution", German Studies Review, 34/2 (May 2011), 277–286. Als Quelle siehe auch **Gottfried Achenwall**, Einige Anmerkungen über Nord-Amerika und über dasige Grosbrittannische Colonien. Aus mündlichen Nachrichten des Herrn D. Franklins. Helmstedt: Kühnlin, 1777.
- 28 **John G. A. Pocock**, The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition (1975). Princeton: Princeton University Press, 2003.
- 29 **Enrico dal Lago**, **William Lloyd Garrison and Giuseppe Mazzini**, Abolition, democracy and radical reform. Baton Rouge: Louisiana State University, 2013.
- 30 **Körner**, America in Italy, 199–224.
- 31 **Giuseppe Mazzini** an Giuseppe Montanelli, 16/07/1847, in: Edizione nazionale: Scritti editi ed inediti di Giuseppe Mazzini (hg.v. Mario Menghini). Imola: Galeati, 1906–43, Bd. 32, 220–226, 221. Siehe auch **Giuseppe Mazzini**, Fede e Avvenire (1835), in: Edizione nazionale, vol. 6, 291–358, 348 f (n.). Für eine breitangelegte Studie siehe Joseph Rossi, The Image of America in Mazzini's Writings. Madison: The University of Wisconsin Press, 1954
- 32 **Jeremy Jennings**, Revolution and the Republic. A History of Political Thought in France since the Eighteenth Century. Oxford: Oxford University Press, 2010, 219 f. Siehe auch **Maïke Thier**, A World Apart, A Race Apart?, in: America Imagined, 161–189.
- 33 Mazzini to Jessie White Mario, 25/04/1860, Edizione nazionale, vol. 67, 245–250, 250.
- 34 **Barbara Taylor**, Mary Wollstonecraft and the Feminist Imagination. Cambridge: Cambridge University Press, 2003, 174.
- 35 Für eine kritische Lektüre der zahlreichen italienischen Untersuchungen zum Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg siehe Körner, America in Italy, Kapitel 1.
- 36 **Carlo Botta**, Storia della guerra dell'indipendenza degli Stati Uniti d'America scritta da 4 vv. Paris: D. Colas, 1809. Zu Botta siehe auch **Luciano Canfora/Ugo Cardinale**, eds., Il Giacobino Penitito. Carlo Botta fra Napoleone e Washington. Roma/Bari: Laterza, 2010.

Franziska Deutschmann

fem/pulse setzen in Sachsen

Projekt der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V.

Der Verein

Die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. (LOPG) wurde im Januar 1993 in Leipzig gegründet. Seitdem verfolgt der gemeinnützige Verein das Ziel, das Leben und Werk der Dichterin, Schriftstellerin, Journalistin, 1848er-Demokratin und Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters (1819-1895) in der Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie zu würdigen. Im 1997 gegründeten Louise-Otto-Peters-Archiv (LOPA) werden alle Veröffentlichungen von und über Louise Otto-Peters, von und über ihre Mitstreiter:innen sowie zu den Anfängen der Frauenbewegung gesammelt, erschlossen und Interessierten zugänglich gemacht. Der Verein hat sich als eine wichtige Auskunftsstätte, Forschungsschnittstelle sowie ein Ort der Begegnung etabliert und prägt seit Jahren die Kulturlandschaft der Stadt Leipzig.

Das Projekt

Das Projekt fem/pulse wurde 2022 gegründet und wird seitdem vom *Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung* sowie vom *Kulturamt Leipzig* finanziert. Momentan werden die Projekte von zwei angestellten sowie zwei freien Mitarbeiterinnen umgesetzt. Wir hoffen, dass das auch in Zukunft so bleiben wird.

Ziele

Wir setzen – ganz im Sinne von Louise Otto-Peters – feministische Impulse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, indem wir zu mehr Sichtbarkeit von Frauen in der Geschichte und Gegenwart beitragen. Wir wollen zeigen, dass alle, die sich heute für mehr Emanzipation, Bildung, Freiheit und eine gleichberechtigte Gesellschaft einsetzen, an die Kämpfe vieler mutiger, kluger und engagierter Frauen anknüpfen. Wir sind überzeugt, dass eine feministische, historische Perspektive zu mehr Gleichstellung und einem geschlechtersensiblen Geschichtsbewusstsein beitragen kann. Zugleich wollen wir auch Bündnisse schmieden und zur aktiven Kooperation und Vernetzung von emanzipatorischen Projekten und Aktivitäten in der Gegenwart anregen.

Methode

Methodisch arbeiten wir an der Umsetzung einer Erweiterung der traditionell männlichen Sicht auf die Revolution 1848/49 um eine weibliche Perspektive. Denn auch dort brachten sich Frauen wie Louise Otto-Peters mit ein und stellten politische sowie feministische Forderungen. Sie kämpften häufig mit der Feder, aber auch aktiv auf der Straße, und versuchten so die Öffentlichkeit für ihre Ziele zu gewinnen. Somit leisteten sie einen

wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel ihrer Zeit, der oft übersehen wird.

Wir beschäftigen uns mit Quellen von Frauen aus dieser Zeit, analysieren sie und erarbeiten weibliche Forderungen und Sichtweisen auf die Revolution. Dabei setzen wir im Vormärz schon an, um Entwicklungslinien feministischen Wirkens nachzuzeichnen. Wir wählen dafür einen biografischen Ansatz, da dieser bei jüngeren Zielgruppen eine größere Nähe herstellt. Anhand des Lebens und Wirkens von revolutionären Frauen erscheint das komplexe Thema der gesellschaftlichen Umbruchentwicklung in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts greifbarer. Wir wenden in unseren Projekten die fachdidaktische WKW-Methode (Wissen - Kompetenzen - Werten) an, um junge Menschen dazu zu befähigen, sich (frauen)historische Themen selbstständig und differenziert anzueignen, zu einem eigenen Sachurteil zu kommen und Transferleistungen zur Gegenwart herzustellen. Dabei entstehen Role Models für junge Frauen um sich selbst zivilgesellschaftlich, demokratisch-politisch und auch kulturell zu engagieren.

Mittel

Das fem/pulse-Projekt versteht sich als ein Vermittlungs- und Bildungsprojekt, welches sowohl im schulischen und universitären, als auch im kulturellen und zivilgesellschaftlichen Bereich ansetzt. So können wir breitere gesellschaftliche Gruppen erreichen und gerade auch junge Frauen ermutigen, sich zu engagieren. Hier eine Übersicht von Angeboten zum Thema Frauen in der Revolution 1848/49:

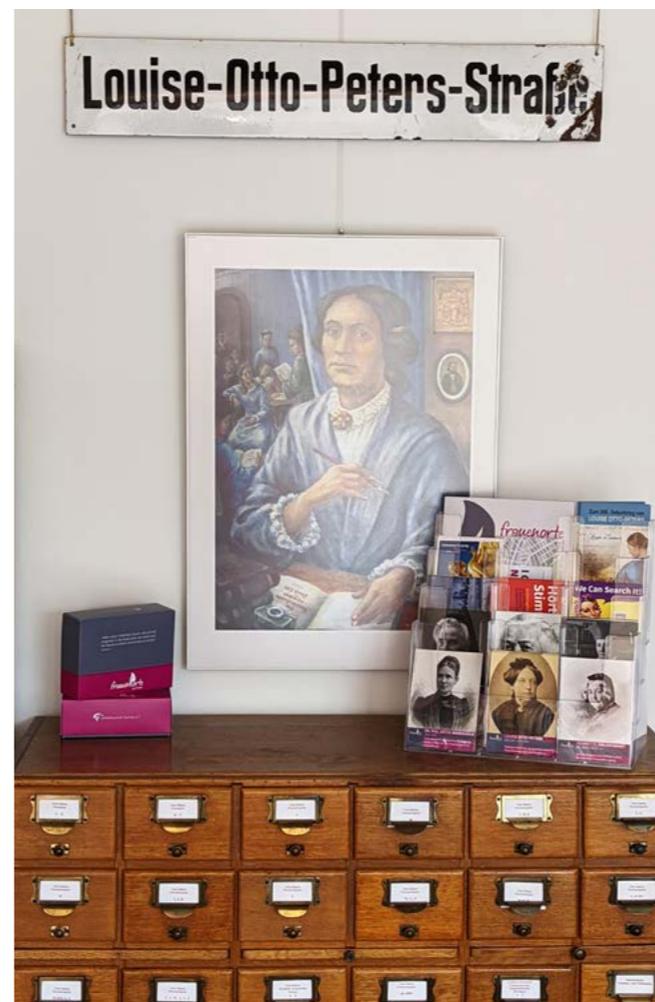
Näheres dazu entnehmen Sie unserer Homepage: <https://www.louiseottopeters-gesellschaft.de/>

- Leseheft zur Geschlechter- und Frauengeschichte in Sachsen, Postkarten-Quiz zu sächsischen Frauen; Schulprojekt
- Archiv-Workshop
- Universitäres Projekt zu weiblichen Perspektiven auf die Revolutionen 1848/49 und 1989 in Kooperation mit der Universität Leipzig und der TU Dresden
- Kulturelle Abendunterhaltung zu weiblichen Stimmen der Revolution
- Stadtrundgang in Leipzig
- Social-Media-Content

ZUR AUTORIN

Franziska Deutschmann ist Gymnasiallehrerin für die Fächer Geschichte und Latein, Fachausbilderin für Geschichtsreferendar:innen sowie Hochschuldozentin der Fachdidaktik Geschichte an der Universität Leipzig. Seit 2020 ist sie im Vorstand der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V.. Dort arbeitet sie an Bildungs- und Vermittlungsprojekten mit den Schwerpunkten Geschlechter- und Frauengeschichte und Demokratiegeschichte. Sie ist Projektleiterin des fem/pulse-Projektes des Vereins sowie Autorin geschichtsdidaktischer Materialien. In ihrer Funktion als Vorstandsmitglied der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft (LOPG) bringt sie sich in Leipziger Gremien wie dem Akteurskreis des neu zu entwickelnden „Forums für Freiheit und Bürgerrechte / Demokratiecampus“, dem Gleichstellungsbeirat der Stadt sowie dem Kuratorium des Robert-Blum-Demokratiepreises ein. Seit Ende 2023 ist sie Mitglied des Beirates der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte.

„fem/pulse-Team“, v.l.n.r.: Katharina Wolf, Nane Pleger, Pina Bock, Franziska Deutschmann



fem/pulse-Plakat

Louise-Otto-Peters-Archiv (LOPA)

Fotos: Constanze Mudra / LOPA

Angelina Schaefer, Claudia Spezzano

Das Stadtlabor im Historischen Museum Frankfurt

Demokratie und Teilhabe als kuratorische Praxis

Multiperspektivität im sozialhistorischen Museum

Die zunehmende Verflechtung der modernen Welt führt dazu, dass soziale Beziehungen auch aus ihren unmittelbaren Interaktionszusammenhängen gelöst werden – so prognostizierte es zumindest der britische Soziologe Anthony Giddens in den 1990er Jahren.¹

Der reale Raum, in dem wir sozial interagieren können, ist allerdings weder verschwunden, noch kleiner geworden – vielleicht müssen wir ihn nur anders denken. Wir können bewusst wirksam sein und unseren sozialen Raum aktiv gestalten, etwa in der unmittelbaren Nachbarschaft, auf lokaler Ebene nicht trotz, sondern mit vielfältigen Vernetzungen und Perspektiven. Gerade in Ballungsräumen und Großstädten treffen sehr viele unterschiedliche Perspektiven aufeinander. Dieser Reichtum an unterschiedlichen Ressourcen von Weltwissen kann kreativ dazu genutzt werden, auf

lokaler Ebene konkret auszuhandeln, welches „Wissen“ wir aktiv teilen und pflegen möchten und wie wir den gemeinsamen Raum gestalten wollen. Mit dem Stadtlabor hat das Historische Museum Frankfurt für diese sozialgeschichtliche Multiperspektivität ein konkretes Ausstellungsformat entwickelt.

Das Prinzip Stadtlabor

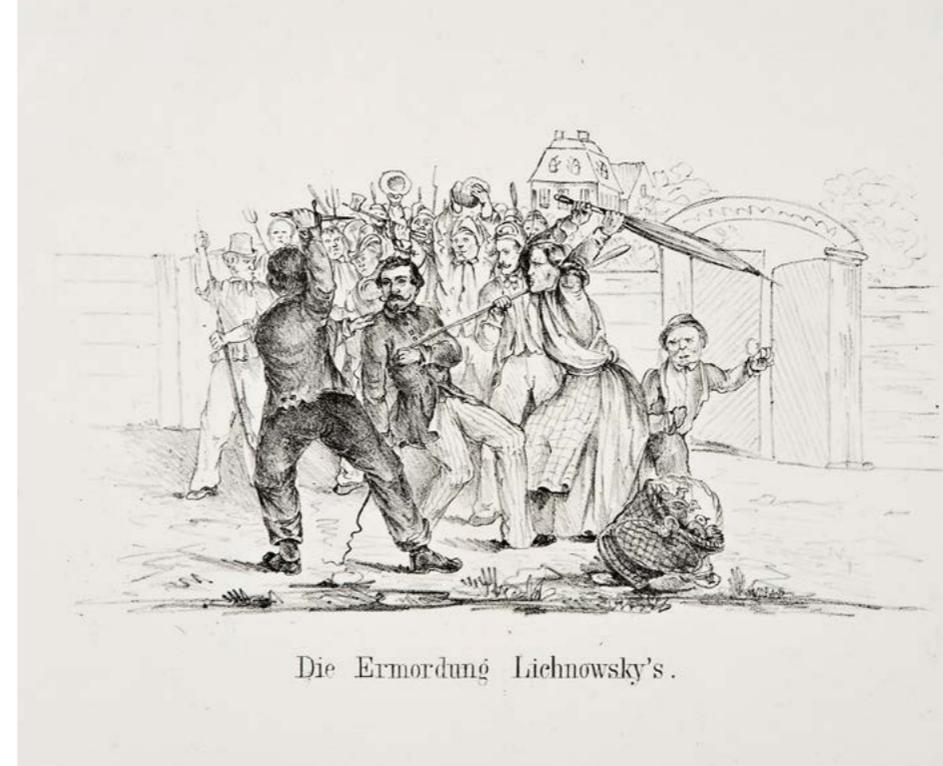
Seit 2010 entstehen zusammen mit Frankfurter:innen im Historischen Museum Frankfurt Wechselausstellungen und Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen der Stadt. Frankfurter:innen werden als Expert:innen für ihre Stadt eingeladen, Ausstellungen und Veranstaltungen gemeinsam mit dem Museumsteam zu erarbeiten. Das oft unbewusste, erfahrungsbasierte Wissen der Stadtlaborant:innen kann so bewusstgemacht und geteilt werden. Damit entsteht eine Möglichkeit zur



An Hands-on Stationen können Kinder spielerisch über verschiedene Kinderrechte diskutieren.
© HMF, Foto: Uwe Dettmar



In der Stadtlabor-Ausstellung „Demokratie: Vom Versprechen der Gleichheit“ sind vielfältige Beiträge von Frankfurter Bürger:innen zu sehen.
© HMF, Foto: Uwe Dettmar



Die Ermordung des Abgeordneten Fürst Lichnowsky am 18. September 1848, Leon von Elliot, Lithographie 1848. Public Domain: Historisches Museum Frankfurt

Die Ermordung Lichnowsky's.

„Schreckliche Klagen der Frauen über ihre Männer“ Gustav Kühn, Lithographie 1848. Public Domain: Historisches Museum Frankfurt



kulturellen Teilhabe und Aneignung eines öffentlichen Wissensraums. Die Stadtlabor-Projekte sind zunehmend kollaborative Forschungs- und Bildungsprozesse, denn durch die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Frankfurter:innen entsteht neues Wissen über die Stadt, den geteilten realen Lebensraum. Der partizipative Prozess eines Projekts nimmt etwa ein Jahr in Anspruch. In einer Abfolge von kuratorisch begleiteten Workshops findet ein reger Austausch unter den Teilnehmenden statt, eine Verständigung über die unterschiedlichen Beiträge und Positionen. Daraus entsteht intersubjektives Wissen.²

Vom Versprechen der Gleichheit

Zum Jubiläumsjahr der ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 2023 lud das Stadtlabor-Team zu einer partizipativen Ausstellung zum Thema „Demokratie“ ein. In den Workshops stellte sich heraus, dass ein hoher aktueller Diskussionsbedarf über das Konzept der „Gleichheit“ als Versprechen demokratischer Prozesse besteht. Demokratie wurde nicht nur als Herrschaftsform, sondern auch als gesellschaftliches Wertebündel diskutiert.³ Für einige Teilnehmende stellte das Versprechen der politischen Gleichheit das zentrale Merkmal gelingender demokratischer Prozesse dar – andere befürchteten bei einer zu starken Betonung dieses Gleichheitsversprechens eine undifferenzierte Gleichsetzung von Gleichheit und Demokratie. Eine solche würde auch andauernde Kämpfe von strukturell benachteiligten und unterrepräsentierten Gruppen nicht ausreichend berücksichtigen. Gemeinsam einigten sich die Teilnehmenden daher auf den Ausstellungstitel „Demokratie: Vom Versprechen der Gleichheit“. Die 19 Beiträge der rund 60 Stadtlaborant:innen sind vier Ausstellungsbe-reichen zugeordnet: Fundamente, Grenzen, Kämpfe und Visionen der Demokratie. Im Stadtlabor 2023/24 sind demokratische Prozesse nicht nur das zentrale Thema, sondern entsprechen auch der kuratorischen Praxis, mit welcher die Ausstellung konzipiert wurde.

Vermittlung

Im Rahmen der Stadtlabor-Ausstellung und des 175. Jubiläums der Paulskirchenversammlung wurden neue Vermittlungsformate für alle Klassenstufen erarbeitet. Entlang einer Hands-on-Familienspur erfahren Kinder von der Vorschule bis zur 4. Klasse spielerisch, welche Kinderrechte es gibt, welche Bedeutung sie haben und welche Möglichkeiten der Mitbestimmung sie besitzen. Zur Ausgestaltung der sechs Stationen wurde mit weiteren Expert:innen der Stadtgesellschaft zusammengearbeitet, dem Frankfurter Kinderbüro und dem Bildungsnetz Kita Frankfurt.

Für die Mittel- und Oberstufe wurden eine interaktive Führung nach dem Prinzip „Schüler:innen führen Schüler:innen“ und ein Planspiel entwickelt, in dem die Schüler:innen entweder die Rolle eines Fraktionsmitglieds der Nationalversammlung von 1848 oder von politisch engagierte:n Frankfurter:innen, die nicht im Parlament vertreten waren, übernehmen. Dabei werden die Perspektiven und Handlungsoptionen unterschiedlicher Akteur:innen, diverse Positionen und die Ambivalenzen der Zeit aufgezeigt. In der Diskussion über gegenwarts- und lebensweltbezogene Fragen bringen die Schüler:innen ihre Perspektiven ein. Dabei entsteht die Möglichkeit, für die Gewordenheit unserer Demokratie zu sensibilisieren, aber auch für Brüche im demokratischen Prozess und für aktuelle Konfliktfelder.

Nicht nur die Erarbeitung der Ausstellung ist partizipativ, auch der Besuch der Ausstellung ermutigt zur Partizipation. In allen Bereichen der Stadtlabor-Ausstellung wird Besuchenden die Möglichkeit gegeben, die eigene Stimme im teilöffentlichen Raum des Museums zu hinterlassen.

Demokratie ist weder ohne Teilhabe und Beteiligung noch ohne das Aushalten von Unterschieden zu denken. Das Stadtlabor bietet einen Raum für das gemeinsame Nachdenken über Demokratie, über ihren Wert – vielleicht auch mögliche Grenzen – und darüber, warum es sich lohnt, sie zu verteidigen.

ZU DEN AUTORINNEN

Angelina Schaefer ist Politikwissenschaftlerin.

Seit 2022 arbeitet sie als Wissenschaftliche Volontärin für Vermittlung und Partizipation im Historischen Museum Frankfurt. Dort erarbeitete sie Vermittlungsangebote für Schüler:innen zum Thema Revolution 1848/49 und kuratierte im Stadtlabor-Team die aktuelle Stadtlabor-Ausstellung.

Claudia Spezzano ist Philologin und Kunst-

historikerin. Seit 2022 arbeitet sie als Kuratorin für Vermittlung und Partizipation am Historischen Museum Frankfurt. Für die Stadt Frankfurt betreut sie das Projekt Kultur- und Freizeitticket (KUFTI), 2021–23 war sie Lehrbeauftragte im Studiengang Kunst, Medien und Kulturelle Bildung der Goethe Universität Frankfurt.

ANMERKUNGEN

- ¹ **Giddens, Anthony:** Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main 1995.
- ² Vgl. Beiträge in: **Gesser, Susanne / Gorgus, Nina / Jannelli, Angela (Hrsg.):** Das subjektive Museum. Partizipative Museumsarbeit zwischen Selbstvergewisserung und gesellschaftspolitischem Engagement, Bielefeld 2020.
- ³ Vgl. **Agamben, Giorgio:** Einleitende Bemerkung zum Begriff der Demokratie, in: **Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Žižek, Slavoj / Rancière, Jacques / Nancy, Jean-Luc / Brown, Wendy / Bensaid, Daniel / Ross, Kristin (Hrsg.):** Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012, S.9–12



Paul Barone

Schultheaterproduktion „Vision Freiheit“

Ein Offenburger Gemeinschaftsprojekt
zur 175-Jahr-Feier der „13 Forderungen des
Volkes in Baden“

Zur 175-Jahr-Feier der „13 Forderungen des Volkes in Baden“ vom 12. September 1847 brachte die Junge Theaterakademie Offenburg eine Schultheaterproduktion mit über 170 Mitwirkenden auf die Bühne, die an die damaligen lokalgeschichtlichen Ereignisse rund um den Offenburger Salmen erinnerte. Ziel des theaterpädagogischen Projekts war es, Demokratiegeschichte nicht nur inhaltlich zu vermitteln, sondern Demokratie auch in der Form der Zusammenarbeit – als gelebte Partizipation und Kooperation – erfahrbar zu machen, indem die Kinder und Jugendlichen auf allen Ebenen am kreativen Prozess teilhaben konnten. Dazu gehörte erstens, die Story der revolutionären Ereignisse in Improvisationen, Schreibwerkstätten und Diskussionen partizipativ zu entwickeln. So basierte bereits die Grundidee der Eigenproduktion, die lokalen Ereignisse aus der Sicht der armen Kinder zu erzählen, auf einem Vorschlag aus der Gruppe: Haben die damaligen Revolutionär:innen auch an die Rechte der Kinder gedacht? Oder waren die Kinder die Vergessenen der Revolution? Zweitens wurde das Gesamtprojekt als Kooperation zwischen mehreren schulischen und außerschulischen Partnern

aus der Offenburger Stadtgesellschaft realisiert: Eine schul- und jahrgangsübergreifende Theatergruppe inszenierte das Stück, eine Realschulklasse stellte das Bühnenbild an der Kunstschule her, Berufsschulklassen nähten Kostüme und ein Offenburger Musikensemble spielte live die eigens komponierte Musik. In diesem gemeinsamen Schaffensprozess sollte Demokratie gerade in der kreativen Auseinandersetzung mit dem lokalgeschichtlichen Stoff erlebbar werden – als ein Beitrag zu einem lokal verorteten, geschichtlich reflektierten Gemeinschaftserleben im Jubiläumsjahr.

ZUM AUTOR

Dr. Paul Barone ist Theaterlehrer am Grimmelshausen-Gymnasium und an der VHS Offenburg, Co-Leitung Junge Theaterakademie Offenburg, Leitung des Bildungsprojekts „Baukasten Demokratie“ der Stadt Offenburg, Multiplikator für das Schultheater am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) Freiburg und Autor von theaterpädagogischen Publikationen.

Szene „Kinderarbeit“:

Während der Hungersnot 1847 muss ein zehnjähriges Kind im Arbeitshaus zwei Tage für ein Schwarzbrot arbeiten.



Alle Fotos: Armin Krüger

Szene „Auf den Barrikaden“:

Am 19. April 1848 errichten junge Revolutionär:innen während des Heckeraufstands Barrikaden am Offenburger Bahnhof.



Szene „Auswanderer am Bahnhof“:

„Für uns gibt es kein Amerika! Für uns gibt es keine Freiheit!“, rufen die notleidenden Kinder am Bahnhof. Ihnen bleibt die Hoffnung verwehrt, ein neues Leben in Amerika zu beginnen, wie es wohlhabende Offenburger Bürger:innen wagen können. (Premiere am 7.7.2022).

Iris Wachsmuth

1848/49 im Stadtraum sichtbar machen

Was macht die Neue Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte + SozioAnalysen e.V.?

Wir sind engagierte Sozialwissenschaftler:innen, Journalist:innen, Schriftsteller:innen und Künstler:innen und arbeiten inter- und transdisziplinär. Mit unserem seit 2007 existierenden Verein „Neue Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte + SozioAnalysen e.V.“¹ verstehen wir uns als Plattform, Denk-Werkstatt und öffentliches Forum für die Diskussion von politischen, historischen und sozialpsychologischen Themen und Projekten.

Dabei mischen wir uns in aktuelle gesellschaftspolitische Debatten ein, vernetzen uns mit Anderen aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Kunst, aus dem sozialen Bereich und überhaupt mit Menschen, die sich mit uns zu aktuellen politischen und sozialen Fragen auseinandersetzen wollen. Vor allem veranstalten wir öffentliche Diskussionen, szenische Lesungen, Stadtspaziergänge oder Filmabende. Das Projekt „Stimmen aus Ravensbrück – Lyrische und bildnerische Zeugnisse von Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück und dessen Außenlagern“ von Pat Binder ist ein Beispiel unserer Arbeit (<https://universes.art/de/stimmen-aus-ravensbrueck>).

Aktuell arbeiten wir an einer öffentlich zugänglichen App „People’s Berlin“, die in Kürze online gehen wird. In diesem Rahmen ist das Projektmodul zur

1848er Revolution entstanden, das hier genauer vorgestellt wird:

Projektmodul „Revolutionäres Berlin“ als Bestandteil der App PEOPLE’S BERLIN

People’s Berlin: 800 Jahre Geschichte von unten – Zivilgesellschaft stärken, heißt das App-Projekt. Warum Geschichte von unten?

Auf der Geschichtsbühne gibt es nur wenige Städte, in denen sich patriarchale, imperiale und autoritäre Machtverhältnisse in so zerstörendem Ausmaß abgespielt haben wie in Berlin. Und doch gibt es in der Stadt auch Geschichten und Orte, an denen Menschen ihre Stimme und ihre Macht genutzt haben, um den ungerechten Status quo und die Herrschaftssysteme herauszufordern. Solche Narrative werden als „People’s History“ oder „Geschichte von unten“ bezeichnet. *People’s Berlin* präsentiert diese Perspektiven, die alternative, subversive oder ausgelöschte Geschichten beleuchten – mit dem Fokus auf zivilem Handeln und Innovation. Der Schwerpunkt auf zivilgesellschaftlichem Engagement ist der rote Faden, der die Beiträge der *People’s Berlin App* zusammenfügt. „Revolutionäres Berlin“ ist eines von neun Themen: „Frauen Berlins“, „Jüdisches Berlin“, „Postkoloniales Berlin“, „Migrationen“, „Queeres

Berlin“, „NS-Widerstand und Erinnerung“, „DDR-Op-
position“ und „Urbane Pioniere“.

Die App wird mit 66 ausführlichen Einträgen als
Themenlayer im Juni 2024 auf der berlinHistory-Platt-
form mit eigenem Zugang starten, wobei regelmäßig
neue Inhalte hochgeladen werden. Eine interaktive,
community-bildende Funktion wird die Nutzer:innen
dazu ermutigen, zusätzliche Orte und Geschichten vor-
zuschlagen, aus denen sich neue Inhalte entwickeln
können. Jeder Eintrag enthält Augenzeugenberichte,
eine Fotogalerie, einige Kurzfilme mit bisher unveröf-
fentlichten Zeitzeugen-Interviews, relevante URLs und
eine kurze Auflistung weiterer Literatur. Der gesamte
Inhalt ist zweisprachig: deutsch/englisch. Projektlei-
terinnen sind Dr. Iris Wachsmuth (Berlin) und Dr. Kirs-
ten Grimstad (Los Angeles/Berlin). Einzelne Stationen
werden von weiteren Aktivist:innen und Expert:innen
recherchiert. Dazu gibt es einzelne Touren, die jährlich
von uns durchgeführt und von der Landeszentrale für
politische Bildung gefördert werden.

In diesem Rahmen haben wir „Revolutionäres Ber-
lin“ entwickelt, das sowohl die 1848er Revolution als
auch die 1918/19 Revolution in Berlin beinhaltet. Auf
einer digitalen Berlin-Karte haben alle Revolutionsorte,
gekennzeichnet als kleine Pins, den gleichen Farbton.
Besonders die vielfältigen Dimensionen dieses fast
vergessenen Aufstandes sollen wieder zum Leben er-
weckt werden. Masternarrative werden in Frage gestellt
und mit neuen Perspektiven in den Fokus gerückt. Was
wurde von wem erkämpft, welche Werte und Menschen-
rechte forderten sie ein? Welche europäischen Dimen-
sionen hat die Berliner Revolutionsgeschichte?

Stadtspaziergänge als interaktiver Austausch

2018 haben wir den ersten alternativen Stadtrundgang
in Berlin-Mitte zu „Augenzeug:innen zur Revolution“
mit den inhaltlichen Verbindungen der Revolutionen
von 1848 und 1918 durchgeführt. 2023 einen zweiten,

fokussiert auf „1848: der vergessene Aufstand mit
den Frauen als Akteur:innen – und das Aufbegehren
heute“. Sowohl der Kartoffelaufstand der Frauen 1847,
für den es trotz einer 2017 vom Senat beschlossenen
Gedenktafel bisher kein öffentliches Gedenkzeichen
gibt, als auch das spätere Politikverbot für Frauen, ein-
zelne Frauenbiografien von Barrikadenkämpferinnen,
jüdische Berliner:innen und Frauen unterer Schichten
standen im Zentrum.

Die interaktive Ebene mit den Teilnehmenden und
App-Nutzer:innen off- und online erachten wir als zu-
nehmend wichtig: Wie hätte die Geschichte verlaufen
können, wäre dieser erste demokratische Aufbruch
1848 nicht durch die Monarchie im Keim erstickt worden
(siehe Ausstellung DHM: „Roads Not Taken“)? Warum
scheiterte diese Revolution und was hat sie trotzdem
erreicht? Welche Spuren gibt es im Stadtbild und brau-
chen wir mehr sichtbare Zeichen zu den Kämpfen 1848
im Stadtraum? Gibt es Lernerfahrungen oder Parallelen
zu zivilem Ungehorsam und Protesten heute?

Es geht insgesamt um die Bedeutung von Demo-
kratie(n) (versus Monarchien und heutigen autokra-
tischen politischen Systemen) und um (verhinderte)
historisch-partizipative Mitgestaltungs- und Protest-
formen, die wir mit den heutigen Interventionsmög-
lichkeiten ins Verhältnis setzen.

Junge Menschen mit diesen inspirierenden Ge-
schichten von Frauen und Männern vertraut zu machen
die etwas bewegt haben, kann ihr ziviles Engagement
fördern, indem sie von denen lernen, die schon vor ih-
nen da waren.

1 Neue Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte +
SozioAnalysen e.V., [www.neue-ag-fuer-zeitgeschich-
te.org/](http://www.neue-ag-fuer-zeitgeschich-
te.org/) [26.10.2023].

ZUR AUTORIN

Dr. Iris Wachsmuth ist Soziologin, Pädagogin
und Stadtforscherin. Als Dozentin für politisch-
historische Bildungsarbeit hält sie Vorträge
und gibt Radiobeiträge zur Tradierungsdynamik
von Erinnerung, Trauma und Krieg. Im Rahmen
von www.Frauentouren.de führt sie multi-
media-Stadttouren mit internationalen und
deutschen Gruppen durch.



Claudia von Gélieu (Frauentouren)
und Iris Wachsmuth
Foto: Matthias Reichelt



Iris Wachsmuth zeigt eine der zwölf
Tafeln, die mit dem Leitsatz „Für demokra-
tische Tradition und revolutionären Geist“
an die Ereignisse von 1848 erinnern.
Foto: Matthias Reichelt



Die Teilnehmer:innen
und Referent:innen der
Europäischen Jahrestagung
im Berliner Humboldt Forum,
© PSV, Foto: Visionary

Impressum

Die Revolution 1848/49 europäisch denken.

Erforschen, Erinnern und Vermitteln eines
gemeinsamen demokratiegeschichtlichen Kapitels

1. Auflage

© 2023 Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen,
Trägerverein Paul Singer e. V.

Eine Publikation des Paul Singer e. V.
Strausberger Str. 39, 10243 Berlin

Mail: kontakt@paulsinger.de
www.paulsinger.de

Herausgeberinnen: Susanne Kitschun, Dorothee Linnemann und Elisabeth Thalsofer

Lektorat: Johann Gerlieb, Karl Mierendorff

Gestaltung und Layout: Amelie Thierfelder

Druck und Herstellung: primeline print berlin GmbH

ISBN 978-3-00-074952-0

Eine Veranstaltung des Ausstellungs- und Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen
in Kooperation mit der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in
der deutschen Geschichte und dem Historischen Museum Frankfurt



Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien